

Potentiale Ost

20 Jahre deutsche Einheit – Erfahrungen und Perspektiven



Impressum

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg,
Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt

© bei den Autorinnen und Autoren, Heinrich-Böll-Stiftung und Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
2009

Alle Rechte vorbehalten

Redaktion: Martin Hager, edition 8

Gestaltung: Kommunikatisten, Torsten Kell

Druck: Public Offset

Bestelladressen: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

T +49 30 285340 / F +49 30 28534109 / E info@boell.de / W www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Dortustraße 52, 14467 Potsdam

T +49 331 2005780 / F +49 331 20057820 / E organisation@boell-brandenburg.de

W www.boell-brandenburg.de

Inhalt

Great New Deal – Ein Vorwort	3
Neuanfänge	9
Neuland zu denken versuchen.....	10
Ostdeutschland im Umbruch, Deutschland im Modellwechsel.....	14
Im Kleinen anfangen!.....	22
Eigenständige Aktivitäten ermöglichen. Ein Plädoyer.....	27
Zukunftsenergien	29
Erneuerbare Energien, Ungeliebter Wandel im Schatten der Braunkohle.....	30
So wie Bäume die Luft reinigen, könnte es Gebäude geben, die die Luft reinigen.....	34
Bio-Landwirtschaft - Perspektive für große Landstriche?!.....	36
Regionale Wertschöpfungsketten entwickeln. Anforderungen an Kommunen.....	41
Kommunen als Akteure. Zwischen Wirtschaft, Rückbau und Zukunftsgestaltung.....	44
Sich selbst organisieren. Genossenschaften als Form der ökonomischen Reorganisation.....	48
Eltern in der Krise. Ein Rückblick auf die Wende – Schlussfolgerungen für heute.	52
Sich neu erfinden. Kunst-Nachrichten aus der Krise	57
Kultur als Motor der Stadtentwicklung? – Das Beispiel Görlitz.....	58
Mittelalterzirkus oder unkontrollierbare Jugend.....	68
Die internationale Region. Rohkunstbau in Brandenburg.....	71
Jazz in E. – Der Durchbruch zur Mitte.....	73
Ex oriente lux? Kulturpolitische Aufgaben und Neuorientierungen.....	77
Coda	81
Uwe Schmorl – Eine Bitterfelder Erfolgsgeschichte.....	82

Great New Deal

Ein Vorwort

Ralf Fücks, Inka Thuncke, Stefan Schönfelder

20 Jahre nach dem Mauerfall steht die Bundesrepublik wieder vor einer großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation. Seit September 2008 hat eine beispiellose Finanzkrise zu einer ebensolchen Wirtschaftskrise geführt. Das Ende dieser Krise wird zwar beschworen und ein beherztes »Weiter so!« geht durch die Reihen der politisch Verantwortlichen, aber vieles deutet darauf hin, dass wir uns nach wie vor in einer äußerst labilen weltwirtschaftlichen Lage befinden. Ohne strukturelle Änderungen v.a. im Finanzsektor, ohne eine stärkere Einhegung der internationalen Finanzmärkte ist die nächste große Krise nur eine Frage der Zeit. Dazu kommt eine in ihrer Dimension noch bedrohlichere ökologische Krise in Gestalt einer sich ankündigenden Klimakatastrophe, die ein »weiter so« definitiv unmöglich macht. Ein Teil der Wirtschaft hat dies bereits erkannt. Die ersten Unternehmen halten die Vision einer grünen Wirtschaftsform für möglich. Sie haben begriffen, dass die Klimakrise kein kurzfristiges Phänomen ist, das man getrost ignorieren kann, sondern dass diese Ignoranz auch zum Verlust wirtschaftlicher Werte in großem Stil führen wird.

Die Entwicklung der ostdeutschen Bundesländer zeigt im Rückblick, wie sehr es auf neue Ideen und Konzepte ankommt. Denn die Vergangenheit bietet immer weniger Orientierung für das Handeln von heute und morgen. Es geht darum, die neuen Herausforderungen und Chancen zu verstehen und dem Neuen auf die Sprünge zu helfen. Ein Rückblick auf 20 Jahre Ostdeutsch-

land zeigt deutliche Fehlentwicklungen; sichtbar wird aber auch, wie sich kreatives und neues Potenzial entwickeln kann. So ist Ostdeutschland zugleich ein Beispiel für eine irreführende Strategie »nachholender Entwicklung« wie für Erfolgsgeschichten, die sich vor allem dort finden lassen, wo die Zeichen der Zeit verstanden wurden. Die ostdeutsche Solarindustrie ist ein solches positives Beispiel. Eine Analyse der Erfahrungen mit dem »Aufbau Ost« kann für die anstehende wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung in ganz Deutschland von großem Nutzen sein. Denn sie führt auf paradigmatische Weise einen ökonomischen, sozialen und kulturellen Umbruch vor Augen, der die industrielle und gesellschaftliche Wirklichkeit tiefgreifend verändert hat.

Nach 20 Jahren sprechen wir immer noch von »den neuen Bundesländern«, obwohl in dieser Zeit eine starke Diversifizierung stattgefunden hat. Sie stehen heute als fünf recht unterschiedliche Länder da. In jedem Bundesland gibt es andere Erfahrungen und Entwicklungen. Es gibt selbstbewusste Städte mit sanierter Bausubstanz und städtebaulicher Kohärenz als auch Städte, die verarmen und ihre Vitalität eingebüßt haben. Es gibt modernste Forschungseinrichtungen und gut ausgebaute Hochschulen, Technologieregionen und florierende Tourismuszentren, und zugleich gibt es Regionen, die sich Zug um Zug entvölkern und in denen eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung schwer vorstellbar erscheint. Die regionale Differenzie-

rung nimmt also zu; von einer »Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen« kann in Ostdeutschland immer weniger die Rede sein. Auch hier geht es weniger um eine »Sonderentwicklung Ost«, sondern um eine besonders scharf akzentuierte Tendenz, die für die gesamte Bundesrepublik und darüber hinaus wirksam ist.

Industrieller Umbau und neue ökonomische Perspektiven

20 Jahre Transformation haben die sozioökonomische Realität in Ostdeutschland gründlich verändert. Für die Bevölkerung war das mit streckenweise dramatischen Umwälzungen verbunden. Arbeitsplätze sind massenhaft verloren gegangen. Alte Industrieanlagen wurden stillgelegt oder »gesundgeschrumpft«. Parallel wurden regionale Entwicklungskerne gepflanzt und aufwändige Infrastrukturprojekte gestartet, die den »neuen Ländern« zu gut ausgebauten Straßen, durchsanierten Städten und in vielen Regionen zu einer modernen Kommunikationsinfrastruktur verholfen haben. Was der alten Bundesrepublik den Wirtschaftsaufschwung gebracht hat, sollte auf den Osten übertragen werden. Diese Rezeptur hat mit Ausnahme einzelner Regionen nicht

im Sinne einer selbsttragenden und zukunftsfähigen Entwicklung gewirkt. Der Zusammenbruch der traditionellen, abgeschotteten Märkte der DDR-Industrie stellte den wirtschaftlichen Aufbau vor ungekannte Herausforderungen. Viele Betriebe waren technologisch veraltet, die Infrastruktur verschlissen. Dazu kam die Diskrepanz zwischen dem Lohnniveau und der deutlich geringeren Produktivität der ostdeutschen Industrie. Es kam zu zahlreichen Pleiten von Traditionsfirmen, die mit der westlichen Konkurrenz nicht mithalten konnten oder von dieser aufgekauft und später stillgelegt wurden. Neue Produktionsstätten wurden von den westlichen Konzernen gleich nach Asien oder zu konkurrierenden (und billigeren) Standorten in Osteuropa verlagert.

Die anfängliche Euphorie über die versprochenen »blühenden Landschaften« wurde schnell von einem teils nüchternen, teils resignierten Realismus verdrängt. Wirtschaftsförderung wurde im besseren Fall zur Innovationsagentur und musste sich mit kleineren Ansätzen zufrieden geben, nachdem die Großinvestitionen aus dem Westen rar blieben. Von den Firmen wiederum musste Zusammenarbeit gelernt werden. Clusterbildung wurde zum Zauberwort. Umdenken,



neue Wege gehen, selbst innovativ und engagiert sein – Anforderungen, die einem Unternehmer nicht schwer fallen sollten, aber Politik und Verwaltung auf allen Ebenen herausfordern. Es ging darum, die regionalen Potentiale in den Mittelpunkt zu rücken, statt sich lediglich am Weltmarkt zu orientieren. Regionale Wertschöpfung entwickeln, um damit regionale Arbeitsplätze zu sichern – das fordert eine Menge Kreativität plus eine enge Kooperation von Betrieben, Politik und Verwaltung. Andernfalls führen die globale Innovations- und Preiskonkurrenz und die europäische Ausschreibungspflicht für öffentliche Aufträge zu einem stetigen Ausbluten der regionalen Wirtschaftskraft. Eine zusätzliche Hypothek bildet die Ebbe in den öffentlichen Kassen, denen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer wegbrechen. Umso wichtiger werden synergetische Lösungen und unkonventionelle Verfahren. Erfolgreich waren diejenigen Akteure und Regionen, die bereit waren, neue Wege zu gehen. Dabei zeigt sich im Rückblick, dass nicht die ortsungebundenen globalen Investoren das Zugpferd der Wirtschaftsentwicklung waren – sie wanderten oft wieder ab, sobald sich anderswo noch günstigere Gelegenheiten boten –, sondern die soliden, auf Nachhaltigkeit angelegten Projekte und Unternehmen, die sich an den gegebenen Möglichkeiten orientierten, um aus ihnen »das Beste« zu machen.

Ökologische Modernisierung

Die Herausforderungen des Klimaschutzes sind in der Politik der ostdeutschen Länder noch nicht wirklich angekommen. So wird die heimische Braunkohle als Joker ins Feld geführt, um eine von Russland unabhängige Energieversorgung zu gewährleisten und als Garant für angeblich sichere Arbeitsplätze beschworen. Kurzsichtige Status-quo-Verteidigung wird der ostdeutschen Wirtschaft jedoch auf Dauer Wettbewerbsnachteile bringen. Zugleich haben sich mittlerweile Solarfirmen und Windkraftanlagenproduzenten angesiedelt, die nicht nur montieren, sondern auch forschen und entwickeln. So wird in der Uckermark (Brandenburg) an einer neuen Hybridkraftwerk-Technologie gearbeitet. Aus den Tüftlern und Visionären, die nach Bitterfeld (Sachsen-Anhalt) gezogen sind, sind Unternehmer geworden, die heute große Firmen leiten. In den Regionen, in denen sich außerdem

noch Hochschulen mit den Themen zukunftsweisender Industrien beschäftigen, entwickeln sich heute die meisten Potenziale. Verstärkt in Forschung und Innovation zu investieren, ist auch deshalb dringlich, weil die ostdeutschen Solar- und Windunternehmen verstärkt unter Wettbewerbsdruck aus China und anderen neuen Anbietern kommen. Wieweit sich Massenproduktion – das gilt auch für die Computerchip-Branche – auf Dauer in Deutschland halten kann, hängt entscheidend von der Innovationskraft der Betriebe ab.

Doch es sind nicht nur Ansätze für eine ökologische Industriepolitik, die Chancen für eine nachhaltige Modernisierung Ostdeutschlands bieten. Viele andere, eher traditionelle Projekte unterstützen diesen Prozess: Ökodörfer, Ökolandbau in großem Stil, Ökotourismus, Nationalparks und Biosphärenreservate. Eigene Biomarken etablierten sich – das Rügener Insellamm oder Topinambursäfte aus der Ruppiner Heide – bis hin zu regionalen Prüfzeichen wie z.B. Biosphäre Schorfheide-Chorin. Mit den Ländereien früherer Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften konnten große Flächen für die ökologische Landwirtschaft gewonnen werden. Ein Erfolgsmodell, das die Bedürfnisse der urbanen Mittelschichten nach gesunder Ernährung aufgreift, ist in Ostdeutschland entstanden. Gleichzeitig erhält der ländliche Raum eine neue Wertschätzung nicht nur als Naherholungsgebiet, sondern auch als Lieferant regionaler, naturnah erzeugter Nahrungsmittel.

Soziale Umbrüche

Als erste Landstriche von einem Phänomen herausgefordert wurden, das die westlichen Länder erst nach und nach erreichte, spielte Ostdeutschland nach der »Wende« eine Pionierrolle: Langsam und zunächst fast unmerklich begann der demografische Wandel. In den ersten Jahren noch war man froh über die Wanderung nach Westdeutschland, da Arbeitsplatzverluste »im Osten« so hoch waren, dass jeder, der ging, ein Arbeitsloser weniger war. Mittlerweile sind die Schattenseiten der Abwanderung deutlicher sichtbar. Vor allem junge, qualifizierte Frauen wandern ab, immer weniger Familien werden gegründet. Schon auf mittlere Sicht führt dieser Prozess vor allem in den ländlichen Regionen

zu einer Überalterung der Gesellschaft. Ganze Landstriche verlieren drastisch an Einwohnern, Wirtschaftskraft und Kaufkraft. Auf diese dramatischen Entwicklungen hat sich die Politik noch nicht ausreichend eingestellt.

Die Bevölkerungsverluste, die maßgeblich durch das Schrumpfen der Industrie in den 90er Jahren und das Chancengefälle gegenüber den westlichen Bundesländern verursacht wurden, haben zum Phänomen der schrumpfenden Städte geführt. Nach dem Wohnungsmangel in der DDR gibt es jetzt in unbekanntem Maße Wohnungsleerstand. Anschauliche Beispiele sind hierfür etwa Wittenberge (Brandenburg) oder Hoyerswerda (Sachsen). Historische Altstadtbezirke, die mit viel Geld vor dem Verfall gerettet wurden, sind jetzt von Leerstand geplagt. Ostdeutschland ist nicht die einzige Großregion mit schrumpfenden Städten. Aber das tröstet diejenigen nicht, die in die schwarzen Fensterlöcher leerer Wohnungen schauen. Schrumpfung ist ein Problem, dass nicht nur städtebaulich und ökonomisch, sondern auch mental gemeistert werden muss. Für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen ist dies eine große Herausforderung.

Die Transformation der ostdeutschen Gesellschaft hat neben ökonomischen Umwälzungen vor allem soziale Verwerfungen und eine Verunsicherung politischer Orientierungen mit sich gebracht. Die Wirtschaftskrise und die enormen Umbrüche haben jeden Einzelnen gefordert. Was passiert, wenn alle Mitglieder einer Familie arbeitslos sind? Was passiert, wenn eine gesellschaftliche Struktur zusammenbricht, die auf Bevormundung und Kontrolle, aber auch auf soziale Sicherheit – wenn auch auf niedrigem Niveau – aufgebaut war? Was passiert, wenn die Freiheit kommt, ohne dass jemand darauf vorbereitet ist? Die Antworten auf die Fragen sind unterschiedlich. Die Erfahrungen der Menschen liegen zwischen Bitterkeit und Glück, zwischen Verwahrlosung und Aufbruch zu Neuem. Die notwendige Stärke, in der Gesellschaft seinen Platz zu finden, sich von Arbeitslosigkeit nicht entmutigen zu lassen, beruflich neu anzufangen und nach den neuen Regeln zu spielen, konnte nicht jeder oder jede aufbringen. Viele trauerten dem Verlust sozialer Gemeinschaft nach, die im Rückblick idealisiert wurde, während die Erinnerung an das Kontrollregime, die flächendeckende Be-

spitzelung, die ermüdende Propaganda und die materiellen Härten verblasste. Das Vakuum, das durch den Zusammenbruch des alten Wertesystems und der alten Sozialstrukturen entstand, wird häufig von antidemokratischen Gruppen und Ideologien besetzt.

Die Erfahrung nach der friedlichen Revolution zeigt deutlich, dass Demokratie auch ein soziales Fundament braucht und dass Freiheit nur dann von jedem Einzelnen gelebt werden kann, wenn er (oder sie) die innere Stärke und die staatsbürgerlichen Fähigkeiten dazu hat. Ohne Anerkennung in der Familie, im Beruf, in der Nachbarschaft oder anderen sozialen Gemeinschaften schrumpfen Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein. Sie sind aber elementare Voraussetzungen für demokratisches Engagement. Das ostdeutsche Labor hat uns auch gelehrt, dass der Verlust von sozialer und biographischer Sicherheit zu einem Rückzug aus der Demokratie führen kann. Wir müssen deshalb alles daran setzen, die aktuelle Wirtschaftskrise so aufzufangen, dass nicht weitere Teile der Gesellschaft aus allen ökonomischen und sozialen Netzwerken fallen.

Kreative Freiräume

Nach der friedlichen Revolution bildete sich in vielen Orten eine selbst organisierte Szene aus Künstlerinnen und Künstlern. Alte Industriegebäude wurden besetzt, Verträge ausgehandelt oder einfach angemietet. Räume kosteten wenig Geld, Reisefreiheit und Zensur waren kein Problem mehr, eine große Entfaltung schien möglich. Die Baustellen für zeitgenössische Kunst und ihre Präsentation waren riesig und die Akteure voller Ideen und Euphorie. Gleichzeitig verloren viele Städte ihr Kino, das kleine Theater oder den Veranstaltungsraum, der vormals für kulturelle Veranstaltungen genutzt wurde. Auf dem Land fand immer weniger Kultur statt. In den größeren Städten entwickelte sich neben den staatlichen Theatern und Museen eine alternative, unabhängige Kunstszene. Für sie war Kunst gleichbedeutend mit Experiment und Labor. Auf der anderen Seite steht ein Kulturbegriff, der an historische Traditionen wie das Preußentum oder die höfische Kultur Sachsens anschließt. Bewegung und Erstarrung begegnen sich in den fünf ostdeutschen Bundesländern permanent. Das

Unbändige einer Kunst, die Kritik am Bestehenden artikuliert, soll all zu oft in der Tradition gezähmt werden.

Zeitgenössische Kunst, ob Theater, Tanz, Kino oder bildende Kunst, trifft oft auf eine Bevölkerung, die damit nichts anfangen kann. Das Bürgertum ist in 22 Jahren des »Dritten Reichs« und 40 Jahren »realem Sozialismus« verloren gegangen. Die in der DDR gebliebenen Intellektuellen zogen sich in ein paar Refugien in den großen Städten oder ganz aufs Land zurück. Avantgardistisches konnte sich nur in Nischen entwickeln. So kann heute Kritisches, Schrilles und Unbequemes kaum durchdringen. Der an die Tradition angelehnte Kulturbegriff hingegen wird gern angenommen - erschafft der gepflegte Umgang mit Tradition doch Märchenwelten einer »guten alten Zeit«, als die Welt vermeintlich noch in Ordnung war. Die selbstgemachte Kultur vom Singen bis zum Schnitzen degeneriert zur Folklore und wird entwertet, weil sie die Tradition nur noch kopiert. Im Grunde prallen zwei völlig gegensätzliche Kulturverständnisse aufeinander. Fast alle Akteure der Kulturszene, ob Vermittler, Politiker oder Künstler, haben damit zu tun. Das hat Folgen auch jenseits der Eigenwelt von Kunst und Kultur. Denn gesellschaftliche Transformation braucht eine kulturelle Spiegelung, um sie bewältigen zu können – eine Kultur der Transformation, der Veränderung, der Offenheit. Die Inszenierung von Geschichte und Tradition reicht dafür nicht aus. Dennoch ist es nicht das Medium, das sich transformieren muss, sondern

der Geist, von dem es getragen wird. Im Osten Deutschlands hat sich ein großes Potential für eine solche Kultur der Transformation entwickelt. Damit es sich entfalten kann, braucht es eine Kulturpolitik, die sich nicht vor dem Neuen erschrickt und in das Alte flüchtet.

Ausblick

Die in diesem Band versammelten Beiträge zeigen Ostdeutschland als ein Labor für wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationsprozesse, in dem wie in einem Brennglas die Herausforderungen erkennbar werden, vor denen mehr oder weniger alle europäischen Industrieländer stehen: die Bewältigung des industriellen und demografischen Wandels, die Stärkung regionaler Wirtschaftspotentiale in einer globalisierten Ökonomie, die Bewahrung des sozialen Zusammenhalts in Zeiten des Umbruchs, der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsform. Die ostdeutsche Erfahrung ist reich an positiven wie negativen Beispielen, aus denen auch andere lernen können.

Die Heinrich Böll Stiftung und ihre ostdeutschen Landesstiftungen haben sich zur Aufgabe gemacht, diese Transformationsprozesse nach Kräften zu unterstützen, demokratisches Engagement zu fördern, neue Ideen auszuloten und Wege aus der Krise aufzuzeigen.

Wir hoffen, dass diese Publikation dazu beitragen kann.

Ralf Fücks
Vorstand
Heinrich-Böll-Stiftung

Inka Thunecke
Geschäftsführerin
Heinrich-Böll-Stiftung
Brandenburg

Stefan Schönfelder
Geschäftsführer
Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung
Sachsen

Neuanfänge



Neuland zu denken versuchen

Wolfgang Kil

Auch wenn seit Jahren der »Stadtumbau Ost« mit seinen staatlich subventionierten Häuser-abrissen die öffentlichen Debatten bestimmt, hilft es nicht sonderlich, die massiven demografischen Probleme Ostdeutschlands ausschließlich aus der Perspektive der unter Druck geratenen Wohnungswirtschaft zu betrachten. Zu vermuten ist vielmehr, dass es sich bei den alarmierenden Entwicklungen um Signale einer Epochenwende handelt: Die klassische Industriearbeit zieht sich von den Kontinenten ihrer Entstehung zurück. Ein solch fundamentaler Wandel der ökonomischen Basis geht zwangsläufig mit einem Umbau des gesamtgesellschaftlichen Gefüges einher. Wo sich Wirtschaftsstrukturen ändern, strukturieren sich auch die dazugehörigen Räume neu. Neue Kraftzentren und Innovationskerne bilden sich heraus, neue Hinterhöfe entstehen. Die Globalisierung organisiert nicht nur die Waren- und Finanzströme der Weltwirtschaft neu, sie erzeugt auch neue »Peripherien«, also benachteiligte Gebiete, die sich neuerdings auch inmitten weiterhin funktionstüchtiger Wohlstandsregionen ausbreiten können. So gesehen wird Ostdeutschland zum exemplarischen Fall, lässt sich hier doch allerhand lernen über das Schicksal von Regionen, die für globalisierte Wirtschaftskreisläufe offenbar uninteressant geworden sind und die damit jenen gefürchteten Status erreicht haben, den der Soziologe Manuel Castells »funktionale Irrelevanz« nennt. Dem blinden Regiment strenger Marktförmigkeit überlassen, beginnen solcherart überflüssige Regionen regelrecht zu verdorren: Erst schlie-

ßen Bahnhöfe, Bank- und Postfilialen, dann Kitas und Schulen, Arztpraxen und Supermärkte. Der öffentliche Nahverkehr wird solange ausgedünnt, bis sein gänzliches Verschwinden kaum noch jemanden auffällt. Wenn die letzte Kneipe aufgibt, bricht aller noch aktivierbare soziale Zusammenhalt auseinander. Und neuerdings neigt die »öffentliche Hand« immer öfter dazu, alle verbliebenen Geldmittel auf sogenannte Wachstums-Cluster zu konzentrieren und die übrigen Landesteile ihrem Schicksal zu überlassen. Mit allen Risiken dann zu erwartender Verwilderung, wobei da nicht so sehr an die Vegetation, als an die sozialen Zustände gedacht sein soll. Wer wie im Land Brandenburg inzwischen nach dem Motto »Stärken stärken« handelt, muss wissen, dass *No-go-Areas* am ehesten dort entstehen, wo sich politisches Interesse und Engagement aus sozialen Räumen zurückziehen.

Aber womöglich führt ja das Verdikt von der »funktionalen Irrelevanz« inhaltlich in die Irre. Könnte man die ihrer alten Funktionen entbunden Gegenden nicht mit ganz anderen Aufgaben betrauen? Liebe sich neue »Relevanz« vielleicht als Experimentierfeld und Zukunftslabor erringen? Bislang werden diesbezügliche Initiativen allerdings regelmäßig abgeschmettert: Offiziell will deutsche Politik keine Sonderzonen. Dabei wurde ein solches Großexperiment über Millionen Menschen seit zwei Jahrzehnten längst verhängt! Würde es nicht weiter zu Lasten sozialer Netze bloß bemäntelt, könnte es womöglich gesellschaftlichen Nutzen stiften.

Der Osten – eine Sonderzone?

»Gehwege nach DIN-Norm, aber kaum noch Einwohner. Aufwändige Haltestellen ohne Buslinien. Gewerbegebiete als beleuchtete Schafweiden.« Nach Meinung vieler kompetenter Beobachter hat nichts der ostdeutschen Entwicklung so sehr geschadet wie die bedingungslose Anwendung des bundesdeutschen Rechts- und Ordnungsrahmens, die nahezu jedes kreative Experiment verhinderte. Um viele, vor allem regional wirkende Schrumpfungprobleme offensiv als *politisches Projekt* anzugehen, hat sich ein Hindernis bislang als besonders hartnäckig erwiesen: die grundgesetzlich fixierte Gewährleistung gleichartiger – anstatt *gleichwertiger* – Lebensbedingungen im ganzen Land. Bis in welche Tiefen des herrschenden Gesellschaftsbildes dieser (auf den ersten Blick natürlich begrüßenswerte) Vorsatz inzwischen eingelagert wurde, zeigt das schlechte Gewissen, mit dem Planer gelegentlich einräumen, welche Standards für »Regionen im Hinterland« schon jetzt nicht mehr einzuhalten sind.

Disparität der Verhältnisse gehört also längst zur Alltagserfahrung. Was im traditionellen Nord-Süd-Gefälle der alten Bundesrepublik einst sanften, aber unaufhaltsamen Anfang nahm, hat sich seit der Vereinigung im Ost-West-Kontrast

nur immer schroffer zugespitzt. Wenn nun zur Milderung eskalierender Ungleichheiten weder ausreichende Mittel noch gar Bereitschaft vorhanden sind, bleibt eigentlich nur die Flucht nach vorn: Warum nicht Disparität als Chance? Doch bitte diesmal als Chance für die eigentlich Betroffenen. Denn Versuche, die darniederliegenden ostdeutschen Länder aus dem Gleichheitsgebot herauszumanövrieren, gab und gibt es ohne Unterlass. Allerdings haben bisherige Deregulierungsansätze und Öffnungsklauseln namentlich im Feld von Arbeits- und Sozialrecht hauptsächlich eines im Visier – die Niedriglohnregion – und damit nur ein Motiv: gewerbliche Produzenten für den unverdrossen beschworenen Aufschwung anzulocken. Unter den anwesenden Bewohnern hat diese Art von »Besonderheit« deshalb eher zu wachsender Unbeliebtheit ihrer Orte und zu weiterer Abwanderungslust beigetragen.

Ungleichheit als Chance?

Dass man im Osten auf Dauer mit anderen Lebensverhältnissen als im Westen rechnen muss, kann eine schlechte Nachricht doch nur für diejenigen sein, denen der Westen, so wie er ist, als gesellschaftliches Nonplusultra erscheint, als Zielhafen aller Bedürfnisse und ultimative Daseinsnorm. Bei allen anderen müsste die neue





Devise der »Ungleichheit« doch eher Neugier wecken: Ob sich daraus nicht was machen ließe? In dem Maße, wie die derzeit noch gefürchteten »Resträume der Verlierer« als Orte für soziale und gestalterische Experimente neu entdeckt werden, erscheint das so lange Unaussprechliche, dieses Herausfallen ganzer Landesteile aus den ökonomischen Verwertungszyklen, plötzlich in anderem Licht: »Warum in den nicht mehr systemisch integrierten Räumen nicht neuen Sinn entdecken, Lebensqualität und Abenteuer?« fragt die Berliner Historikerin Simone Hain. »Sollte man den Scouts und Pionieren, die dort im retardierenden Zukunftsland an den inneren Peripherien auf die ‚Rückkehr der Wölfe‘ warten, nicht jede Art von Anreizen geben, die Aufklärungsarbeiten im Interesse des Weltklimas auf das Gewissenhafteste zu übernehmen?«

So frei von Angst, so voller Zuversicht kann über innere Peripherien reden, wer das noch kaum vertraute Phänomen als Aufforderung zum Experiment begreift. Für den Flächenluxus überschüssiger Räume gilt, »dass Bodenwerte und Regeldensichten niedriger sein können als in hochverdichteten Räumen«, schreiben Inken Baller und Heinz Nagler von der TU Cottbus, »so können Freiräume und Milieus entstehen, die die Risikobereitschaft für das ideologiefreie Aufgreifen von Tabuthemen erlauben und die attraktiv

sind für Menschen mit alternativen Lebensentwürfen.« Wenn sich erst einmal der Wert der liegengelassenen Ländereien nicht nur als leicht abzuschirmendes Auto-, Genmais- oder Waffentestgelände, sondern als offenes Gesellschaftslabor herumgesprochen hat, werden Neugierige und Tatendurstige hierher kommen, die Zonen mit utopischem Potenzial suchen für »soziale und gestalterische Experimente im Schattenschein unserer kontrollierten Welt. Wo Lebensräume durch Gebrauch und nicht durch Eigentum definiert werden. In diesem Sinn sind sie Raum für ein nicht entfremdetes Leben.« (Boris Sieverts) Mit solchen und ähnlichen Überlegungen werden *New Territories* entworfen, in denen eine tatenlustige Minderheit sich den Zukunftsfragen am Ende des Industriezeitalters lebenspraktisch stellt. Und die dafür vom mehrheitlichen Rest alimentiert zu werden verdient: Warum den »Raumpionieren« im nachindustriellen Brachland verwehren, was seit Jahrzehnten jedem Bauern Westeuropas zusteht, der nach Brüsseler Planvorgabe seinen Acker *nicht* bestellt: eine *Stille-gungsprämie!* Ob man die dann Bürgergeld oder bedingungsloses Grundeinkommen nennt, ist ohne Belang.

Wie könnten regionale Besonderheiten nun beschaffen sein, um das Ansehen einer Gegend zu stärken und so die Lust zum Bleiben anzure-

gen, womöglich Zuwanderungslust zu wecken? Vielleicht sollten hier Privilegien winken, gar zusätzliche Freiheiten? Eine Frage, der jeder einmal entsprechend seinen ganz persönlichen Freiheitsbedürfnissen nachgehen darf: Halbierung der Mehrwertsteuer? Kabelanschluss und Internet frei Haus? Öffentlicher Nahverkehr zum Nulltarif? Kneipen ohne Polizeistunde? Angeln ohne Angelschein? Auch »negative Freiheiten« können attraktiv sein, also Auflagen und Restriktionen, für deren Einhaltung sich dann »Belohnungen« maßschneidern ließen: Regionale Handelsnetze mit festen Quoten und Rabatten für heimische Produkte und wirksame Kreislaufprozesse; Öko-Regionen, in denen Haushalte, analog dem Prinzip der Emissionszertifikate, für nachgewiesenen Einsatz erneuerbarer Energien Steuervorteile bzw. Prämien kassieren. Oder wie steht es mit dem besseren Leben an sich? In förmlich deklarierten Experimentierzonen könnten alle möglichen Versuche selbstbestimmten Zusammenlebens und Wirtschaftens (Kooperativen, Tauschringe, lokales Geld usw.) mehr als nur geduldet, nämlich mit Geld und Expertise befördert werden. Und da in immer dünner besiedelten Landesteilen die herkömmlichen Strukturen lokaler Politik und Verwaltung sich allmählich selbst infrage stellen, werden allenthalben Verwaltungseinheiten fusioniert; doch wie

soll sich Zivilgesellschaft stabilisieren in Landkreisen, die bald ein Drittel eines Bundeslandes umfassen, oder in Amtsgemeinden, die sich über hundert Quadratkilometer erstrecken? Hier sind dringend neue Wege der Interessenregulierung (nach innen) wie Interessenvertretung (nach außen) zu entwickeln. Welche Chance also, sich womöglich einmal in direkterer Demokratie zu üben!

So ließe sich der Abschied von der zurückliegenden Epoche endlich positiv denken: Die von der Industrie hinterlassenen Ländereien als Paradiese für Leute, die dort etwas Neues sehen, wo für andere bloß etwas verschwunden ist. Für die Kundschafter einer völlig neuen Lebensweise. Vielleicht sollte man die Argumentation einfach umdrehen: Nicht immer nur über die Kosten und Verluste sprechen, die die vom Umbruch besonders drangsaliierten Orte und Landschaften unentwegt verbuchen, sondern auch einmal Freude über das »Mehr« wecken, über den freien Raum, der hier schließlich zu gewinnen ist: Freiraum für Ideen, die dringender denn je gebraucht werden, und für neue Akteure, die auf solche noch nie dagewesenen Gelegenheiten nur gewartet haben. Wir sollten endlich anfangen, die »Neuen Länder« wirklich als Neuland zu denken.

Wolfgang Kil geboren 1948, studierte von 1967 bis 1972 Architektur in Weimar und arbeitete im Anschluss als Architekt in Ostberlin. Von 1978 bis 1982 war er Redakteur einer Fachzeitschrift, danach freiberuflicher Kritiker und Publizist zu den Themen Stadt, Kunst am Bau sowie Fotografie. 1992 bis 1994 war er Redakteur bei der Bauwelt, seither ist er wieder als freier Autor tätig. Zuletzt erschienene Bücher: *Luxus der Leere. Vom schwierigen Rückzug aus der Wachstumswelt* (2004), *Das Wunder von Leinefelde* (2007), *Wolfgang Hänsch – Architekt der Dresdner Moderne* (als Herausgeber, 2009).

Ostdeutschland im Umbruch

Deutschland im Modellwechsel

Rainer Land und Hans Thie

Institutionentransfer

Anders als in allen anderen mittel- und osteuropäischen Staaten begann die Transformation der DDR mit einem Institutionentransfer. Das bedeutete im Einzelnen: Übernahme der vorgefundenen westdeutschen Verfassungs- und Rechtsordnung und der Institutionen zu ihrer Umsetzung, der Verwaltungen und Gerichte, der politischen und der wirtschaftsregulierenden Einrichtungen, Ausdehnung der wichtigsten Parteien und Verbände nach Ostdeutschland, Übernahme des bundesdeutschen Tarif- und Lohnfindungssystems, Ausdehnung des Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherungssystems und nicht zuletzt Übernahme eines großen Teil der ehemals staatseigenen Betriebe durch westdeutsche Unternehmen.¹ Zugleich wurde und wird die Entwicklung in Ostdeutschland in hohem Maße durch finanzielle Transfers des Staates, der EU und der sozialen Sicherungssysteme sowie durch private Investitionen externer Akteure (westdeutscher und ausländischer Unternehmen, Banken) gestützt und in gewissem Maße auch gesteuert.

Der Institutionentransfer und der transfergestützte »Aufbau Ost« sind der eigentliche Ausgangspunkt für das »Hineinwachsen« Ostdeutschlands in das westdeutsche Wirtschafts- und Sozialmodell. Schon für die 90er Jahre kann nicht mehr von zwei *getrennten* Wirtschafts- und Sozialsystemen gesprochen werden. Ostdeutschland ist mit der Übernahme der

Rechtsordnung und der Institutionen, mit der Privatisierung der ehemals volkseigenen Betriebe und mit dem »Aufbau Ost« Teil des westdeutschen Wirtschafts- und Sozialmodells geworden. Die sozioökonomische Praxis und die sozialökonomischen Entwicklungen in Ostdeutschland hätten – eigentlich – dieselben oder doch sehr ähnliche werden sollen wie die im Westen. Schließlich hatte man bis auf wenige und temporäre Ausnahmen dasselbe Institutionensystem. Aber partiell sind andere Praxen entstanden, und vor allem fallen die Entwicklungstrends in West- und Ostdeutschland nach wie vor deutlich auseinander. Die Institutionen allein bestimmen offenkundig nicht die gesamte Funktionsweise und die Entwicklung eines Wirtschafts- und Sozialsystems. Außerdem befindet sich das deutsche Wirtschafts- und Sozialmodell selbst in einem Umbruch. Entsprechend überlagern sich beide Prozesse.

Doppelter Umbruch

Es gibt kaum noch Meinungsverschiedenheiten darüber, dass die Entwicklung in Ostdeutschland aus der Perspektive des Jahres 2006 nicht als Erfolgsmodell gelten kann. Nach einem Vereinigungsschock, dessen Gegenstück ein Vereinigungsboom in Westdeutschland war, begann eine Phase der Deindustrialisierung und der Massenarbeitslosigkeit in der Größenordnung von 20 bis 30 Prozent. Mit der einsetzenden Wirtschafts- und Investitionsförderung, der Pri-

vatisierung, Reorganisation und dem Neuaufbau der Unternehmen sowie einem gewaltigen Programm der Modernisierung und des Aufbaus der Infrastruktur, das einen Boom der Bauwirtschaft auslöste, gelang es für wenige Jahre, ein Aufholen in Gang zu setzen. Etwa 1996 erreichte das Bruttoinlandprodukt (BIP) wieder das Niveau von 1989, allerdings mit einer veränderten Struktur und erheblich höherer Produktivität. Seitdem stagniert die Aufholentwicklung, der Abstand zu Westdeutschland bei der Produktivität und dem BIP pro Kopf beziehungsweise pro Erwerbstätigem wird nicht oder kaum noch geringer. Ostdeutschland hat eine Produktionslücke (Differenz zwischen Produktion und Verbrauch) von circa 30 Prozent und einen Produktivitätsrückstand in gleicher Größenordnung.

Die Einkommen stagnieren real bei unter 70 Prozent des westdeutschen Niveaus. Die Arbeitslosigkeit ist weiter gewachsen. Man kann davon ausgehen, dass mehr als ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung keine existenzsichernde Erwerbsarbeit hat, also ganz oder teilweise von Sozialtransfers lebt und kaum in der Lage ist, eigene Ressourcen in die Überwindung sozialer Probleme und die Bewältigung von Unsicherheiten zu investieren. Das zentrale Problem aber ist, dass ein dynamischer Durchbruch, eine Perspektive zur Überwindung dieser Probleme nicht in Sicht ist.

Wäre die Integration Ostdeutschlands in das westdeutsche Wirtschafts- und Sozialsystem in den Hochzeiten der fordistischen Entwicklung erfolgt, also in Zeiten mit schnell expandierenden Märkten, hohen Wachstumsraten, steigenden Löhnen und einer wachsenden Nachfrage nach Arbeit, sähe das Entwicklungsszenario in Ostdeutschland vermutlich ganz anders aus. Man hätte andere Probleme, aber keine allgemeine Wachstumsschwäche, keine so hohe und vor allem anhaltende Arbeitslosigkeit.

Wenn also die Ursachen der Entwicklungsprobleme in Ostdeutschland analysiert und diskutiert werden, muss der Umbruch des westdeutschen Wirtschafts- und Sozialsystems, in den hinein die Vereinigung erfolgte, eine zentrale Rolle spielen. Man kann politische Fehler und falsche Weichenstellungen bei der Wirtschafts- und Währungsunion, bei der Privatisierung, der Strategie der Treuhand, bei der Regelung der Eigentumsfragen² und andere Gründe anführen,

aber auch diese »Fehler« sind im Kontext der Umbruchthese zu beurteilen.

Gerade die anfangs weit verbreitete Erwartung, die deutsche Vereinigung könne nach dem Modell des »Wirtschaftswunders« der 60er Jahre – also der Zeit vor dem Umbruch – konzipiert und durchgezogen werden, verdeutlicht dies. Die Integration Ostdeutschlands erfolgte aber in ein selbst im Umbruch befindliches, nicht kohärent funktionierendes, von gegensätzlichen Entwicklungen und hohen Unsicherheiten geprägtes Wirtschafts- und Sozialmodell, das seit 1975 eine ausgeprägte Wachstumsschwäche³ und eine hohe Sockelarbeitslosigkeit aufweist.

Eine erfolgreiche Integration Ostdeutschlands kann daher nur in dem Maße vorankommen, in dem der nun gesamtdeutsche Umbruch selbst bewältigt wird. Die Entwicklung in Ostdeutschland muss daher nicht als »Nachbau«, sondern als Suche nach sozioökonomischen Innovationen beobachtet und analysiert werden. Der Osten ist in der Tat ein Experimentierfeld für sozioökonomische Entwicklung.⁴

Rückwirkung des Ostens auf den Westen

Die Entwicklung im Osten hängt in hohem Maße vom weiteren Verlauf des Umbruchs des (westdeutschen) Wirtschafts- und Sozialmodells ab, aber dies gilt auch in umgekehrter Richtung. Die Entwicklung in Ostdeutschland beeinflusst den Verlauf des Umbruchs im Westen, was bislang hinsichtlich der Finanztransfers, aber kaum für andere Bereiche analysiert wurde. Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass auch die Funktionsweise der Tarifsysteme, die Entwicklung der Löhne und Gehälter sowie bestimmte betriebliche Rationalisierungs- und Innovationsstrategien westdeutscher Unternehmen, Banken und Versicherungen von den Entwicklungen in Ostdeutschland beeinflusst wurden und werden. Gleiches kann man im Prinzip auch für politische Strategien (»Die Wahlen werden im Osten entschieden!«) und kulturelle Entwicklungen vermuten.

Es gibt aber noch weitergehende Rückwirkungen, die auch den Wandel des Institutionensystems betreffen. Ein wichtiges Beispiel ist der sogenannte »sekundäre Integrationsmodus«, der

in Ostdeutschland in der ersten Hälfte der 90er Jahre entstand. Die Bearbeitung des Transformationschocks, der Deindustrialisierung und der sich anschließenden allgemeinen Krise der Erwerbsarbeit mit den Mitteln einer ursprünglich aus dem Fordismus stammenden *aktiven Arbeitsmarktpolitik* war zunächst eine temporäre Reaktion auf die plötzliche massenhafte Freisetzung von Arbeitskräften.

Nach der Übertragung der Institutionen der Arbeitsmarktpolitik aus Westdeutschland nach Ostdeutschland vollzog sich aber ein Funktionswandel: aus einer Arbeitsmarktpolitik, die temporäre Probleme des Arbeitsmarkts – konjunkturelle Schwankungen und durch Strukturwandel bedingte mittelfristige Veränderungen der Qualifikationsstruktur – bearbeiten und bewältigen sollte, entstanden Instrumente zur Bearbeitung einer *Dauerkrise* der Erwerbsarbeit ohne realistische Orientierung an dem ursprünglichen Zweck der Herstellung annähernder Vollbeschäftigung.

Mit der andauernden hohen Arbeitslosigkeit nach 1995 entstand ein institutionell verfestigter Mo-

odus der *Exklusion der überflüssigen Erwerbsbevölkerung durch sekundäre Integration*. Sie führt zu Erwerbssituationen und Erwerbsverläufen, die durch den anhaltenden Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit, Maßnahmen (Bewerbungstraining, Umschulung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen, Arbeitsgelegenheiten, Projektarbeit), befristeten prekären Beschäftigungen sowie durch eine »Dauerbearbeitung« (Betreuung und Kontrolle) der Erwerbslosen durch Institutionen des Sozialstaates (BA, Kommunen, Argen, Sozialämter, Jugendämter, vielfältige Maßnahmeträger und Beratungsstellen) beschrieben werden können.⁵ Diese Entwicklungslinie hat sich nicht nur nicht wieder »aufgelöst«, sondern weiter ausdifferenziert und verfestigt. Über ein Drittel der ostdeutschen Erwerbstätigen befindet sich in derartigen Erwerbslagen, und zwar in allen ostdeutschen Bundesländern. Inzwischen lässt sich dieser Modus aber auch in Westdeutschland nachweisen.⁶ Schon Ende der 90er Jahre zeigten sich in Westdeutschland vergleichbare Tendenzen, zunächst in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit (Bremen, Ruhrgebiet).



So wurde eine in Ostdeutschland durch ein ungeplantes Experiment entstandene Praxis auf den Westen übertragen und schließlich – vor allem mit den Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 – verallgemeinert. Auch wenn diese Entwicklungen im Einzelnen noch nicht genau untersucht sind und die Kontroverse um die wissenschaftliche Deutung dieses neuen »Exklusionsmodus« gerade erst angefangen hat – aus unserer Sicht handelt es sich um die erste weitreichende Übertragung einer in Ostdeutschland entstandenen institutionellen Veränderung nach Westdeutschland.⁷ Dieses Beispiel soll zunächst nur zeigen, dass der Verlauf des Umbruchs des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells seit 1990 auch als Wechselwirkung ost- und westdeutscher Entwicklungen verstanden werden muss.

Gesellschaftlich und regional verfestigte Ungleichheiten

Wir haben es zwar mit *einem* Wirtschafts- und Sozialsystem zu tun, aber eben nicht mit einem *einheitlichen*. Die Differenzen finden sich aber nicht nur zwischen Ostdeutschland auf der einen



und Westdeutschland auf der anderen Seite. Das Umbruchsszenario ist weitaus komplizierter. Innerhalb eines weitgehend gleichen Systems von Institutionen und einheitlicher gesamtdeutscher Binnenmärkte (für handelbare Güter und Kapital, eingeschränkt für die Arbeitsmärkte⁸, kaum für nur lokal handelbare Güter und Dienstleistungen) vollziehen sich regional und lokal gegenläufige Entwicklungen. Dicht nebeneinander finden sich einige wachsende und viele schrumpfende Städte, Dörfer und Regionen.

Eine vergleichende Untersuchung⁹ von Städten zeigt jede Kombination von Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung: schrumpfende Städte mit rückläufiger Wirtschaftsentwicklung und wachsende Städte mit Wirtschaftswachstum, aber eben auch schrumpfende Städte mit wirtschaftlichem Wachstum und wachsende Städte mit Rückgang der wirtschaftlichen Leistungskraft. Man kann einzelne Belege finden, die dafür sprechen, dass die Aufwärts- und Abwärtsbewegungen, die Inklusionen und Exklusionen nicht einfach zufällig nebeneinander bestehen, sondern sich wechselseitig bedingen. Belastbare Forschungsergebnisse dazu gibt es aber kaum. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Umbruchsszenario verläuft anders als in den Hochzeiten des Fordismus nicht als Positivsummenspiel (mit einzelnen Verlierern und deutlich mehr Gewinnern), sondern tendenziell eher als Null- oder Negativsummenspiel: Der Aufstieg Weniger ist mit der Stagnation oder dem Abstieg Vieler verbunden, während die »Summe« gleich bleibt oder sogar sinkt.

Auch der »sozialstrukturelle Fahrstuhleffekt« des Fordismus – »soziale Ungleichheiten und Abstände bleiben, aber (fast) alle fahren nach oben« – wirkt nicht mehr. Inzwischen fahren wenige nach oben, viele treten auf der Stelle oder fahren langsam, einige auch schnell nach unten. Die Entwicklung einer Lebensperspektive, eines an der Zukunft orientierten Lebensentwurfs wird unmöglich oder endet in paradoxen Lebenskonstruktionen (Willisch 2004).

Die wachsenden Differenzen und die Entkopplung der Entwicklung der Betriebe, Orte und Regionen voneinander wollen wir mit dem Stichwort »fragmentierte« Entwicklung zum Ausdruck bringen. Je kleiner man die Bezugseinheit wählt – vom Bundesland zum Landkreis, zur Gemeinde, zur einzelnen Stadt, dem einzelnen Dorf,

Stadtteil, Quartier – desto kleinteiliger scheinen diese Fragmentierungen zu sein.

Trotzdem würden wir der These widersprechen¹⁰, dass die lokalen und regionalen Differenzen das eigentliche Problem sind, während die Differenz zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland eine abnehmende Rolle spielt. Die makroökonomische Situation in Ostdeutschland ist *insgesamt* eine andere als in Westdeutschland, die daraus folgenden Ströme der Finanztransfers und der Güter und Dienstleistungen sind nicht kleinteilig, sondern verlaufen zwischen den Großregionen insgesamt. Die kleinteilige Fragmentierung der Entwicklung ist selbst als Merkmal einer der Regionen, Städte und Dörfer übergreifenden Grundkonstellation zu betrachten. Es spricht viel dafür, dass die Fragmentierungen im Osten deutlich gravierender sind und wegen der anderen makroökonomischen Situation und der starken Abwanderung auch *anders verlaufen* als in Westdeutschland.

Punktuell erfolgreiche Entwicklungen im Osten kann man nicht mit großflächig aufsteigenden Regionen im Westen gleich setzen. Eine vernünftige Modellbildung des Umbruchs muss daher auf allen drei Ebenen spezifische Aussagen versuchen: Was ändert sich an den allgemeinen, gesamtdeutschen Konstellationen? In welcher Hinsicht sind in West- und Ostdeutschland insgesamt besondere sozioökonomische Prozesse zu unterscheiden? Und welche kleinteiligen regionalen und lokalen Differenzierungen sind zu beobachten?

Das historische Erbe als Ressource und Blockade

Bei der Klärung von Besonderheiten der ostdeutschen Entwicklung spielt die Frage nach der »Herkunft« dieser Differenzen eine wichtige Rolle: Welche haben ihre Wurzeln im staatssozialistischen Fordismus des RGW und der DDR? Welche haben noch weiter zurückreichende Wurzeln? Welche sind erst in der Transformations- und Umbruchssituation nach 1990 entstanden?¹¹ Damit verbunden ist die Frage, in welcher Weise solche Besonderheiten als *Ressourcen* oder als *Hindernisse* der Entwicklung wirken und welche davon für den Umbruch des Wirtschafts- und Sozialmodells eine Rolle spielen.

Die Entwicklung der Landwirtschaft beispielsweise ist in hohem Maße durch die Vorgeschichte in der DDR mitbestimmt, genauer gesagt, durch die Art und Weise, in der diese Strukturen und Ressourcen mit den in Westeuropa vorhandenen Strukturen kombiniert werden konnten. Die Analyse dieses Vorgangs¹² zeigt paradigmatisch, wie aus Mitgegebenheiten sozioökonomische »Innovationen«, neue Entwicklungslinien entstehen können.

Das Erfolgsmodell »ostdeutsche Landwirtschaft« ist weder *allein* durch die Mitgegebenheiten der DDR-Landwirtschaft noch *allein* durch die westdeutschen Rahmenbedingungen oder die Förderpolitik der EU zu erklären, sehr wohl aber, wenn man alle drei zusammen betrachtet und in bestimmten *Passungen* den Schlüssel dieser Erfolgsgeschichte entdeckt. Der *neuen* ostdeutschen Landwirtschaft liegt eine sehr spezifische und selektive Rekombination der Ressourcen der auf großflächige Massenproduktion orientierten Landwirtschaftsbetriebe der DDR einerseits und der westeuropäischen (global orientierten und organisierten) Lebensmittelwirtschaft sowie der EU-Rahmen- und Förderinstitutionen zugrunde.

Diese Passfähigkeit war eine historische Fundsache, allerdings keine rein zufällige, denn die Orientierung der DDR-Landwirtschaft wie auch der westeuropäischen Lebensmittelwirtschaft am Modell der fordistischen Massenproduktion von Nahrungsmitteln und biologischen Rohstoffen haben eine gemeinsame, aufeinander bezogene Vorgeschichte.¹³ Nur fehlte der DDR aus nachvollziehbaren Gründen (Abkopplung vom Weltmarkt, beschränkte Innovationspotenziale) eine global aktionsfähige Massenproduktion in der Lebensmittelwirtschaft, während die westeuropäische Lebensmittelwirtschaft genau diese Art von Agrarproduktion gut gebrauchen konnte. Die Regeln und Rahmenbedingungen der EU haben diese Rekombination ermöglicht und in gewisser Weise sogar begünstigt. Ob eine spezifische Ressource Ausgangspunkt einer neuen Entwicklungslinie wird, hängt also von ihrer Passfähigkeit in einem bestimmten Kontext ab.

Dass Eigenheiten aus der DDR oder der Vorgeschichte im ostdeutschen Umbruch eine bedeutende Rolle spielen, kann nicht strittig sein, es ist eine triviale Tautologie. Es gibt immer unendlich

viele »Mitgegebenheiten« aus der Vorzeit. Jeder gesellschaftliche Prozess kann nur an Vorhandenem, an Mitgegebenem ansetzen. Die eigentlich interessante Frage ist vielmehr, ob und welche Mitgegebenheiten wann und wie aktiviert wurden und werden, also nicht bloß »mitgeschleppt«, langsam abgenutzt, in einem Seitenstübchen museal verwahrt oder in nostalgischen Events trickreich vermarktet werden.

Wann spielen sie in neuen Konstellationen eine Rolle und wirken auf den Verlauf des Umbruchs? Welche Rolle spielen sie in dem neuen Kontext? In welchen Fällen beruhen dynamische Entwicklungen auf Mitgegebenheiten, in welchen Fällen werden Besonderheiten zu Blockaden für Prozesse, die anderswo und unter anderen Bedingungen funktioniert hätten, hier aber »unerwartet nicht laufen«? Werbefirmen und Medienwirtschaft haben das nach einem anfänglichen Fiasco früh verstanden und wissen, wie Zeitungen, Magazine und Fernsehprogramme oder auch Lebensmittel und Konsumgüter sein und aussehen müssen, damit sie »im Osten laufen«. Sie wissen auch, was nicht geht, und fahren differente Strategien für Ost- und Westdeutschland.

Die gesamte Förderpolitik seit 1990 ist ein Experimentieren über Kombinationsmöglichkeiten ursprünglich westdeutscher Institutionen und Förderprogramme mit ostdeutschen Mitgegebenheiten. Auch hier hat es einen impliziten Lernprozess gegeben. Internationales Benchmarking ohne Kontextanalyse ist Aberglaube – ein Blick auf die sehr unterschiedlichen Ergebnisse, die ähnliche wirtschafts- oder sozialpolitische Strategien in verschiedenen europäischen Ländern gebracht haben, genügt als Hinweis.

Was bei der Landwirtschaft offensichtlich ist, wird inzwischen auch bei den »Polykliniken« und Kindergärten und langsam auch bei bestimmten Teilen des Bildungssystems erkannt. Aber bei Industriebetrieben, Dienstleistungen und staatlichen Verwaltungen sind es wenige Experten, die diese Frage für überhaupt relevant halten. Jüngst zeigen Beck, Bisevic, Buss, Scherrer, Wittke (2006) in einer Reihe von Betriebsstudien, in welchem Maße erfolgreiche Entwicklungen bestimmter Industriebetriebe auf Ressourcen, Strategien, Erfahrungen und Lösungsansätzen beruhen, die in der DDR-Vorgeschichte wurzeln. Allerdings scheint hier auch die Frage ange-

bracht, ob und wie diese Ressourcen erst durch Gelegenheiten und Zwänge des heutigen Strukturwandels »aktivierbar« und rekombinierbar geworden sind.

Alle ostdeutschen Betriebe mussten das Problem des Marktzugangs lösen, also sich entweder in bestehende westdeutsche (westeuropäische, globale) Märkte und Netzwerke integrieren oder integrieren lassen (z.B. durch westdeutsche Investoren). In jedem Fall mussten sie sich dabei mit den Anforderungen des internationalen Strukturwandels auseinandersetzen und konnten Lösungsstrategien, Erfahrungen und Verfahrensweisen, die man aus der DDR kannte, nur dann und insofern aktivieren, als damit Antworten auf aktuelle Anforderungen des internationalen Strukturwandels möglich wurden. Dabei kann es aber durchaus sein, dass die gesuchten Innovationen zur Bewältigung von Umbruchsproblemen gerade durch selektive Kombinationen neuer Elemente und historischer Mitgegebenheiten gefunden werden können. Als Hypothese kann man also formulieren: Die Aktivierung lokaler Ressourcen, historischer Mitgegebenheiten und endogener Potenziale gelingt gerade dann, wenn sie aus ihrem ursprünglichen Zusammenhang gelöst und im Umbruch experimentell mit dem Strukturwandel konfrontiert werden.

Für die weitere Untersuchung der komplexen Zusammenhänge zwischen dem Umbruch des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells und der Entwicklung in Ostdeutschland scheinen vor allem die folgenden vier Fragekomplexe besonders wichtig zu sein: Wie wirken dauerhafte Entwicklungsunterschiede und die sie (teilweise) kompensierenden Transfers in einem einzigen, aber in sich uneinheitlichen Wirtschafts- und Sozialsystem? Welche Folgen hat die Herausbildung einer binnenwirtschaftlichen Transferökonomie auf das Wirtschafts- und Sozialmodell? Wie erklären wir den Widerspruch zwischen den »Erfolgsgeschichten« einzelner Betriebe und Wirtschaftsstandorte und der insgesamt eher stagnierenden Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft? Inwieweit spiegeln die Fragmentierungen wirtschaftlicher Entwicklung, die zu einer für Ostdeutschland spezifischen Struktur der Industrie und der gewerblichen Wirtschaft geführt haben, und die betrieblichen »Erfolgs- und Misserfolgsgeschichten« in Ostdeutschland nicht nur transformationsbedingte Sonder-

probleme, sondern zugleich auch grundlegende (und global relevante) Veränderungen der Muster wirtschaftlicher Entwicklung nach dem Fordismus? Wie wirken ostdeutsche Besonderheiten als Ressourcen oder Blockaden in einem Strukturwandel, der vor allem von internationalen Determinanten bestimmt wird?

Inwieweit entsteht mit dem sekundären Integrationsmodus ein Übergangsstadium, das auf eine neue, nicht mehr fordistische Form der Erwerbsarbeitsgesellschaft hinweisen könnte? Welche Konturen, Pfade und alternative Entwicklungsmöglichkeiten zeichnen sich ab? Welche Rolle spielt ein hoch differenziertes Nebeneinander von Schrumpfung und Wachstum für Suchprozesse nach neuen funktionsfähigen Entwicklungspfaden und welche Bedeutung haben diese Prozesse für den Umbruch des Wirtschafts- und Sozialsystems? Kann man von konträr aufeinander bezogenen West-Ost-Szenarien – viel Schrumpfung und wenig Wachstum im Osten, (noch) wenig Schrumpfung, aber mehr Wachstum im Westen – sprechen? Was folgt daraus für die Angleichung oder die Auseinanderentwicklung der »zwei Gesellschaften in einem Staat«?¹⁴

Gefragt sind neue Perspektiven für Ostdeutschland und für das ganze Land

Die Entwicklungsprobleme in Ostdeutschland können nur in dem Maße überwunden werden, in dem der Umbruch des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells in eine wieder konsistente Dynamik sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung mündet. Umgekehrt gilt aber auch: Der Umbruch des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells wird nur in dem Maße gelingen, in dem die Ent-

wicklungsprobleme Ostdeutschlands überwunden werden.

Denkbar ist sowohl eine weiter zunehmende depressive Konstellation ohne Entwicklungsdynamik und mit weiterer Erosion moderner universeller Maßstäbe von Teilhabe. Denkbar aber ist auch, dass die im Umbruch entstehenden sozioökonomischen Innovationen und deren Rekombinationen auf einen neuen Pfad dynamischer Bewältigung des sozioökonomischen Strukturwandels führen.

Solange der Umbruch eher Nullwachstum und Stagnation bedeutet, drehen sich die Abwärtsspiralen weiter. Ohne den Übergang aus dem Umbruch in einen Durchbruch, ohne Dynamik frisst eine Gesellschaft sich selbst langsam auf. Ehemalige DDR-Bürger wissen das. Allerdings sind Wandel und Dynamik, Produktivitätssteigerung und Wachstum, mehr Beschäftigung und wachsende Einkommen allein noch nicht hinreichend für *Entwicklung*. Es geht auch um die Richtung, in die der Umbruch führt oder führen könnte, um die Frage, was wachsen soll und was nicht, welche Strukturveränderungen denkbar und gewollt sind. Und es müsste geklärt werden, in welchem Maße diese Prozesse und ihre Richtung in einer globalen, komplexen, von Millionen gegensätzlichen Bewegungen getriebenen, unterschiedlichen Interessen, Motiven und Ressourcen geprägten Weltgesellschaft überhaupt gestaltbar sind und durch »politische Willensbildung« beeinflusst werden können. Die Frage nach der Perspektive des Umbruchs ist die Frage nach dynamischen (schrittweisen, evolutionären) Lösungen für die zentralen gesellschaftlichen Fragen.

Auszug aus einer Studie des Thünen-Instituts: Probleme und Perspektiven Ostdeutschlands (2005)

Anmerkungen

- ¹ Dazu existiert eine vielfältige Literatur. Einen Überblick gibt: Kollmorgen, Raj (2005), *Ostdeutschland*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- ² Die gesamte Literatur zu diesen Themen kann hier nicht angeführt werden, einen aktuellen Überblick vermittelt: Bahrmann, Hannes; Links, Christoph (Hg.) (2005), *Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – eine Zwischenbilanz*. Ch. Links Berlin
- ³ Institut für Wirtschaftsforschung Halle IWH (2005), »Die Lage der Weltwirtschaft und der deut-

schen Wirtschaft im Frühjahr 2005«, in: *Wirtschaft im Wandel* Sonderausgabe1/2005. IWH Halle 2005, S. 53

- ⁴ Beck, Stefan; Bisevic, Andre; Buss, Klaus-Peter; Scherrer, Christoph; Wittke, Volker (2006), *Die ostdeutsche Industrie auf eigenen Pfaden? Endbericht zum Projekt »Die ostdeutsche Industrie in der Globalisierung. Wie können dauerhafte Entwicklungspfade unter widrigen Bedingungen aussehen?«*, Hans-Böckler-Stiftung, Otto-Brenner-Stiftung, Göttingen, Kassel (unveröffentlicht), S. 18
- ⁵ Alda, Holger, Friedrich Hauss, Rainer Land, Andreas Willisch (2004), »Erwerbsverläufe und sekundärer Integrationsmodus«, in: *Berliner Debatte Initial* 15, 2005-2, S. 70ff.
- ⁶ Alda, Holger (2005), *Prekäre Erwerbsbeteiligung in Nordrhein-Westfalen. Kombinierte Quer- und Längsschnittdatenanalysen mit integrierten Erwerbsbiographien*. (unveröffentlicht)
- ⁷ 1990-1992: Import der westdeutschen Arbeitsmarktpolitik nach Ostdeutschland; 1992-1995: Ausweitung der Instrumente zur Bearbeitung plötzlich entstandener hoher Massenarbeitslosigkeit; 1995-2001: Funktionswandel der Instrumente zur Bearbeitung anhaltender Arbeitslosigkeit durch »Simulation von Erwerbsarbeit«, zugleich erste Reexporte der gewandelten Institutionen von Ost nach Westdeutschland; 2002-2005: Reorganisation des sekundären Integrationsmodus durch institutionelle Verbindung mit der Sozialhilfe und dem Fürsorgeprinzip, die faktische Einführung des Kombilohns (Zuverdienstprinzip etc.) und gesamtdeutsche Regelung (Hartz-Gesetze).
- ⁸ Vgl. Brüssig, Martin, Erlinghagen, Marcel (2005), »Entlassungen und Kündigungen in den neuen Bundesländern«, in: *Berliner Debatte Initial* 2005-2, S. 76-92; Alda, Haus, Land, Willisch, a.a.O.
- ⁹ Franz, Peter (2004), »Schrumpfende Städte – Schrumpfende Wirtschaft? Der Fall Ostdeutschland«, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften* 43(2004)1, S. 33
- ¹⁰ Hilpert, Ulrich, Jakszentis, Anja (2005), *Regionale Entwicklungsunterschiede in Ostdeutschland im Vergleich*. Otto Brenner Stiftung Frankfurt/Main
- ¹¹ So Wolfgang Engler (1999), der erklärt, wie aus den DDR-Bürgern der Typus der »Ostdeutschen« hervorging – als ein Produkt deutsch-deutscher Entwicklungen nach 1990: Engler, Wolfgang (1999), *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*. Berlin: Aufbau
- ¹² Land, Rainer (2000), »Von der LPG zur Agrar-Fabrik. Ein Literaturbericht«, in: *Berliner Debatte Initial*, Heft 5/6; Land, Rainer (2005), »Die neue Landwirtschaft und die Dörfer«. Vortrag. www.thuenen-institut.de
- ¹³ Noch in den 50er Jahren wurde in manchen westdeutschen Publikationen euphorisch die Entwicklung zu einer *industriellen* Agrarproduktion (ohne »Gänsefüße«) prognostiziert. Erst als dieses Modell dann in der DDR verwirklicht werden sollte, gewann das Loblied des bäuerlichen Familienbetriebs wieder die Oberhand. Tatsächlich verbirgt sich hinter der übergroßen Mehrzahl der Bauernwirtschaften nur ein anderer Typ des industrialisierten Kleinbetriebs, der hoch spezialisiert und einseitig ausgerichtet kaum noch einem Bauernhof ähnelt.
- ¹⁴ Reißig, Rolf (2000): *Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft*, Berlin

Hans Thie geboren 1957, ist Referent für Wirtschaftspolitik der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag. Zuvor war er Redakteur für Politik und Wirtschaft bei der Wochenzeitung *Freitag*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Thünen-Institut für Regionalentwicklung (Bollewick) und am Center of Research on Innovation & Society (Berlin/Santa Barbara). Zu seinen Themenschwerpunkten zählen: Energiewende und Strukturwandel, Wirtschaftspolitik in Deutschland und in den USA, Roosevelts New Deal und ökologischer New Deal.

Rainer Land geboren 1952, studierte Philosophie und Wirtschaftswissenschaften, promovierte 1984 an der Humboldtuniversität zu Berlin und arbeitete im Anschluss zu verschiedenen Themen der evolutiven Ökonomie, des modernen Sozialismus und der ökologischen Transformation moderner Gesellschaften. Seit 1992 ist er Redakteur und Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Berliner Debatte Initial*. Seit 1998 arbeitet er zu Ostdeutschland, zur Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume. 2002 gründete er mit Andreas Willisch das Thünen-Institut in Mecklenburg-Vorpommern.

Im Kleinen anfangen!

Holger Lauinger

Ein Bürgermeister ruft nach Kolonisten. Zwei Studenten bauen ihre berufliche Existenz mit Schnecken auf. Ein Planer löscht seine Stadt aus. Ein Heimkehrer züchtet Bisons im Tagebau. Ein Arbeitsloser mobilisiert »Überflüssige«. Ein Rechtsanwalt experimentiert mit Geld. Ein Sozialwissenschaftler spricht von ländlichen Ghettos, Jugendliche über ihre Zukunft in einer sterbenden Stadt. Ein Pionier will im toten Kraftwerk eine lebendige Brauerei. Eine Frau schließt das letzte Kino der Stadt. Ein Bauer kämpft für ein energetisch autarkes Dorf. Eine Kommune zieht in eine ehemalige Puppen-Fabrik. Kulturschaffende wehren sich gegen Nazis. Ein Politiker sieht in regenerativen Energien die Zukunftschance. Neue Siedler besetzen ländlichen Raum. Sie alle leben in...

Neuland

Werden wir verschiedene Gesellschaften in unterschiedlichen Räumen haben? Im September 2004 sorgte die Infragestellung der »Notwendigkeit gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands« durch den Bundespräsidenten Horst Köhler für einen kurzen Aufruhr in den Medien des Landes. Nachhaltig aber sind die Probleme, mit denen sich heute zahlreiche Regionen konfrontiert sehen. De- oder Hyperindustrialisierung sind verantwortlich für eine hohe flächendeckende Arbeitslosigkeit. Die Kommunen sind aussichtslos verschuldet. Zunehmend können Infrastrukturleistungen nicht mehr auf-

rechterhalten werden. Den disparaten Regionen laufen die Menschen davon. Wenn aber »Gleichwertigkeit« nicht mehr garantiert wird, könnte dann aus dem »Schattenreich der Globalisierung« nicht auch ein »Neuland« für Experimente, Lebens- und Arbeitsweisen parallel der einseitig wachstumsorientierten Regionen entstehen?

Ein Film geht auf Reisen...

Der Dokumentarfilm *Neuland* ist ein Reisebericht durch die ostdeutsche Transformationslandschaft im Jahr 2007. Auf der Suche nach den Lebensqualitäten in den fragmentierten, peripheren Regionen Ostdeutschlands thematisiert er das Für und Wider im Leben von Bürgern in dramatisch schrumpfenden Regionen. In einem ungewöhnlichen Format – maximale O-Töne, keine Off-Stimme – reflektieren 18 Bürger aus ihrer Alltagssituation über Probleme, aber auch Chancen, die sie im gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbruch wahrnehmen. Nach exemplarischen Situationen und Themen sortiert, wurde der Film von seinen Machern als Diskussionsgrundlage für vor Ort konzipiert. Die Verdichtung von diesen sogenannten »Realitätsfragmenten« unterschiedlicher Akteure, von Pionieren und ihren Projekten soll anregen, »Neuland« zu denken.

Seit März 2007 waren der Film und seine Autoren auf Einladung zahlreicher Kooperationspartner in mehr als 250 Orten der Republik zu Gast, um mit Bürgern und Politikern über zivil-



gesellschaftliche Mobilisierung und die Chancen kleiner persönlicher Aufbrüche zu diskutieren. Aufgrund der vielen lokalen Film- & Diskussionsveranstaltungen hat *Neuland* ein immenses positives Presseecho erfahren (*DIE ZEIT*: »... gehört zum Ehrlichsten, was über die Nachwendjahre gedreht wurde...«). So wurde der Film auch im Abgeordnetenhaus des Bundestages gezeigt und von den Sendern RBB und Phönix ausgestrahlt. Mehr als 300.000 Menschen insgesamt dürften den Film gesehen haben... Die Nachfrage an dem Produkt *Neuland* ist seit mehr als 2 Jahren konstant – wobei gegenwärtig das Interesse in westdeutschen Regionen deutlich zunimmt.

Der Teufel und die großen Haufen

Wieso sind Produktion und Vertrieb des Films hier der Erwähnung wert? *Neuland* ist eine sogenannte »No-Budget-Produktion«. Unter diesem Aspekt sind bestimmte Erfahrungen der Autoren beim Versuch der Finanzierung des Filmprojekts und die vieler engagierter Akteure in schrumpfenden Regionen im existenziellen Kampf um ihre Projekte vergleichbar. Das deutsche Sprichwort »Der Teufel schießt immer auf den größten Haufen« drückt diese Frustrationen zivilgesellschaftlicher Akteure verkürzt, aber dafür sehr sinnbildlich aus. Entgegen gesellschaftlicher Realität und Notwendigkeit sind die staatlichen Förderinstrumentarien zu starr und unflexibel. System und Apparat bevorzugen bei staatlichen Interventionen beziehungsweise Förderungen vorwiegend »eine Politik der großen Bilder« und sind bisher nicht oder kaum in der Lage, kleinteilige, akteursorientierte Strategien zu fahren. Viele engagierte Akteure und Projekte in schrumpfenden Regionen erscheinen somit erst gar nicht auf dem Radarschirm staatlicher Förderinstitutionen. Das ist gerade für eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte und eine Initiierung beziehungsweise Stärkung kleiner re-

gionaler Kreisläufe in schrumpfenden Regionen besonders fatal. Denn es besteht so die Gefahr, dass sich bisher noch unbekannte Möglichkeitsräume für eine Gesellschaft der Vielfalt und des Experiments in schrumpfenden Regionen nicht einmal erkennen lassen. Und das obwohl gerade in diesen realen Schrumpfungszonen besonders deutlich erkennbar wird, wie großräumige Monostrukturen direkt in die Krise geführt haben.

Im Fall der Filmförderung *Neuland* war es dann ein junger Türke aus Istanbul, der mit einem privaten Mikrokredit das Projekt ermöglichte. Zuvor war das Vorhaben aufgrund seiner »kleinen Größe« durch die Raster der Formulare konventioneller Filmförderung gefallen. Der Zeitaufwand für eine konzentrierte Beschäftigung mit den Formularen der Filmförderanträge stand in keinem sinnvollen Verhältnis zu der beantragten Budgethöhe und zu den Chancen einer Bewilligung des Antrags. In einigen Gesprächen mit Fernsehredakteuren über das Thema hatte sich zudem bei den Autoren ein Erschrecken über das allgemeine Desinteresse am Thema »Lebenssituation von Menschen in schrumpfenden Regionen« und über die fast schon latente Gleichschaltung der Sendungen durch nicht hinterfragbare Formate eingestellt. So bleibt es eine doch vielsagende Ironie, wer es letztlich wie förderte, dass ostdeutsche Stimmen, ihre Einschätzungen und ihre Fragen mit einem Film als Impuls für zivilgesellschaftliche Diskussionen auf die Reise durch Schrumpfungszonen gesendet werden konnten.

Das Fördern fordern!

Vor diesem Hintergrund möchte ich einige Thesen oder Fragen zum Thema »Förderung« entwickeln, die von den Bürgern auf unseren Veranstaltungen regelmäßig angesprochen werden:

1. Fördern wir in der aktuellen Umbruchsituation wirklich das »Neue«?

Man muss leider beobachten, dass der gesamte politisch motivierte »Aufbau Ost« zu sehr an den Bildern des Aufbaus West im fordistischen Zeitalter orientiert ist. Einige katastrophale Fehlinvestitionen aber belegen, dass in bestimmten Regionen nicht mehr unbedingt mit vergleichbaren Wirkungskräften bei dem Versuch von Clusterbildungen zu rechnen ist. Was bedeutet das insgesamt für Förderungen?

2. Können wir jenseits des »Wachstumsparadigmas« denken und fördern?

Wenn Regionen sich fragmentieren, Schrumpungsregionen parallel zu Wachstumsregionen entstehen, passen dann noch unsere alten Denkstrukturen und Rezepte oder müssen wir neue differenzierte Kriterien und Maßstäbe für die Förderung der jeweiligen Zonen entwickeln?

3. Fördern wir kleinteilig genug?

Politik neigt dazu, in sehr großen Bildern zu denken. Das führt nicht selten zu großen, kostenintensiven Maßnahmen. Scheitern diese, sind der Schaden und die Enttäuschung sehr hoch. Planer sprechen deshalb gerne von der Notwendigkeit einer kleinteiligen akteursorientierten Förderung. Wie kann eine kleinteilige Förderung gesellschaftlich organisiert werden? Fördert die aktuelle Sozialgesetzgebung (Hartz IV etc.) Kreativität und Eigenengagement oder verhindert sie sie eher?

4. Sind die Förderinstrumentarien flexibel genug?

Teilweise scheinen Förderinstitutionen vom Ideenreichtum der Bürger überfordert zu sein. Im Dokumentarfilm *Neuland* zeigen wir zwei junge Schneckenzüchter aus dem Vogtland und einen Bisonzüchter aus dem Leipziger Land, die keine Förderungen erhielten, weil ihre Ideen nicht den Förderkategorien zuzuordnen waren. Der Züch-

ter der Bisons wurde daraufhin vom Landwirtschaftsministerium aufgefordert, seine Tiere mit Hauskühen zu kreuzen, damit er unter der Kategorie »Rind« entsprechende Förderungen erhalten kann. Sehr oft stellt sich die definierte Zweckbindung bei der Mittelausgabe als Instrument der Verhinderung heraus. Warum fällt es so schwer pauschalierte Förderungen zu vergeben?

5. Haben wir denn überhaupt den Mut tatsächliche »Experimente« zu fördern?

Es gibt viele wunderbare Hochglanzbroschüren aus Ministerien, in denen »best-practice-Beispiele« dargestellt und gefeiert werden. Doch die Ideen sind überschaubar und wiederholen sich regelmäßig. Hat das mit unserer Strategie des Förderns zu tun? Muss vorab schon bewiesen sein, dass es funktioniert? Werden auch Experimente mit offenem Ausgang gefördert?

6. Ist auch eine »Kultur des Scheiterns« denkbar?

Will man Kreativität und eine Kultur des Experiments fördern, muss man das eventuelle Scheitern einbeziehen. Eine Diskussion über regelmäßig wiederkehrende Schranken – projektintern oder gesellschaftlicher Art, die innovative Projekte scheitern lassen, ist für einen gesellschaftlichen Lernprozess unabdingbar. Kann das »Scheitern« in Förderungen bedacht werden? Wie kann die »Fallhöhe für gescheiterte Pionie-





re« verringert und der persönliche Ruin verhindert werden? Ist das eine Frage der Förderung?

7. Was ist die soziale Basis für Kreativität? Wie kann sie gefördert werden?

Die Freisetzung von Kreativität und Eigenengagement braucht ein finanzielles Fundament. Die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen spielt meines Erachtens gerade für schrumpfende Regionen eine besondere Rolle. Gibt es die Möglichkeit einer dezentralen, in die Fläche von schrumpfenden Regionen wirkenden Förderung von Akteuren als Basis und Motor für neue, synergetisch wirkende Entwicklungen? Die aktuelle Sozialgesetzgebung (Hartz 4) wird jedenfalls nicht als motivierend betrachtet, Eigeninitiative und Kreativität zu entwickeln. Ist der zusätzliche Eigenverdienst zu niedrig für eine finanzielle Selbständigkeit, wird der Großteil des Selbsterwirtschafteten wieder vom Amt eingekassiert.

8. Haben wir noch gesellschaftliche Visionen? In welchen Themenfeldern werden dringend Innovationen benötigt?

Schrumpfung wird von vielen Bürgern als bedrohlich empfunden. Was aber ist es, was uns in diesem Prozess wirklich Angst bereitet? Die Tatsache, dass *wir* weniger werden? Oder eher unser Unvermögen, den Umbruch sozial und solidarisch zu gestalten? Wie soll die schrumpfende Gesellschaft aussehen? Und welche Themen müssen besonders gefördert werden? In unseren Veranstaltungen werden besonders die Themen »regenerative Energien & energetische

Autarkie«, »Bildung« und »medizinische Grundversorgung in ländlichen Räumen« aufgegriffen. Werden Ideen für diese Bereiche aber auch besonders gefördert?

9. Was sind die kulturellen und sozialen Mindeststandards für den Erhalt der Zivilgesellschaft in schrumpfenden Regionen? Wie können wir diese fördern?

Wenn wir die divergierenden ökonomischen Entwicklungen von Orten und Regionen nicht aufhalten können oder wollen, müssen wir die politische Frage stellen, was die kulturellen und sozialen Mindeststandards sein sollen, die wir in den schrumpfenden Regionen erhalten beziehungsweise fördern, damit dort die Zivilgesellschaft überhaupt eine Chance hat. Dazu gehört sicherlich besonders die strategische Förderung von kulturellen Angeboten jenseits einer zwanghaften Rentabilität. Die Förderung von Zivilgesellschaft kann sicherlich nach den Maßstäben der Marktwirtschaft abgerechnet werden. Da »Kultur« aber nur zu den »freiwilligen Aufgaben« von Kommunen gehört, zählt sie mit zu den ersten Einsparbereichen vieler öffentlicher Haushalte. Totgesparte, geistige Verödung ganzer Landstriche wird dies früher oder später zur Folge haben. Man sollte sich dann ehrlicherweise auch die Krokodilstränen bei den Sonntagsreden zur Stärkung der Zivilgesellschaft mitsparen, wenn man zum wiederholten Male feststellt, dass die Rechtsextremen den mentalen Raum in verarmenden Regionen erobert haben. Wenn Bürgermeistern in der Region Vorpommern die notwendigen 20 Euro fehlen, um mit dem Druck

eines schlichten Faltblattes auf die letzten kulturellen Angebote in der Region aufmerksam zu machen, braucht man sich nicht zu wundern, wenn manche Ortschaften nach der Ausrichtung eines »Heimatfestes« durch die NPD dann bis zu 45 Prozent rechtsextrem wählen. Das ist schon lange kein Horrorszenario mehr, sondern erschreckende Realität.

Klein anfangen, um Großes zu erreichen

Der sozial-ökologische Umbau klopft an die Haustüren. Und besonders in Ostdeutschland sollten die Haustüren für den Epochenwechsel und diese gesellschaftliche Neuorientierung sperrangelweit offen stehen. »Dezentralität« wird zur entscheidenden Weichenstellung für die Zukunft. Die Antwort auf die Folgen der Globalisierung kann nur im Stärkungsprozess der Regionen selbst gefunden werden. Dazu wird der Mut zu mehr politischer Mit- und Selbstbestimmung benötigt. Wollen wir in ökonomisch wie demografisch schrumpfenden Regionen weitere Verelendungs- u. Ghettoisierungsszenarien vermeiden und fehlt es an öffentlichen Finanzen beziehungsweise dem politischen Willen zur massiven staatlichen Intervention, so kann der Differenzierungsprozess in und zwischen den Regionen nur durch mehr Freiheit, mehr Selbstbestimmung und Eigenverantwortung gestaltet werden. Die unhinterfragte politische Übernahme eines massiven Bürokratie- und Reglementierungsmantels, der sich in einer 40jährigen Wachstumsphase der westdeutschen Bundesrepublik gebildet hatte, mag wahrscheinlich ebenso schwerwiegende Folgen für die weitgehend de-industrialisierten ostdeutschen Regionen haben wie die bisher nicht im öffentlichen Diskurs stattfindende Treuhänder-Politik der Nachwendejahre. Sollen nach der Aufgabe der politischen wie raumordnerischen Maxime der »gleichwertigen Lebensverhältnisse« und dem schleichenden Rückzug

des Staates aus vielen Infrastrukturleistungen in den schrumpfenden Regionen noch Chancen für neue Lebensqualitäten erhalten bleiben, müssen neue politische Rahmen für abgekoppelte Regionen diskutiert werden.

Im Film *Neuland* und in den anschließenden Veranstaltungen werden Themen eines niedrigschwelligem sozial-ökologischen Gesellschaftsumbaus dargestellt und diskutiert: regionales Wirtschaften, energieautarke Regionen, neue Lebens-, Arbeits- und Solidarmodelle, Genossenschaftsmodelle. Die Fantasie von Akteuren reicht oft deutlich weiter, als es gesellschaftliche Rahmenbedingungen gegenwärtig zulassen. Eine wesentliche Frage aber bleibt leider regelmäßig unbeantwortet: Wie können die vielzähligen kleinen persönlichen Aufbrüche gefördert werden, wenn sie von den staatlichen Instanzen weiterhin nolens volens ignoriert werden?

Aus diesem Grund stehen auch Themen wie neue Sozialgesetzgebung, bedingungsloses Grundeinkommen, akteursorientierte Förderung und Bürgerhaushalt im Fokus eines interessierten Publikums. In diesem Sinne ist auch »Neuland« kein territorialer Begriff, der ausschließlich ostdeutsche, ländliche Regionen umfasst, als vielmehr ein Euphemismus für den mentalen (Möglichkeits-)Raum einer gesellschaftlichen Suchbewegung. Denn die Macher des Films sind nach wie vor der leidenschaftlichen Überzeugung: Provinz beginnt meistens im Kopf. Schrumpfende Regionen müssen nicht unbedingt grau und trist sein, sie können durchaus grün, gesellschaftlich vielfältig und lebendig sein... Gehen Sie hin fragen und streiten Sie mit den Politikern Ihres Vertrauens!

Weitere Informationen zum Film finden Sie unter www.neuland-denken.

Holger Lauinger geboren 1971, studierte Landschaftsplanung an der TU Berlin und arbeitet heute als freier Journalist und Filmemacher in Berlin. Ihn interessieren die Konstruktion von Umwelten und deren soziale Realitäten. Fachkenntnisse und persönliche Beobachtungen im städtischen wie ländlichen Lebensumfeld inspirieren ihn zur Entwicklung von Filmkonzepten. 2008 gründete er die Sein-im-Schein-Filmproduktion (www.sein-im-schein.de). Filmografie: *Nicht-Mehr* | *Noch-Nicht* (2004), *Neuland* (2007), *Wer anderen eine Grube gräbt...* (2008).

Eigenständige Aktivitäten ermöglichen

Ein Plädoyer

Peter Hettlich

Der »Aufbau Ost« ist nicht zu machen, indem man schlicht den Westen nachbaut. Für diese Herausforderung bedarf es innovativer Konzepte und überzeugender Leitbilder.

Die »Aufbau Ost-Politik« folgte von Anfang an einer klassischen Inputlogik. Massive Kapitaltransfers von West nach Ost, die Übertragung des westdeutschen Bürokratie- und Ordnungsrahmens, immense Infrastrukturinvestitionen sowie eine aufwändige Wirtschaftsförderung mit den existierenden industriepolitischen Instrumentarien sollten die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland unterstützen und eine schnelle Angleichung an die Lebensbedingungen in den alten Bundesländern bewirken.

Diese Strategie ist vielerorts nicht aufgegangen. Großflächig verweigerte sich der zu gestaltende Raum der Industrialisierung, der Angleichungsprozess stagniert schon seit 1997, und die klassischen Wachstumsmodelle versagen bei der Erklärung. 2019 läuft der Solidarpakt II aus und damit wird der aufwändigen und ineffektiven Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland die Grundlage entzogen. Auch die Experten sind ratlos, wie beispielsweise der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger einräumt. Der Politik fällt scheinbar auch nichts mehr ein, jedenfalls gibt es keine offizielle Strategieformulierung, keinen Masterplan.

Es gibt aber eine faktische Strategie. Die spricht nur keiner aus, weil sie die Ideen-, Mut- und Wil-

lenlosigkeit der politischen Entscheidungsträger offenbart. Es ist die Strategie der »passiven Sanierung«. Sie setzt auf die Mobilität der Bürger. Anstatt die Regionen zu entwickeln, sollen die Menschen ihre Chancen auf Beschäftigung, Wohlstand und Erfolg durch Abwanderung nutzen. Den Rest überlässt man den Sozialsystemen. Die großen Herausforderungen in Ostdeutschland werden nicht angenommen, ja es wird ihnen ausgewichen. Die dramatisch sinkenden Bevölkerungszahlen, die Abwanderung junger und qualifizierter Menschen und die Entleerung ganzer Landstriche sind nicht mehr das Hauptproblem, sondern die Lösung. Man müsste allerdings lange suchen, um ein Beispiel für den Erfolg einer solchen Strategie zu finden. Es ist naiv zu glauben, dass am Ende weniger Menschen in der Region leben, die dafür attraktivere Bedingungen vorfinden. Als Ergebnis des Prozesses der passiven Sanierung stehen viel wahrscheinlicher die menschliche, die soziale und die wirtschaftliche Tristesse. Es gehen ja nicht irgendwelche Menschen. Es gehen die Jungen, die Beweglichen. Es geht die Zukunft.

Wir Grünen wollen und können uns mit diesem Szenario nicht abfinden. Wir sehen die Chance für eine solide und eigenständige Entwicklung Ostdeutschlands in der Entfaltung seiner eigenen Energien, der Eroberung wirtschaftlicher Zukunftsfelder und im Beschreiten neuer Entwicklungspfade. Dieses Leitbild baut auf Innovation, die Anpassung an den demografischen Wandel und vor allem auf das »Ermöglichen« von eigenständigen Aktivitäten. Bündnisgrüne Politik für

Ostdeutschland vertraut auf aktive Menschen und vorhandenes Potenzial. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die lokales Engagement befördern und nicht behindern. Wir schaffen Netzwerke und unterstützen Menschen vor Ort, die anpacken, sich engagieren und sich für ihre Region stark machen.

Wir haben unser Leitbild »Ostdeutschland 2020« mit konkreten Ideen unterlegt:

Wir fordern einen Prioritätenwechsel in der Ostförderung. Die Zukunft Ostdeutschlands hängt nicht von Asphaltkilometern ab, sondern wesentlich von der Qualität und dem Umfang des Bildungs- und Forschungssystems. 10 Kilometer Straße kosten 60 Millionen Euro. 60 Millionen Euro kostet die Gründung eines Forschungsinstituts. Wirtschaftsnaher Forschung ist uns wichtiger als Verkehrsinfrastruktur. Die Investitionszulage wollen wir daher in eine Innovationszulage umwandeln, um nachhaltige Unternehmensstrukturen zu fördern und nicht verlängerte Werkbänke.

Wir wollen mehr Verantwortung und Autonomie auf die Akteure übertragen. So werden die Menschen tatsächlich in ihre Region eingebunden und in Entscheidungen einbezogen. Wirksamer als starre Förderprogramme sind Wettbewerbe um die besten Strategien und Konzepte. Mit einem Zukunftsfonds sind wir in der Lage, innovative Ideen zu finanzieren. Es gilt Antworten zu finden, wie Lebensqualität auch bei Schrumpfung erhalten und neu gestaltet werden kann. Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine ambitionierte Wirtschafts- und Energiepolitik, die die wirtschaftlichen Potenziale einer ökologischen Modernisierung in Ostdeutschland nutzt. Die drei großen E: Energieeinsparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien stellen aus unserer Sicht die umfassendste Entwicklungsperspektive dar. Ein Fonds »Energierregion Ostdeutschland« soll lokale Initiativen unterstützen und ver-

netzen. Unser Ziel ist es auch, die Bürgerinnen und Bürger sehr viel stärker als bisher an der Planung der Energieinfrastruktur zu beteiligen.

Wir wollen die Menschen zu aktiver Beteiligung ermuntern und vorhandene bürokratische Hürden abbauen. Wir wollen das Stiftungsweesen fördern und dadurch privates wie ehrenamtliches Engagement initiieren. Wir möchten den Diskussionsprozess vor Ort befruchten sowie vorhandene Ressourcen bündeln: In einem Modellprojekt wird die Ausbildung, Begleitung und Vernetzung von 100 ehrenamtlichen Engagementpaten finanziert. Diese unterstützen als Multiplikatoren die professionelle Infrastruktur, motivieren Freiwillige und beraten Initiativen und Vereine in ihren Aktivitäten.

Wir wollen kulturelle Initiativen und Ansätze fördern, die noch keine starke Lobby haben. Kulturmobile und Bücherbusse bereichern die Lebenswelt in ländlichen Regionen. Die Entwicklung von Schulen zu Gemeinschaftszentren oder die Organisation von Gastspielen stellen niedrigschwellige Kulturangebote dar, die ohne aufwändige Infrastruktur auskommen. Wir können die kulturelle Zwischennutzung von leerstehenden Gebäuden und Brachflächen erleichtern, damit Leerstand endlich zu Freiraum wird, den Menschen aktiv gestalten können.

Ostdeutschland im Jahr 2020 ist eine Region im Herzen Europas, die große Herausforderungen annimmt und neue Entwicklungspfade beschreibt.

Peter Hettlich geboren 1959, ist seit 1998 Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, seit 2000 Kreisverbandssprecher in Torgau-Oschatz und seit 2005 Mitglied des Landesvorstandes Sachsen. Seit 2002 ist er Mitglied des Bundestages, seit November 2005 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Er ist Mitglied in Indienhilfe e. V. Köln, Grüne Welle Umweltverein e. V., Oschatz, Gründer und Mitglied des Jugend-, Kultur- und Umweltzentrum e. V. »E-Werk Oschatz« und Beisitzer im Vorstand der Deutschen Afrika Stiftung e. V.

Zukunftsenergien



Erneuerbare Energien

Ungeliebter Wandel im Schatten der Braunkohle

Johannes Lichti

Der Abstieg des Klimakillers Braunkohle

Der Strukturwandel in der Energiewirtschaft ist unübersehbar: Waren 1989 in der damaligen DDR noch 139.000 Menschen im Braunkohlebergbau beschäftigt, waren es 2008 einschließlich des Kraftwerksbetriebs noch 10.400. Die Erneuerbaren Energien beschäftigten in Deutschland 2008 knapp 280.000 Menschen. Auch neue Kraftwerksbauten wie in Boxberg (Oberlausitz) führen zu keinem nennenswerten Arbeitsplatzaufbau. Die Aussichten der Braunkohle sind auch sonst durchaus schlecht. Sie steht mit dem höchsten spezifischen CO₂-Ausstoß je erzeugter Kilowattstunde zu recht als Klimakiller Nr. 1 unter Druck¹. Dies kam bisher nicht zum Tragen, weil die Kraftwerksbetreiber keine CO₂-Verschmutzungsrechte nach dem Treibhausgas-handelsgesetz kaufen mussten: Sie wurden ihnen einfach geschenkt, zum Beispiel eine Milliarde Euro im Jahr für das neue Kraftwerk in Boxberg, das 2011 ans Netz gehen soll². Die Zeiten im Subventions-Schlaraffenland sind aber auch für die Braunkohle vorbei. Ab 2013 gilt die europaweite Vollauktionierung der Verschmutzungszertifikate. Im Klartext: Vattenfall und MIBRAG müssen ihre CO₂-Verschmutzungsrechte dann vollständig am Markt kaufen. Da der CO₂ Preis 2008 circa 22 Euro je Tonne betrug, ist sicher absehbar, dass die Braunkohlekraftwerke in Zukunft massiv unwirtschaftlicher werden. Braunkohlestrom wird schlicht zu teuer werden, denn der Gleichstand im Endverbraucherpreis zwischen Wind und fos-

silem Strom ist heute schon fast erreicht und wird für Photovoltaik um die Mitte des nächsten Jahrzehnts erwartet.

Diese Erkenntnisse sind entgegen aller Lippenbekenntnisse zum Klimaschutz und den Erneuerbaren Energien in der Politik von CDU und SPD in Berlin und Dresden noch nicht angekommen. Der ehemalige Umweltminister Gabriel glaubt an eine Zukunft der Braunkohle und fördert die Forschung und Entwicklung der CCS-Technologie. Diese Marketing-Idee der Kohleindustrie behauptet, Braunkohle klimaverträglicher zu machen, indem das CO₂ abgeschieden und dauerhaft in der Erde eingelagert werden könne. Der Gesetzesvorschlag zur CCS-Einlagerung sieht aber vor, dass die Länder schon nach 20 Jahren das volle Risiko übernehmen sollen – und das, obwohl die Einlagerung Tausende von Jahren gesichert werden muss! Am 15. Mai hat der Bundesrat diese Risikoübernahme erst einmal abgelehnt.

Angesichts der schlechten Aussichten der Braunkohle ist es ein besonderer Skandal, dass immer noch Menschen durch den Braunkohletagebau vertrieben werden. Die Zerstörung von Heuersdorf bei Leipzig ist fast abgeschlossen. Auch Horno in Brandenburg hat den Kampf verloren. Neue Tagebaugebiete sind in der Lausitz und bei Lützen (Sachsen-Anhalt) geplant. Die Erweiterung des Tagebaus Nochten, der bis 2015 genehmigt werden soll, würde die Heimat von 1500 Menschen abbaggern. Dabei reichen er-

schlossene Tagebauegebiete noch bis 2035 – ein Zeitpunkt, zu dem Strom aus Erneuerbaren Energien schon längst billiger als fossiler Strom sein wird!³

Der ungeliebte Erfolg der Erneuerbaren Energien

Der Erfolg der Erneuerbaren Energien ist unbestreitbar. Sachsen-Anhalt deckte 2007 bereits 32 Prozent seines Strombedarfs mit den Erneuerbaren, vor allem durch Wind. Der Aufbau der Erneuerbaren Energien erfolgte in Sachsen im Windschatten der Braunkohle und unter ständigem Gegenwind der CDU. Unvergessen ist der unsägliche Ausspruch des Alt-Ministerpräsidenten Biedenkopf von den Windenergieanlagen als »Gelddruckmaschinen«. Diese Haltung haben zahlreiche konservative Entscheidungsträger auf der örtlichen Ebene verinnerlicht und in eine regelrechte Wind-Verhinderungsplanung umgesetzt. Als dauernde Hypothek verfügt Sachsen bis heute über keinen Endfertiger von Windenergieanlagen. Sachsen leistet sich immer noch ein offizielles Energieprogramm 2004, das die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und neue Atomkraftwerke fordert.⁴ Noch 2005 forderte der damalige parlamentarische

Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Landtag, Heinz Lehmann, den Bau eines Atomkraftwerks an der Neisse. Und noch 2008 kämpfte der Dresdner CDU-Abgeordnete Lämmel für eine massive Absenkung der Umlage für Photovoltaik nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz EEG.

Dennoch ist auch in Sachsen im Schatten der Braunkohle eine Erfolgsgeschichte der Erneuerbaren Energien entstanden, die große Hoffnungen für die Zukunft macht. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch hat sich in Sachsen im ungefähren Gleichschritt mit Deutschland entwickelt. 2008 lag der Anteil in Deutschland bei 14,8 Prozent und in Sachsen bei 14,3 Prozent. Die Branche aus Wind, Sonne und Biomasse erzielte 2007 einen Umsatz von circa zwei Milliarden Euro und beschäftigte 6.500 Menschen. 2010 werden schon ein Umsatz von drei Milliarden Euro und 10.000 Beschäftigte erwartet. Die Photovoltaik ist mit circa 40 Prozent der Jobbringer Nr. 1 und erbringt die Hälfte des Umsatzes.⁵ Sachsen hat im Bereich der Photovoltaik den Vorteil, alle Wertschöpfungsstufen im Land zu haben.⁶ Beispielsweise baut Wacker in Nünchritz bei Riesa eine Produktionslage für Polysilicium mit 450 neuen Arbeitsplätzen. Roth & Rau, Hohenstein-Ernstthal, ist Weltmarktführer für Antireflexbeschichtungsanlagen für Solarzel-



len und bietet schlüsselfertige Solarfertigungs-
linien an. Das Unternehmen beschäftigte 2008
600 Mitarbeiter und wächst trotz Wirtschaftskri-
se stürmisch weiter. Die Solarworld AG beschäf-
tigt in Freiberg derzeit 1500 Menschen und baut
die Produktionslagen für Solarwafer weiter aus.
Die Tochter Sunicon AG konzentriert in Freiberg
alle Aktivitäten zum Silicium-Recycling.

27 Solarfirmen und 12 Forschungseinrichtungen
haben sich in Sachsen, Sachsen-Anhalt und
Thüringen zum Spitzencluster Solarvalley Mit-
teldeutschland zusammengeschlossen. 2007
wurden hier 18 Prozent aller Solarzellen welt-
weit und 90 Prozent der deutschen produziert.
Ziel des Clusters ist es, die Netzparität ab 2015
zu erreichen, also Preisgleichheit für den Endver-
braucher zwischen solarem und fossilem Strom.
Der Verbund hat im Herbst 08 200 Millionen Euro
Forschungsgelder vom Bund gewonnen.⁷ Trotz
der unbestreitbaren Erfolge und noch größerer
Chancen mahnt der Bundesländervergleich zum
Stand der Erneuerbaren Energien des DIW und
des ZSW zu weiteren Anstrengungen.⁸ Sachsen
liegt zwar bei den Forschungsausgaben für Er-
neuerbare Energien bezogen auf sein Brutto-
inlandsprodukt im Ländervergleich an zweiter

Stelle. Bei den Forschungseinrichtungen, Stu-
diengängen und dem politischen Engagement
für die Erneuerbaren Energien liegen Sachsen,
Sachsen-Anhalt und Thüringen aber nur im Mit-
telfeld. Sachsen-Anhalt markiert bei den Studi-
engängen sogar das bundesweite Schlusslicht
– dagegen glänzt das Land mit seiner Ansied-
lungsstrategie. Bedenklich stimmt, dass die drei
Länder bei der Anzahl der angemeldeten Pa-
tente hinten liegen. Hier zeigt sich der allgemei-
ne Rückstand gegenüber der gewachsenen For-
schungslandschaft in den starken Westländern.

Neue Ziele im Klimaschutz?

Klimaschutz und wirtschaftliche Chancen erfor-
dern ein entschlossenes politisches Umstee-
ren von der Braunkohle auf die Erneuerbaren
Energien. Leider soll Sachsen weiter unter der
fossilen Hypothek leiden, wie die neuen Kli-
maschutzziele der Staatsregierung zeigen. Die
2001 gesetzten und bis 2010 nicht erreichbaren
Klimaschutzziele werden einfach um 10 Jahre
verschoben. CDU und SPD rechnen nun zwar
erstmalig de facto mit der Stilllegung von Braun-
kohlekapazitäten aufgrund des Emissionshan-
dels, verschweigen aber, dass alle sächsischen
Braunkohlekraftwerke unter wirtschaftlichen
Druck geraten werden. Daher sind die Aufga-
be der neuen Tagebaupläne und ein ehrgeiziges
Ausbauprogramm für die Erneuerbaren Energien
zwingend. Stattdessen sollen die Erneuerbaren
nur auf 24 Prozent des sächsischen Stromver-
brauchs wachsen, was einem Abbremsen des
gegenwärtigen Trends gleichkommen würde.
Demgegenüber können Wind, Biomasse und
Photovoltaik bereits 2020 drei Viertel des säch-
sischen Strombedarfs decken, wie die GRÜNE
Ausbaustudie 2020 nachweist.⁹ Dafür wären nur
0,5 Prozent der Landesfläche für Windenergie-
anlagen und 0,4 Prozent für Photovoltaik-Freiflä-
chenanlagen erforderlich. Voraussetzung dafür
ist aber, dass Sachsen und die anderen neuen
Länder sich endlich und deutlich von der Braun-
kohle verabschieden. Noch scheinen die al-
ten Lobby-Gruppen zu mächtig, doch wird ihre
Überwindung darüber entscheiden, ob die ost-
deutschen Länder angesichts des Vorsprungs
der westdeutschen Länder und des Aufbruchs in
China und den USA auf Dauer ein Produktions-
und Forschungsstandort für Erneuerbare Ener-
gien mit weltweiter Bedeutung bleiben können.



Anmerkungen

- ¹ Eine Kilowattstunde Braunkohlestrom verursacht zwischen 950 und 1100 g CO², Erdgas dagegen nur 375 g und die erneuerbaren Quellen Photovoltaik konkurrenzlose 0,2 g und Windstrom 0,02 g CO².
- ² Bei ca. 5 Mio t Jahresausstoß CO² und einem CO² Preis von 20 € je Tonne.
- ³ Institut für ZukunftsEnergieSysteme IZES, Braunkohleausstieg in Ostdeutschland, Studie im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, 2008.
- ⁴ Dies übersieht die Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung (ZSW Baden-Württemberg), vgl. Fußnote 8
- ⁵ Freistaat Sachsen, Sächsische Energieagentur, Erfassung der Beschäftigungs- und Umsatzentwicklungen durch die Nutzung Erneuerbarer Energien im Freistaat Sachsen für das Jahr 2007, 20.1.2009, S.9ff.
- ⁶ Vereinigung zur Förderung der Erneuerbaren Energien in Sachsen VEE, EESA-Studie – Ausgangsanalyse für ein aktuelles und differenziertes Bild der Branche der Erneuerbaren Energien in Sachsen, Oktober 2008, <http://www.eesa-sachsen.de/images/news/studien/vee-vortrag>
- ⁷ Presseinformation Solarvalley Mitteldeutschland vom 2. September 2008.
- ⁸ DIW Berlin / ZSW Stuttgart, Vergleich der Bundesländer: Best practice für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, Indikatoren und Ranking, 2008, S.62ff, 104ff.
- ⁹ Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag, GRÜNE Ausbaustudie 2020 – Wirtschaftlich-technische Potentiale der Erneuerbaren Energien in Sachsen, 2008, Studie erstellt von der VEE (Vereinigung zur Förderung der Nutzung von Erneuerbaren Energien).

Johannes Lichdi geboren 1964, studierte nach dem Zivildienst Rechtswissenschaften und Geschichte in Freiburg und lebt seit 1992 in Dresden. 1995 trat er BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei, seit 2000 ist er Rechtsanwalt, von 2004 bis 2009 war er Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden, seit 2004 ist er Mitglied des Sächsischen Landtags. Dort ist er umwelt-, energie- und verkehrspolitischer Sprecher, außerdem innen- und rechtspolitischer Sprecher, und setzt sich für den Braunkohleausstieg und 100 Prozent Erneuerbare Energien, für verbindliche Bürgerbeteiligung und gegen die Überwachungsgesellschaft ein.

»So wie Bäume die Luft reinigen, könnte es Gebäude geben, die die Luft reinigen.«

Michael Braungart im Gespräch mit Inka Thunecke

Inka Thunecke: Bis 2050 werden wir vermutlich neun Milliarden Menschen sein auf der Welt. Der Wohlstand, wie wir ihn kennen, verteilt sich aber nur auf einen Bruchteil dieser Menschen. Sehen Sie eine Möglichkeit, durch eine andere Wirtschaft diesen Wohlstand für alle zu verteilen, zu schaffen?

Michael Braungart: Wir sind nicht zu viele, sondern wir sind derzeit noch zu dumm, unsere Materialien so zu gestalten, dass sie nützlich sind – nicht weniger schädlich. Die Ameisen beispielsweise sind nützlich, sie machen keinen Müll, sondern für sie ist alles Nährstoff. Dadurch könnten wir auch mehr Menschen auf der Erde sein, das heißt, wir können uns freuen, ein Kind anzuschaffen statt zu sagen: Oh, verdammte Überbevölkerung. So wie Joseph Beuys gesagt hat, jeder Mensch kann ein Künstler sein, so kann jeder Mensch nützlich sein für die anderen Lebewesen.

Inka Thunecke: Wenn wir uns nun das Beispiel Ostdeutschland ansehen: Dort hat derzeit die Energieproduktion einen hohen Stellenwert. Was würde das in diesem Zusammenhang konkret bedeuten: nur Nützliches produzieren?

Michael Braungart: All das, was verschleißt, was kaputt geht – Schuhsohlen, Bremsbeläge, Nahrungsmittel, Waschmittel – wird so gestaltet, dass es biologisch nützlich ist, dass es Boden aufbaut. Wir verlieren im Moment etwa fünftausend Mal mehr Humus als neu gebildet wird.

All das, was genutzt wird – Fernseher, Waschmaschine – wird so gemacht, dass es ‚technisch nützlich‘ ist. Ich kann einen Fernseher nicht ohne umweltschädliche Stoffe herstellen, die sind aber technisch wichtige Nährstoffe: Ein Fernseher ohne Kupfer funktioniert nicht. Andererseits ist Kupfer für die biologischen Systeme hoch schädlich. Wenn ich das Kupfer aber als technischen Nährstoff ansehe, dann kann ich es beliebig oft wieder in technische Kreisläufe zurückbringen.

Inka Thunecke: Was könnten die Firmen konkret tun?

Michael Braungart: Zuerst einmal: Die DDR hat die Umwelt viel besser geschützt als der Westen, einfach durch Ineffizienz. Die Bodenqualität war viel besser in den neuen Bundesländern, außer in den kontaminierten Standorten. Die Artenvielfalt war viel höher, weil das System nicht effizient genug war, die Feuchtgebiete zu zerstören.

Ich frage zuerst: Was ist das Richtige? Schauen Sie sich einen Kirschbaum im Frühling an. Kein Sparen, kein Verzicht, kein Vermeiden, kein Reduzieren, kein Schuldenmanagement, aber alles ist nützlich.

Wenn wir Gebäude machen wie Bäume, könnte man gerade in Ostdeutschland vieles tun. So wie Bäume die Luft reinigen, könnte es Gebäude geben, die die Luft reinigen, Gebäude, die Sauerstoff machen, Gebäude, die den anderen Lebewesen Platz bieten, Gebäude, die Wasser reinigen, Gebäude, die Wohnungen herstellen,

die Sauerstoff produzieren. Da gäbe es endlos zu tun an Innovation.

Inka Thunecke: Wie halten Sie es mit Horst Köhlers Diktum von der Notwendigkeit einer neuen – ökologischen – industriellen Revolution?

Michael Braungart: Genau wie er glaube ich, dass wir wirklich alles noch mal neu erfinden können – aber auch wollen. Es geht darum, die Menschen zu unterstützen, um gut zu sein, anstatt sie zu kontrollieren, möglichst wenig schlecht zu sein. Es gibt fünf Arten Menschen zu kontrollieren, möglichst wenig schlecht zu sein, aber es gibt Millionen Arten Menschen zu unterstützen, gut zu sein. 95 Prozent der Menschen sind

freundlich, gutmütig, großzügig. Sie geben gerne ab, aber nur, wenn sie keine Angst haben. Wenn man ihnen dagegen das Existenzrecht von vornherein abspricht, dann werden die Menschen klein, raffgierig und jämmerlich. Um noch einmal auf den Anfang zurückzukommen: Wir sind nicht zu viele, ganz und gar nicht. Wir können alles mit einer neuen industriellen Revolution noch mal so erfinden, dass andere Lebewesen sich auch freuen. Und so, dass wir uns freuen, ein Kind zu sehen und sagen: Schön, dass du da bist.

Das Gespräch wurde von Inka Thunecke am Rande des taz-Kongresses am 19.4.2009 im Haus der Kulturen der Welt in Berlin geführt.

Michael Braungart geboren 1958, ist Professor für Verfahrenstechnik an der Universität Lüneburg und Direktor eines interdisziplinären Masterprogramms für Stoffstrom-Management. Seit 2008 ist er zudem Professor am Dutch Research Institute for Transitions an der Erasmus Universität in Rotterdam. Darüber hinaus ist er Gründer und Mitgründer verschiedener Forschungsinstitutionen, die einen gemeinsamen Wertekanon teilen, der intelligentes, ästhetisches und öko-effektives Design umfasst. Seine Arbeiten sind in zahlreichen Journalen und Magazinen in Europa und in den USA veröffentlicht worden.

Bio-Landwirtschaft

Perspektive für große Landstriche?!

Benjamin Nölting

In Ostdeutschland haben sich Landwirtschaft und ländliche Räume im Zuge des Vereinigungsprozesses völlig neu strukturiert. In kürzester Zeit musste die Umstellung auf das EU-Agrarregime vollzogen werden. In dieser Situation konstituierten sich viele kleine und mittlere Betriebe neu. Es entstanden aber auch etliche Großbetriebe mit 1.000 ha Betriebsfläche und mehr, die aus den aufgelösten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) hervorgingen und dank der EU-Flächenförderung wettbewerbsfähig wirtschaften. Die Landwirtschaft ist damit einer der wenigen ostdeutschen Wirtschaftszweige, der eigenständige Strukturen beibehalten hat. Die Kehrseite der Entwicklung war jedoch, dass in der Landwirtschaft innerhalb weniger Jahre circa 80 Prozent der Arbeitsplätze verloren gingen. Selbst in landwirtschaftlich geprägten Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern tragen Land- und Forstwirtschaft nur noch rund zwei Prozent zur Bruttowertschöpfung bei. In der Situation großer Unsicherheit und Offenheit war der Öko-Landbau eine Entwicklungsoption, die auf weniger ideologische Vorbehalte stieß als in Westdeutschland. Der Öko-Landbau startete 1990 in Ostdeutschland praktisch bei Null und weist seitdem ein beachtliches Wachstum auf. Die Mehrzahl der Öko-Betriebe sind Wieder- und Neueinrichter aus Ost- und Westdeutschland mit kleinen und mittleren Betriebsgrößen. Hinzu kommen einige sehr große LPG-Nachfolgebetriebe. 2002 verfügten die fünf Prozent der größten Brandenburger Öko-Betriebe über rund ein Drittel der Öko-Anbaufläche. Diese Großbetriebe stellen einen neuen Typ des Öko-Landbaus in

Deutschland dar und wurden anfangs von den westdeutschen Öko-Landwirten/innen argwöhnisch beäugt, haben sich aber mittlerweile innerhalb der Öko-Verbände fest etabliert. Gerade die größeren Betriebe vermarkten ihre Produkte eher überregional und beliefern die Öko-Lebensmittelindustrie mit großen einheitlichen Partien. Wichtigster Grund für das rasche Wachstum des Öko-Landbaus waren die ertragsschwachen Standorte in Nordostdeutschland, die keine rentable intensive Bewirtschaftung erlauben. Weitere Anreize sind die Öko-Landbauförderung, ethische Motive wie Umwelt- und Tierschutz sowie die Nachfrage nach Bio-Produkten. 2007 waren Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern die Bundesländer mit dem höchsten Anteil an Öko-Landbaufläche in Deutschland. Der Öko-Flächenanteil lag in Ostdeutschland mit 6,5 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt (vgl. Tabelle). Betrachtet man die gesamte ökologische Lebensmittelwirtschaft einschließlich Verarbeitung und Vermarktung von Bio-Lebensmitteln, dann verlief die Entwicklung in Ostdeutschland weniger stürmisch. Doch gerade in den letzten Jahren des Bio-Booms ist eine Aufholbewegung zu verzeichnen. Die Zahl der zertifizierten Öko-Verarbeitungsbetriebe ist ausgehend von einem niedrigen Niveau von 2000 bis 2007 um das Dreieinhalbfache gestiegen (vgl. Tabelle). Dennoch reichen sie bei weitem nicht aus, um beispielsweise den großen Berliner Markt mit regionalen Öko-Produkten zu beliefern, wo schätzungsweise lediglich 10 bis 15 Prozent der Öko-Lebensmittel aus der Region stammen. Die Ausgangsbedingungen für die Vermarktung von

Strukturdaten zum Öko-Landbau in Ostdeutschland

Region		Anzahl Öko-Höfe	ökologisch bewirtschaftete Fläche (in ha)	Flächenanteil des Ökolandbaus (in %)	Durchschnittliche Betriebsgröße (in ha)	Anzahl Verarbeitungsbetriebe
Berlin	2000	7	73	3,7	10,4	38
	2007	15	160	7,1	10,6	162
	2008	k. A.				
Brandenburg	2000	396	87.217	6,5	220,2	43
	2007	681	134.012	10,1	196,8	154
	2008	702	135.100	10,2	192,5	k. A.
Meckl.-Vorpom.	2000	477	90.114	6,6	188,9	36
	2007	722	122.051	9,0	169,0	139
	2008	739	119.341	8,8	161,5	k. A.
Sachsen	2000	206	14.284	1,6	69,3	95
	2007	334	26.965	2,9	80,73	200
	2008	358	27.855	3,0	77,8	k. A.
Sachsen-Anhalt	2000	175	23.383	2,0	136,2	37
	2007	303	46.326	4,0	152,9	108
	2008	305	45.000	3,8	147,5	k. A.
Thüringen	2000	183	20.774	2,6	113,5	9
	2007	253	31.691	4,0	125,3	120
	2008	277	33.288	4,2	120,2	k. A.
Deutschl. ges.	2000	12.740	546.023	3,2	42,9	2.641
	2007	18.703	865.336	5,1	46,3	6.703
	2008	18.824	911.385	5,6	48,4	k.A.
Westdtschl.	2000	11.296	310.178	2,7	27,5	2.391
	2007	16.395	504.131	4,4	26,0	5.820
	2008	16.428	550.641	-	33,5	k. A.
Ostdeutschland	2000	2.308	235.845	4,2	163,3	257
	2007	1.444	361.205	6,5	156,5	883
	2008	2.396	360.744	6,45	150,6	k. A.
Anteil Ostdtschl.	2000	11,3%	43,2%	-	-	9,7%
	2007	12,3%	41,7%	-	-	13,2%
	2008	12,72%	39,58%	-	-	k.A.

Quelle: Für 2000 und 2007 Strukturdaten der ZMP (Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle), für 2008 Agrarberichte der Landesministerien und des BMELV für Gesamtdeutschland; eigene Berechnungen.

relativ teuren Bio-Lebensmitteln waren in Ostdeutschland angesichts unterdurchschnittlicher Einkommen schwierig. Öko-Landwirte, Naturkostfachhandel und Öko-Verbände hatten nach 1990 Bio-Produkte auf dem Markt eingeführt, aber der Großteil wird über Supermärkte verkauft. Berlin ist mit Abstand der wichtigste Absatzmarkt in Ostdeutschland, wo der Bio-Konsum insgesamt unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

Zusammen genommen ist die Entwicklung der ökologischen Lebensmittelwirtschaft in Ostdeutschland eine Erfolgsgeschichte. Der Wirtschaftszweig hat sich etabliert und tragfähige Organisationsstrukturen geschaffen. Neben den westdeutschen Öko-Anbauverbänden Bioland, Naturland und Demeter sind in Ostdeutschland zwei neue Verbände entstanden: Gäa wurde bereits 1989 in Dresden gegründet und vertritt eher bäuerliche Familienbetriebe, während Biopark, gegründet 1991 in Mecklenburg-Vorpommern, überwiegend große Öko-Betriebe bei der Vermarktung unterstützt. Doch die Engpässe bei Verarbeitung und regionaler Vermarktung behindern die Weiterentwicklung der ökologischen Ernährungswirtschaft.

Die Leistungen des Öko-Landbaus

Nahezu gegenteilig verlief die Entwicklung ländlicher Räume in Ostdeutschland. Folgen des Strukturwandels sind Arbeitslosigkeit, demografische Schrumpfung, eine Ausdünnung der Infrastruktur und erodierende soziale Strukturen. Welche Perspektive kann der Öko-Landbau in dieser

Situation für eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume aufzeigen?

1. Entwicklung neuer Märkte und regionale Wertschöpfung

Die ökologische Ernährungswirtschaft hat stabile ökonomische Strukturen aufgebaut. In Berlin-Brandenburg beschäftigte sie 2004/05 nach vorsichtigen Schätzungen circa 6.000 Personen. Wegen der Lücken in der Verarbeitung und regionalen Vermarktung ist das Potenzial an regionaler Wertschöpfung und Schaffung von Arbeitsplätzen aber noch nicht ausgeschöpft, obwohl die Nachfrage besteht. Darauf weisen gleich zwei neu entstandene Regionalmarken für Berlin-Brandenburg hin. Bei »fair & regional« verpflichten sich 20 Bio-Unternehmen auf soziale Standards (www.fair-regional.de). »Von hier« vertreibt regionale (Bio-)Produkte über Supermärkte (www.vonhier.com). Volkswirtschaftlich sind die ökologische Ernährungswirtschaft und der Agrarsektor insgesamt jedoch marginal und können selbst bei einem weiteren Wachstum nicht die ökonomischen Probleme in ländlichen Regionen lösen.

2. Umwelt- und Naturschutz

Der zertifizierte und kontrollierte Öko-Landbau verzichtet weitgehend auf Pestizide und Mineraldünger sowie gänzlich auf Gen-Technik. Damit schneidet er beim Umweltschutz besser ab als die konventionelle Landwirtschaft. Über die Einhaltung der gesetzlichen Standards hinaus engagiert sich die Mehrzahl der Öko-Betriebe in Berlin-Brandenburg mit freiwilligen Maßnahmen für den Umweltschutz. Eine Innovation ist die ökologische Bewirtschaftung großer Flächen im





Einklang mit dem Naturschutz, z.B. in Brodowin (www.naturschutzhof.de).

3. Stärkung von sozialem Kapital und Wissensvermittlung

Viele Öko-Betriebe sind in lokalen und regionalen Organisationen und Netzwerken wie Umweltgruppen, Dorfvereinen, Bürgerinitiativen für gentechnikfreie Zonen, LEADER-Aktionsgruppen etc. engagiert. Wegen ihres Ansatzes – die umweltfreundliche Produktion gesunder Lebensmittel – haben sie vielfältige Anknüpfungspunkte mit anderen Akteuren nachhaltiger Regionalentwicklung wie Umweltverbänden, Biosphärenreservaten und Tourismusvereinen. In peripheren ländlichen Regionen bilden sie Kristallisationspunkte für weitergehende lokale Aktivitäten und tragen zur Stabilisierung sozialer Ressourcen bei. Der ökologische Wirtschaftszweig ist besonders in der Kommunikation aktiv, um die höheren Preise und die besondere Qualität von Öko-Lebensmitteln zu erklären. Viele Aktivitäten der Wissens- und Erfahrungsvermittlung wie Hoffeste, Betriebsführungen, Tage der offenen Tür, Flyer, Internetseiten, Angebote der Umweltbildung, Koch- und Ernährungskurse gehen sogar weit über reine Produktinformationen und Marketingmaßnahmen hinaus. Ein Besuch im Kuhstall oder die Weitergabe von Kochrezepten für saisonales Gemüse stoßen Lernprozesse für nachhaltige Ernährung und Konsumstile an. Fasst man diese Leistungen des ökologischen Wirtschaftszweigs zusammen, dann ist gerade die

Verknüpfung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Effekten herauszuheben, bei allen Unterschieden zwischen den einzelnen Betrieben, die vom Öko-Landbau der »reinen Lehre« bis zur Annäherung an intensive, industrialisierte Produktionsverfahren reichen. Sind gehören zu den wenigen Impulsgebern in ländlichen Räumen und ihre Wirkung geht weit über ihre ökonomische Bedeutung hinaus. Aber die Fragmentierung ländlicher Räume verhindert übergreifende Handlungszusammenhänge.

Strategien für den Öko-Landbau im ländlichen Raum

Hier müssen Strategien für eine nachhaltige ländliche Entwicklung ansetzen, die Öko-Betriebe gezielt einbeziehen. Die Akteure im ländlichen Raum können die beträchtlichen Strukturprobleme nicht allein lösen. Sie benötigen Unterstützung von Seiten der Politik. Bislang haben die ostdeutschen Landesregierungen den Öko-Landbau eher am Rande gefördert. Ein positives Beispiel könnte der im Aufbau befindliche Landesaktionsplan in Brandenburg und Berlin zur Unterstützung der ökologischen Ernährungswirtschaft liefern, der die gesamte Wertschöpfungskette umfasst. Noch wichtiger ist jedoch ein Paradigmenwechsel in der Politik für ländliche Räume, die viel stärker als bisher innovative Unternehmen und Netzwerke jenseits des Agrarsektors fördern sollte. Davon könnte der

Öko-Landbau als einer der Aktivposten im ländlichen Raum profitieren. Der springende Punkt ist dabei die Kooperation mit anderen Wirtschaftsbetrieben und lokalen Aktivitäten. Die ökologische Ernährungswirtschaft könnte hier auf drei Ebenen ansetzen. Erstens sollte sie die ökonomische Integration in der Region vorantreiben. Das gilt sowohl für den Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten als auch für die Verzahnung mit der ländlichen Wirtschaft. Bio-Betriebe können im Tourismus, in der Umweltbildung, im Naturschutz, Handwerk oder bei Erneuerbaren Energien Angebote machen. Ein multifunktional

ausgerichteter Öko-Landbau kann eine wichtige Scharnierfunktion zwischen Landwirtschaft und anderen Wirtschaftszweigen einnehmen. Zweitens können die ohnehin beachtlichen ökologischen Leistungen ausgebaut werden, in dem beispielsweise die ostdeutschen Bio-Betriebe einen Beitrag zur umweltverträglichen Produktion von Biomasse in größeren Mengen leisten. Drittens schließlich können die Bio-Akteure aufgrund ihrer kommunikativen Fähigkeiten soziale Netzwerke im ländlichen Raum stärken und Stadt-Land-Brücken aufbauen.

Literaturhinweis

Martina Schäfer (Hg.), *Zukunftsfähiger Wohlstand. Der Beitrag der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft zu Lebensqualität und nachhaltiger Entwicklung*, Metropolis Verlag, Marburg 2007

Benjamin Nölting geboren 1966, studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Volkswirtschaft und promovierte in Politikwissenschaft an der FU Berlin. Seit 2002 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin, wo er seit 2008 den Innovationsverbund Ostdeutschland leitet (www.ostdeutschlandforschung.net). Seine Forschungsschwerpunkte sind Nachhaltigkeitsforschung und Ostdeutschlandforschung zur Regionalentwicklung, Agrar- und Umweltpolitik.

Regionale Wertschöpfungsketten entwickeln

Anforderungen an Kommunen

Dietmar Strehl

Wer Ziele und Programme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den jeweiligen Wahlen aufmerksam gelesen hat, erkennt einen Wandel zwischen grüner Programmatik und der realen Wirtschaftswelt. Aber anders als prognostiziert sind nicht die grünen Inhalte realitätstauglicher gestaltet worden, sondern immer mehr Akteure spüren – auch in der aktuellen Wirtschaftskrise – die großen Chancen in den »grünen« Konzepten.

»Ökologischer Strukturwandel und ökologische Modernisierung bieten Entwicklungschancen für neue Technologien, Produkte und Dienstleistungen und für neue Arbeitsplätze« (Landtagswahlprogramm 2009 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Ein solcher oder ähnlicher Satz ist vor einigen Jahren noch belächelt worden, heute kommt zumindest programmatisch keine ernstzunehmende Partei daran vorbei.

Zum ökologischen Strukturwandel gehört ganz entscheidend der Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten, deren Ziel es ist, finanzielle Ressourcen in der Region zu halten, aber auch neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Gleichzeitig sollen sie identitätsstiftend für die gesamte Region und ihre Bevölkerung sein. Es gibt eine bunte Vielfalt von Wirtschaftsbereichen, in denen es ausbaufähige Potenziale regionaler Wertschöpfung gibt. Sei es mit Hilfe der Erneuerbaren Energien, der Vermarktung regionaler Produkte, dem naturnahen Tourismus, der Holzwirtschaft und natürlich auch der Landwirtschaft mit allen ihren Facetten. Ein wichtiger As-

pekt, der gerade in letzter Zeit immer häufiger diskutiert wird, ist die Zurücknahme der Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorge – und da vor allem bei der Energieversorgung, aber auch im Wasserbereich. Nicht nur Hamburg, auch kleinere Gemeinden im Osten erwägen, die vor Ort benötigte Energie selbst zu produzieren. Da gerade jetzt viele langjährige Konzessionsverträge auslaufen, lohnt sich das Engagement in den Kommunalparlamenten umso mehr. Denn gerade im Energiebereich und da insbesondere bei der regenerativen Energieproduktion ist offensichtlich, dass eine Wertschöpfung nicht in den Konzernzentralen in Hamburg, Berlin oder Essen stattfinden muss. Kommunen im ländlichen Raum haben genügend Möglichkeiten, ihre Energie ressourcenschonend und arbeitsplatzfördernd zu produzieren.

Auch das Konjunkturpaket II vom Januar 2009 bietet lokalen Handwerkern attraktive Möglichkeiten für Projekte im »grünen« Sinne. »Kommunale Klimaschutzmaßnahmen, wie die energetische Sanierung von Gebäuden oder die Erneuerung von Heizungsanlagen, fördern die Konjunktur vor Ort.« Die Wertschöpfung erfolgt nicht bei den Erdöl-Förderländern und großen Energiekonzernen, sondern bei regionalen Betrieben und Handwerkern,« so die Geschäftsführerin des weltweit agierenden Klima-Bündnisses Ulrike Janssen auf einem Kongress zum Thema in Nürnberg im Jahr 2008.

Seit mehr als 25 Jahren wird das Instrument

der regionalen Wirtschaftskreisläufe als eine große Chance für die Entwicklung des ländlichen Raumes angesehen. Jeder kennt das Bioenergie-dorf Jühnde in Niedersachsen (www.bioenergie-dorf.info). Es gibt aber auch andere sehr gute Beispiele für den Erfolg solcher regionalen Wertschöpfungsketten. Verweisen möchte ich dazu auf die Auswertung des Programms REGIONEN AKTIV, das von der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2002 beschlossen wurde. Alle diese Beispiele haben eines gemeinsam: Bürgermeister oder kommunale Räte spielen dabei eine wichtige Rolle; sei es als Moderatoren, als Ideengeber oder auch als Vermittler in die Bürgerschaft. Denn natürlich müssen solche Projekte mit der Bevölkerung ausführlich diskutiert werden; ohne die Kunden in der Region, ohne die Energieabnehmer in den Haushalten oder ohne die Multiplikatoren in den Vereinen und Verbänden geht es nicht.

Aber zur Wahrheit gehört auch, dass es immer noch nur einige wenige Modellregionen sind, die tatsächlich das Thema regionale Wertschöpfung auf der Agenda haben. In der Arbeit vieler Kommunen – auch in Brandenburg – fehlen häufig das Wissen und auch der politische Wille, solche Ideen anzuschieben und in die Praxis umzusetzen. Nach wie vor gibt es enorme Hemmschwellen in der Zusammenarbeit zwischen lokaler Politik auf der einen und lokaler Wirtschaft und lokalem Handwerk auf der anderen Seite. Kreisübergreifende Zusammenarbeit funktioniert häufig nur beim Straßenbau oder der Flächenplanung – wenn überhaupt. Wie schwer es den Kreisen fällt, beispielsweise bei der Planung und Bewerbung von Tourismusaktivitäten zusammenzuarbeiten, weiß jede/r KommunalpolitikerIn ausführlich zu berichten.

Darüber hinaus gibt es auch in der Wissenschaft sowie in der Praxis eine durchaus kritische Diskussion über den »nachhaltigen« Erfolg der häufig mit Fördermitteln initiierten regionalen Projekte. Im Wesentlichen sind es drei Argumente die als Kritik angemeldet werden.

1. Die Projekte und die Kommunikation unter den verschiedenen Akteuren laufen nur intensiv, solange die Subventionen zum Beispiel für eine professionelle Moderation fließen.

2. Es genügt nicht, alleine für den heimischen Markt zu produzieren, sondern nur wo auch zumindest in benachbarte Regionen »exportiert« wird, besteht die Möglichkeit einer zukunftsfähigen Regionalentwicklung.

3. Es ist äußerst hilfreich, wenn größere Unternehmen mitmachen, um so zu gewährleisten, dass die »Puste nicht ausgeht«.

Diese Kritik ist durchaus ernst zu nehmen und muss bei der Planung und Entwicklung regionaler Wertschöpfungsketten berücksichtigt werden. Ein Biomarkt in der nächsten Stadt oder ein guter und notwendiger Internetauftritt des Landkreises reichen jedenfalls nicht, um eine Region attraktiv, zukunftsfähig und liebenswert zu gestalten. Aber gerade im Osten und insbesondere in Brandenburg gibt es ausreichend Potenziale für Erneuerbare Energien, für die Produktion aus heimischen Holz, für den Wassertourismus, für die es sich lohnt einzutreten.



Mehr regionale Verantwortung erfordert regionale Kompetenz

Hohe Akzeptanz für mehr regionale Verantwortung

Die Modellregionen haben den Zugewinn von Verantwortung und Entscheidungskompetenz für die Entwicklung der eigenen Regionen als sehr positiv eingestuft, auch wenn der Realisierungsaufwand hoch erscheint.

Empfehlungen für Regionsabgrenzung und regionale Budgets

Bei künftigen Initiativen solle die Selbstdefinition der Region beibehalten, dabei jedoch auf starre Kriterien verzichtet werden, so lautet eine Empfehlung.

Weiter kommt die Auswertung zu dem Ergebnis, dass bei einer regionalisierten Förderpolitik zukünftig regionale Budgets beibehalten werden

sollten, auch wenn dabei in der Verwaltung teilweise ein hoher Qualifizierungsbedarf entsteht.

Einbindung der regionalen Wirtschaft forcieren

Weiter empfiehlt die Begleitforschung, in den regionalen Partnerschaften künftig verstärkt die Einbindung der Wirtschaft zu verfolgen. Außerdem solle die Weichenstellung auf der übergeordneten Programm- und Förderebene einerseits und der regionalen Projektebene andererseits noch enger abgestimmt werden.

Der Bericht ist als Download auf der Modellregionen Website verfügbar.

Im zweiten Teil des Abschlussberichts befassen sich die Modellregionen mit den Effekten von REGIONEN AKTIV.

Aus dem Newsletter XIII des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Umweltschutz zu »Regionen aktiv«

Quelle: www.nova-institut.de/ra-attach/16509/RA-Newsletter-XIII.pdf

Dietmar Strehl geboren 1956, ist seit 1982 Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und lebt mit Ehefrau und Tochter seit 1999 in Brandenburg. Seit 1996 ist er Bundesschatzmeister der Partei, von 1989 bis 1999 praktizierte er Kommunalpolitik als Stadtverordneter in Bonn und seit 2008 in Falkensee, wo er Vorsitzender des Finanzausschusses ist. Dietmar Strehl koordiniert auf Bundesebene die Treffen der kommunalpolitischen Vereinigungen der GRÜNEN.

Kommunen als Akteure

Zwischen Wirtschaft, Rückbau und Zukunftsgestaltung

Frank Kotzerke

Krise. Von griechisch *Krisis* für Wendepunkt, entscheidende Situation. Oder strapaziertes Synonym für die globale Talfahrt der Wirtschaft und des Finanzmarktes am Ende des ersten Jahrzehnts im 21. Jahrhundert. Um die Auswirkungen dieser Krise auf die neuen Bundesländer und Freistaaten ins Verhältnis zu denen auf die westdeutschen oder alten Bundesländer setzen zu können, muss man einen Schritt in die jüngere deutsche Geschichte zurückgehen.

Der wirtschaftliche Überlebenskampf der ostdeutschen Länder im Zuge der gesamtdeutschen Anpassung begann zu deren Geburtsstunde und ist final noch nicht abgeschlossen. Die abrupte Umstellung von Plan- auf Marktwirtschaft im Kontext gesamteuropäischer Neuorientierung mit allen auch von den alten Bundesländern zu nehmenden Hürden ist wohl wesentliche Ursache für einen andauernden ökonomischen Rückstand. Die absolute Differenz fällt allerdings regional sehr unterschiedlich aus. Dabei spielen die Kommunen als kleinste föderalistische Zelle eine wesentliche Rolle.

Historisch betrachtet findet die Taufe der deutschen Industrialisierung und des wirtschaftlichen Aufschwungs ab Mitte des 19. Jahrhunderts in Mitteldeutschland, vor allem in Sachsen statt. Die ungezügelte Expansion der Städte führt an einigen Orten zur Aufgabe historischer Stadtstrukturen und völliger Neuordnung des überkommenen urbanen Verständnisses zu Gunsten der Ansiedlung industrieller Produktion, wie

beispielsweise in Chemnitz, dem »sächsischen Manchester«.

Die Teilung Deutschlands am Ende des Zweiten Weltkrieges separierte östlich der Grenzmarkung die von Krieg und stalinistischer Reparation verschonte Industrie von westlicher Marktwirtschaft, von Wettbewerb und dynamischer Weiterentwicklung. Die Planwirtschaft der DDR verwaltet bis 1990 diese Produktionsstätten, zentral diktiert ohne wesentliche Modernisierung oder nennenswerte Aufwertung. Im Ergebnis dieser Ausblutung auf dem Niveau der 30er-Jahre des 20. Jahrhunderts bleiben in der Nachwendzeit viele Unternehmen trotz Subvention im Konkurrenzkampf eines plötzlich offenen Marktes auf der Strecke. Wirtschaftlich betrachtet. Jedoch zeigt sich auch ein positiver Aspekt dieser industriellen Konservierung über 40 Jahre DDR. Natürlich nicht in primär ökonomischer, wohl aber in kulturhistorischer Hinsicht. Stauend nimmt der westdeutsche Besucher nach dem Fall der Mauer den Bestand an industrieller Baukultur und gründerzeitlicher Stadtquartiere wahr, hatte man diesen in der Bundesrepublik seit den 60er-Jahren des 20. Jahrhunderts weitestgehend durch eine dem vorherrschenden Zeitgeist entsprechende Architektur ersetzt. Objektiv betrachtet kann man eine differenzierte Entwicklung der jeweiligen Urbanität in beiden Teilen Deutschlands beobachten. Dissoziation durch fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung einerseits und annähernde Stagnation andererseits.

In Indikation auf die momentane Schieflage der Weltwirtschaft beginnen die gerade noch explosionsartig angewachsenen Städte und Ballungsräume der westlichen Welt, ausgehend von den USA, bereits ab den 50er-Jahren des 20. Jahrhunderts zu schrumpfen. Suburbanisierung und demografischer Wandel führen zu fortschreitender Zersiedlung der Städte, teilweise zur Aufgabe von Stadtraum. Eine bislang anhaltende Situation, deren ökonomische und gesellschaftliche Auswirkungen nach dem Zerfall des Ostblocks plötzlich und besonders stark den postsozialistischen Wirtschaftsraum treffen.

Die Beseitigung der Internierung führt in der ostdeutschen Bevölkerung zum unmittelbaren Ausbruch in geografischer und soziologischer Hinsicht. Durch Abwanderung verlieren einige Städte ein Drittel und mehr ihrer Bevölkerung. Die Geburtenrate geht in der Nachwendezeit dramatisch, in Sachsen beispielsweise auf die Hälfte zurück. Der daraus resultierende Anstieg des Altersdurchschnitts geht einher mit der Deindustrialisierung der nicht überlebensfähigen DDR-Wirtschaft.

Doch sind die Schattierungen des wirtschaftlichen Rückstaus regional sehr unterschiedlich

gefärbt. Es gelingt den traditionell geprägten Wirtschaftsräumen besser, den gesellschaftlichen Umbruch zu kompensieren und zu gestalten. Die Kombination von Industrie und Dienstleistung führt zunehmend zu ablesbarem Erfolg: das Wirtschaftswachstum Sachsens oder Sachsen-Anhalts zum Beispiel hat in den letzten Jahren durchaus den Schulterschluss zu den westlichen Bundesländern vollziehen können. Als wesentliche Stütze der ökonomischen Angleichung fungiert der Mittelstand, der hier besonders stark ausgeprägt ist. Die Suche nach Nischen politischer und gesellschaftlicher Art im Überwachungsstaat DDR hat nach dessen Auflösung eine optimistische Mittelstandsschicht hervorgebracht, die zu einer nicht unbedeutenden Stütze des Wirtschaftsniveaus der neuen Bundesländer geworden ist und die, glaubt man den Analysen, die aktuelle Krise vergleichsweise gut meistert.

Weiterhin ist den Städten im Osten Deutschlands ein Joker in die Hand gespielt, der sich, im Vergleich mit gleichartigen westdeutschen Städten, von einem Fluch in einen Segen verwandeln könnte. Gemeint ist Honeckers Wohnungsbauprogramm, welches ab 1971 jeglicher Stadtplanung übergeordnet wurde.





Die Aufgabe der Altbaubestände im innerstädtischen Raum zugunsten monofunktionaler Plattenbaugebiete gigantischen Ausmaßes an der Stadtperipherie übergibt uns heute urbane Strukturen, die weit besser als in westdeutschen Städten geeignet sind, der Stadtschrumpfung entgegenzuwirken. Der wirtschaftliche und politische Kollaps der DDR trat gerade noch rechtzeitig ein, um der bereits geplanten umfangreichen Vernichtung der historischen Innenstädte zuvorzukommen und hat diese umfangreich, wenn auch in traurigem Zustand überleben lassen. Gemeinsam mit den überkommenen Arealen des Industriezeitalters ein baukulturelles Vermögen. Heute, zwanzig Jahre nach dem Mauerfall, könnte der Rückbau von einstmals durch das SED-Regime forcierten Plattenbaubeständen am Stadtrand die schrumpfenden Bevölkerungszahlen ausgleichen, die Kernstädte stabilisieren, die Städte de facto gesund schrumpfen. Eine Option, die westdeutschen Städten auf Grund ihrer urbanen Struktur weitgehend verwehrt bleiben wird. Auch hier vollzieht sich ein demografischer Wandel, der zeitlich verzögert angesichts der minder parallel auftretenden Schrumpfungsfaktoren erfolgt. So kann man letztendlich die geschichtlich bedingte Spezifik der ostdeutschen Länder zwar nicht als Vorteil werten, jedoch als Chance begreifen, die im Zuge der Selbstverwaltung von unterschiedlichen Kommunen unterschiedlich wahrgenommen wird. Zur Kompensation der Stadtschrumpfung und zur Umsetzung der in diesem Zusammenhang wichtigsten stadtplane-

rischen Leitlinie – der Dezimierung der baulichen Stadt auf ein gesundes Maß vom Stadtrand zur Kernstadt – sind den Akteuren umfangreiche staatliche Fördermöglichkeiten anhand gegeben, die den Rückbau von überschüssigem Wohnraum sowie die Aufwertung urbanen Raumes zu gleichen Teilen subventionieren sollen.

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Grundgesetz Artikel 14 Absatz 2.

Im Fokus von Stadtgestaltung unter dem Einfluss abfallender Bevölkerungszahlen ist das ein hohes Maß an Verantwortung, welches von einigen Städten in den neuen Bundesländern mit Bewusstsein wahrgenommen wird. Mit der dafür erforderlichen Weitsicht konnten identitätsstiftende Stadtzentren stabilisiert und aufgewertet werden, sind farblose Plattenbauten der Randgebiete vertikal zurückgebaut worden oder gar gänzlich verschwunden. Der Umgang mit schwindender Urbanität ist von einem Lernprozess begleitet, der auf keine historischen Parallelen zurückgreifen kann und deshalb besondere Sensibilität erfordert. Das Erkennen der dynamischen Stärke innovativer Stadtgestaltung hat in einigen Städten bereits beispielhaft zum Stillstand der Bevölkerungsminderung, ja zu Umkehr geführt.

Die Kehrseite der Medaille bildet Kommunen ab, die ihre Priorität auf die fördermittelfinanzierte Stützung ihrer wohnungswirtschaftlichen Tochtergesellschaften gelegt haben, aus der Planwirtschaft hervorgegangene Unternehmen mit enormem Wohnflächenbestand aus ehemaligem Volkseigentum. Absurd dabei ist die Verlagerung des stadtplanerischen Schwerpunktes auf betriebswirtschaftliche Belange einzelner förderfähiger Marktteilnehmer zu Lasten der visuellen, der erlebbaren Stadt.

Geht man soweit, die gegenwärtige Wirtschaftskrise als eine Subkrise der globalen postsozialistischen Neuordnung zu betrachten, entwickeln sich unter Berücksichtigung des jeweiligen urbanen Gestaltungswillens zwei divergente Szenarien der ostdeutschen Stadt:

Kurzsicht. Die kurzfristige betriebswirtschaftliche Sichtweise von Stadtgestaltung unter dem Einfluss von Abrissförderung und Erlass von Alt-

schulden aus Krediten zur Errichtung der DDR-Plattenbaugebiete, die fatalerweise auf den Gesamtbestand der Wohnungsunternehmen, das heißt auch auf unbelastete Altbauten umgelegt worden sind, hat einen eingeschränkten Planungsspielraum zu Folge. Daraus gehen mehrheitlich beschädigte, perforierte und schließlich weniger begehrte Stadtquartiere hervor, die sich negativ auf das gesamtstädtische Image auswirken und die Schrumpfung der Stadt in einer Art Jo-Jo-Effekt begünstigen. Eine weitere wesentliche Folge der Ausdünnung von Siedlungsraum bei gleich bleibendem oder gar ansteigendem Flächenverbrauch ist die Verteuerung der städtischen Infrastruktur zu Lasten jedes einzelnen Bewohners, ob zentral oder im Randgebiet ansässig. Dieser Missbrauch der Stadtgestalt kann sicherlich verschärfend auf die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise wirken.

Erkennen. Die Bedeutung der Identität, der sichtbaren Erinnerung, der Kultur einer Stadt entscheidet nicht minder über das Wohlbefinden ihrer Bewohner und ist der Grundstock für eine Stabilisierung der Gesellschaft, möglicherweise für Wachstum und Katalysator für alle begleitenden Bedingungen ökonomischer Art. In unmittelbarer Verknüpfung dazu stehen heute und zukünftig zwingend ökologische Bedürfnisse und Anforderungen. Die notwendige Einsparung von Ressourcen und Energie bedingt eine Reduzierung teurer Infrastruktur und somit die Konzentration der urbanen Dichte auf das Zentrum.

So kann sensibler Umgang mit Stadtgestalt und Stadtgeschichte durchaus zu einer Aufwertung der Region und letztendlich zur Abschwächung einer wirtschaftlichen oder finanziellen Krisensituation beitragen.

Eine *Krise* grundlegend anderer Art und in ihrer Wirkung wesentlich dramatischer wird unsere Gesellschaft zunehmend stärker beschäftigen, der globale Klimawandel. Längst sind mögliche Auswirkungen bekannt, seit längerem wird von

anerkannten Klimatologen vor den Folgen gewarnt. Die Prognosen auf Grundlage wissenschaftlicher Berechnungen variieren, sprechen aber beispielsweise von einem mittleren Meeresspiegelanstieg um einen Meter bis zum Ende des 21. Jahrhunderts auf Grund globaler Erwärmung und Treibhauseffekt. Weltweit sind Regionen von Überflutung gefährdet, in denen heute ca. 180 Millionen Menschen leben. Dazu zählen auch Gebiete in Westeuropa, wie etwa die Küstenbereiche der Niederlande. Die gemäßigste Klimazone Mitteleuropas ist trotz klimatisch bedingter Schwankungen eher als stabil einzuschätzen und deshalb möglicherweise langfristig für Klimaflüchtlinge interessant. Dazu wächst die Weltbevölkerung jede Sekunde um ca. 2,6 Menschen. Das sind 81.267.634 Menschen im Jahr, was in etwa der heutigen Bevölkerungszahl der Bundesrepublik entspricht.

Ein weiterer dringlicher Grund, mit vorhandenen Ressourcen bedacht umzugehen und eine weitere Chance, dem Trend der Stadtschrumpfung langfristig einen alternativen Ausgleich zu bieten. Dabei besteht der Unterschied der neuen zu den alten Bundesländern – man möge es Vorteil nennen – in der Möglichkeit, diesen Weg als Vorreiter zu beschreiten und dabei Substanz zu nutzen, die noch brach liegt und vermeintlich überkommen ist. Hier kommt den Kommunen im globalen Kontext eine wichtige Parallelfunktion zu, einerseits als Seismograf wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fluktuation und andererseits als selbstverständliches Werkzeug der Gegensteuerung in selbiger Krisensituation.

Dabei ist unbedingt festzuhalten: Der Umgang mit dem Erbe und der Identität der ostdeutschen Städte und Gemeinden wird nicht mehr zentral verwaltet und bestimmt. Die Verantwortung dafür liegt einzig bei den Kommunen selbst, bei ihren Bürgern. Diese Verantwortung sollte bedacht, vorausschauend und mit ein wenig Zukunftsoptimismus wahrgenommen werden. Für uns, unsere Kinder, unsere Enkel.

Frank Kotzerke geboren 1973, lebt und arbeitet als Architekt in Chemnitz und Zwickau. Er studierte Architektur und Städtebau in Berlin und Oslo und absolvierte ein Ergänzungsstudium Denkmalpflege in Dresden sowie ein Weiterbildungsstudium Baumanagement in Weimar. Seit 2006 ist er Sprecher des Stadtforum Chemnitz – Initiative für nachhaltigen Stadtumbau. Publikation: Stadtforum Chemnitz (Hrsg.), *Denk_mal! – Stadtumbau zwischen Kritik und Impuls*.

Sich selbst organisieren

Genossenschaften als Form der ökonomischen Reorganisation

Mareike Alscher und Eckhard Priller

Einleitung

Der Genossenschaftssektor erfährt – das hat die Vergangenheit gezeigt – vor allem in gesellschaftlichen Krisensituationen Zuspruch. Das trifft sowohl bei fehlender Marktversorgung (Marktversagen) als auch bei den sichtbaren Grenzen staatlicher Leistungsmöglichkeiten (Staatsversagen) zu. Obgleich die Anzahl der Genossenschaften in den letzten Jahrzehnten in Deutschland rückläufig ist, gibt es unter dem Dach des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbandes DGRV im Jahre 2007 noch 5.281 eingetragene Genossenschaften mit rund 17,7 Millionen Mitgliedern (vgl. DGRV 2009). Hinzu kommen die 1.887 Wohnungsbaugenossenschaften (davon 697 Genossenschaften in den neuen Bundesländern) sowie eine nicht bekannte Zahl von Genossenschaften in organisationsfreien Verbänden, die überwiegend in den neuen Bundesländern angesiedelt sind. Die traditionellen Tätigkeitsfelder für Genossenschaften in Deutschland finden sich in den fünf großen Bereichen Bankwesen, Landwirtschaft, Gewerbe, Konsum und Wohnen.

Genossenschaften sind im Ursprung eine Kooperationsform, die auf der Grundlage von Freiwilligkeit die Idee der Selbsthilfe, aber auch der Fremdhilfe aufgreift. Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung sind die normativen Grundsätze der genossenschaftlichen Organisationsform. Als eine Gesellschaft mit unbeschränkter Mitgliederzahl, die einen Förderauftrag hat, den sie mittels gemeinschaftlichen

Geschäftsbetriebs realisiert, verfolgt sie neben wirtschaftlichen auch soziale und kulturelle Interessen. Die Gleichberechtigung der Mitglieder sowie eine demokratische Arbeitsweise und der lokale Bezug der Interessen sind wesentliche Merkmale einer Genossenschaft.

Den konstanten Momenten der solidarischen Kooperation in den traditionellen Tätigkeitsfeldern steht die Veränderbarkeit und Wandelbarkeit von Genossenschaften gegenüber. Genossenschaften sind also keine starre Organisationsform. Sie werden durch die an ihr Beteiligten und ihre Umgebung immer wieder neu geprägt. Dies wird auch deutlich an den in jüngster Zeit zunehmenden Neugründungen vor allem im Dienstleistungsbereich, die einer insgesamt rückläufigen Anzahl von Genossenschaften gegenüberstehen. Häufig haben sie, beispielsweise die Sozialgenossenschaften, eine alternative genossenschaftliche Ausrichtung. Ihnen wird oft ein hoher Stellenwert im Rahmen einer Alternativökonomie beigemessen. Ihr Wert besteht in der Herausbildung eines lokalökonomischen Basissektors, der außerhalb einer globalorientierten Ökonomie liegt. Genossenschaften sind deshalb für die Übernahme gemeinwesenorientierter ökonomischer Aufgaben besonders geeignet, da sie sozial eingebundenes wirtschaftliches Agieren in einem lokalen oder regionalen Kontext ermöglichen.

Traditionen und Erfahrungen des ost-deutschen Genossenschaftssektors

In Ostdeutschland haben Genossenschaften eine lange und zum Teil sehr umstrittene Tradition. Existierten sie in unterschiedlichen Bereichen bereits vor der Wende, behauptete sich ein Teil in veränderter Ausrichtung in einem beachtlichen Maße als Wirtschaftsform bis in die Gegenwart. Vor der Wende dominierten in der Agrarwirtschaft die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG). Entsprechende Wirtschaftsformen existierten ebenfalls in der Fischerei und im Gartenbau. Auch ein großer Teil der Handwerker wie Frisöre, Klempner oder Elektroinstallateure waren in Produktionsgenossenschaften (PGH) zusammengeschlossen. Konsumgenossenschaften bildeten neben dem staatlichen Einzelhandel die wichtigste Säule im Handel. Arbeiterwohngenossenschaften (AWG) waren fest in die Wohnungswirtschaft eingebunden.

Bekanntlich erfolgten die Gründung und der Beitritt zu dieser in der DDR akzeptierten geförderten wichtigen Wirtschaftsform nicht immer aus eigenem Antrieb. Staatlicherseits erfolgte, beispielsweise in der Kampagne zu Zwangskollektivierung Anfang der 1960er-Jahre, ein beständiger Druck zum Zusammenschluss in genossenschaftlichen Produktionsformen. Insofern ist den Ostdeutschen diese Wirtschaftsform nicht unbedingt unter dem Gesichtspunkt der Freiwilligkeit bekannt. Hinzu kam, dass sich die zentrale staatliche Planwirtschaft auch auf das Genossenschaftswesen erstreckte. Vorgaben zur Art und zum Umfang der Produktion sowie die Rationierungen bei der Bereitstellung von Technik, Grundstoffen und Material behinderten vielfach die Entfaltung der Genossenschaften. Trotz der durch diese Reglementierungen und Bevormundungen gemachten negativen Erfahrungen wurden die Vorteile des gemeinschaftlichen Wirtschaftens, die das Alltagsleben bereicherten und wichtige soziale Leistungen erbrachten, von den Ostdeutschen geschätzt. Es überlebten nicht nur die Wohnungsbaugenossenschaften, sondern auch Genossenschaften in unmittelbaren produktiven Bereichen finden weiterhin Zuspruch.

So entschied sich nach 1990 ein großer Teil der Mitglieder der damals noch existierenden Genossenschaften in der Landwirtschaft für das

Wirtschaften in der Rechtsform der Produktivgenossenschaften. Nach den schwierigen Strukturwandel- und Anpassungsprozessen in den 1990er-Jahren sind hier deutliche Tendenzen der Konsolidierung und Stabilisierung eingetreten. Heute sind mehr als 30 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in Ostdeutschland genossenschaftlich bewirtschaftet, und jeder dritte Beschäftigte hat in der Landwirtschaft seinen Arbeitsplatz. Vor allem aufgrund der speziellen Betriebsgröße (im Durchschnitt 1.400 Hektar) und einer Produktionsspezifika (z.B. hoher Anteil der Tierproduktion) haben sich Strukturen herausgebildet, die sich von denen landwirtschaftlicher Betriebe in den alten Bundesländern stark unterscheiden. Obwohl die Grenzen zwischen alternativen genossenschaftlichen Gruppen und Agrargenossenschaften fließend sein können, sind letztere in Ostdeutschland nicht als Alternativökonomie anzusehen. Sie sind vielmehr eine entwickelte Form der privatwirtschaftlichen produktivgenossenschaftlichen Kooperation, die wirtschaftliche Vorteile gegenüber bäuerlichen Familienbetrieben besitzen. Neben den Vorzügen gemeinschaftlicher Produktion ist die Partizipation der Mitglieder an der Beratung und Mitentscheidung genossenschaftlicher Belange hervorzuheben. Insofern bilden die Genossenschaften ein gesellschaftliches Reformpotenzial hinsichtlich partizipatorischer Mitwirkung, Gemeinschaftlichkeit und solidarischen Handelns.

Innovative Genossenschaften

Eine solche Ausrichtung kennzeichnet ebenfalls die Neugründung von Genossenschaften außerhalb der traditionellen Bereiche. Im Jahre 2008 entstanden unter dem Dach des Deutschen Genossenschaften- und Raiffeisenverbandes e.V. 180 neue Genossenschaften. Damit hat sich die Anzahl der Neugründungen im Vergleich zu den Vorjahren stetig erhöht (2007: rund 140, 2006: rund 70). Besonders zahlreich sind die Neugründungen von Dienstleistungsgenossenschaften. Sie agieren in den verschiedenen Bereichen von Bildung und Beratung (z.B. Schulgenossenschaften, Qualifizierung), übernehmen Bereiche, die ursprünglich in kommunaler Verantwortung lagen (z.B. Wasserversorgung), erledigen Aufgaben im Rahmen sozialer Dienste (z.B. Jugendsozialarbeit) und des Gesundheitswesens (z.B. Krankenhaus, Ärztegenossenschaft) oder betäti-

gen sich in innovativen Feldern von Umwelt und Energie (z.B. umweltfreundliche Energieproduktion). Im Unterschied zu traditionellen Genossenschaftsformen übernehmen sie oft komplexe Aufgaben, die beispielsweise von der Auftragsakquise im Management- und Marketingbereich bis hin zu Weiterbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen reichen. Obwohl nicht bekannt ist, wie sich das Neugründungsgeschehen zwischen den alten und neuen Bundesländern unterscheidet, zeigen die Neugründungen insgesamt, dass die Genossenschaft als Organisationsform in der Marktwirtschaft überlebensfähig ist und sich im Wettbewerb behaupten kann. Eine genauere Betrachtung des Neugründungsgeschehens in Ostdeutschland offenbart ein vielseitiges Erscheinungsbild innovativer Genossenschaften. Sie schaffen Arbeitsplätze, sind Vorreiter im biologischen Wirtschaften oder als Energiedienstleister unterwegs. In vielen Fällen ist ihre Arbeit durch einen freiwilligen und unbezahlten Einsatz der Mitglieder geprägt. Dies soll an drei Beispielen exemplarisch dargestellt werden.

Die Plattenberg eG ist eine Produktiv- und Stadtteilgenossenschaft, die im Bereich der Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit in Berlin-Marzahn tätig ist. Zu den zahlreichen Angeboten der Genossenschaft zählen unterstützende Leistungen für Menschen mit Migrationshintergrund sowie Dienstleistungen im Bereich Gastronomie und Reinigung/Instandhaltung. Die Gründung der Genossenschaft sicherte die Arbeit im Gemeinwesenzentrum; gleichzeitig konnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Eine wichtige Rolle spielten und spielen dabei nicht nur der eigene Arbeitsplatz, sondern die Beschäftigung und Vermittlung von Jugendlichen aus sozial instabilen Verhältnissen.

Neue Arbeitsplätze hat auch der Kräutergarten Pommerland eG in Pulow geschaffen. Hier dreht sich alles um Kräuter und Früchte, die nach biologisch-dynamischen Grundsätzen produziert und zu Tees, Fruchtaufstrichen und anderen Produkten verarbeitet werden. Diese werden über den Naturkostgroßhandel, mit Schwerpunkt in Nord- und Ostdeutschland, aber auch über den Direktvertrieb verkauft.

Die Umwelt zu schützen ist ebenfalls ein Anliegen der Energiedienstleistungen Märkische Kie-

fer eG in Brandenburg an der Havel. Diese Genossenschaft hat sich vor dem Hintergrund der vielen neuen und umfangreichen Aufgaben der Schornsteinfeger gegründet. Die Gründung ermöglichte die gemeinsame Anschaffung teurer technischer Voraussetzungen und eine Bündelung der Kompetenzen. Die Schornsteinfeger beraten beispielsweise in Hinblick auf Energieeinsparungsmöglichkeiten und unterstützen ihre Kunden bei der Auswahl von Heiz- und Lüftungstechniken.

Ausblick

Genossenschaften haben mittlerweile eine lange Tradition und stellen bis in die Gegenwart nicht nur in Ostdeutschland ein wichtiges Unternehmens- und Organisationsmodell dar. Zuletzt hat die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes im August 2006 zu spürbaren Veränderungen im Genossenschaftssektor beigetragen. Neben einer Entbürokratisierung der Strukturen sowie Verbesserungen bei der finanziellen Absicherung schuf diese Novellierung insbesondere Erleichterungen für Neugründungen und für die Existenz kleiner Genossenschaften. Die bis dahin ausschließlich auf die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaftstätigkeit der Mitglieder ausgerichteten Zwecke sind um die Förderung der sozialen oder kulturellen Belange der Mitglieder erweitert worden. Die erforderliche Mitgliederzahl bei Neugründungen wurde von sieben auf drei gesenkt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen werden die Potenziale und die Leistungsfähigkeit von Genossenschaften heute wieder zunehmend genutzt. Sowohl die ländlichen Genossenschaften in den neuen Bundesländern als auch insgesamt die vielen kleinen und jungen Genossenschaften machen deutlich, dass sie als Wirtschaftsform nachgefragt und konkurrenzfähig sind.

Die Wandelbarkeit von Genossenschaften deutet darauf hin, dass die Präsenz in den neuen Tätigkeitsbereichen dem Genossenschaftswesen nochmals Auftrieb verleiht. Ein wichtiger Aspekt besteht darin, dass sie gezielt Arbeitsplätze schaffen. Da es in erster Linie um die Förderung der Mitglieder und deren wirtschaftliche,

soziale und kulturelle Belange geht, sind Genossenschaften von Grund her darauf angelegt, Menschen in Arbeit zu bringen, deren Inhalt sie selbst gewählt haben. Dies ist, wie das Beispiel Ostdeutschland zeigt, insbesondere in strukturschwachen Gebieten von Bedeutung. Indem Genossenschaftsgründungen die Erwerbstätigkeit einzelner Mitglieder fördern, werden gleichzeitig Leistungen angeboten, die der Region zugute kommen. Hier kann eine unabhängige Energieversorgung genauso relevant sein wie der Verkauf von besonderen ökologischen Produkten.

Insgesamt ist hervorzuheben, dass die Genossenschaft eine Möglichkeit des gemeinschaftlichen Wirtschaftens darstellt. Sie wird geprägt durch Prinzipien wie Mitbestimmung und -entscheidung sowie eine solidarische Arbeitskultur. So bieten Kooperation, der Gedanke des Kräftebündelns und der synergetische Austausch unter Einbeziehung der Selbständigkeit weitreichende Möglichkeiten, um neben bestimmten ökonomischen Auswirkungen auch ökologische, soziale oder kulturelle Wandlungsprozesse aufzufangen und mitzugestalten.

Eckard Priller geboren 1949, ist seit 1992 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Seine Forschungsschwerpunkte sind: Dritter Sektor, zivilgesellschaftliches Engagement, Spendenthematik. Zu seinen neuen Veröffentlichungen zählen: »*Ressourcen und Potenziale zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland*«, in: Jürgen Kocka (Hg.): *Zukunftsfähigkeit Deutschlands*. Bonn, 2008, S. 299–313; »*Entgrenzung von Bürgergesellschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit*« (mit Eckart Hildebrand), in: Michael Bürsch (Hg.): *Mut zur Verantwortung*. Bonn, 2008, S. 123–131.

Mareike Alscher geboren 1980, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Dritter Sektor, zivilgesellschaftliches Engagement, Gender. Zu ihren neuen Veröffentlichungen zählen: *Genossenschaften und Engagement – Das erfolgreiche Zusammenspiel zweier Konzepte*. Saarbrücken 2008; »*Mehr Schutz für Spender und Spenderinnen. Die Weiterentwicklung der DZI-Spenderberatung*« (mit Christel Neff), in: *Soziale Arbeit. Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete*, Jg. 57, September 2008, S. 330–338.

Eltern in der Krise.

Ein Rückblick auf die Wende – Schlussfolgerungen für heute

Octavia Wolle im Gespräch mit Marion Ben Rabah und Annette Rutz

Kinder großzuziehen und Verantwortung für sie zu übernehmen, war eine Leistung, die in der DDR gesellschaftlich akzeptiert und gewürdigt wurde. Ein perfekt ausgebautes System von Kinderkrippen und Kindergärten, die Hort-Betreuung nach dem Schulunterricht, die Ferienlager und Freizeitangebote erlaubten es auch allein erziehenden Müttern, einer Berufstätigkeit nachzugehen. Es gab das »Frauensonderstudium« für Frauen, die bereits Kinder hatten, jede Universität verfügte über Kindereinrichtungen für studentische Eltern. Was die jeweiligen ideologischen Hintergründe dieser »Rundumbetreuung« waren, sei hier dahingestellt, Fakt ist, dass jede Familie sich darauf verlassen konnte, ihre Kinder gut betreut zu wissen. Die Kehrseite dieser Erfahrung war allerdings auch, dass Mütter, die sich gegen eine Berufstätigkeit entschieden – sofern das Einkommen des Familienvaters das erlaubte – als »Nur-Hausfrauen« gewissermaßen diffamiert wurden; die Verbindung von Berufstätigkeit und Familienarbeit galt als selbstverständlich. Mehrere Generationen junger Menschen wuchsen mit diesem Selbstverständnis auf.

Als in der Folge der Wende sowohl ein großer Teil dieser Versorgungsstrukturen als auch die grundsätzliche gesellschaftliche Einschätzung des Bildes der »berufstätigen Mutter« verschwand beziehungsweise verloren ging, fanden sich viele junge Familien als »Rabeneltern« wieder, die sich nicht hinreichend um ihren Nachwuchs kümmern.

»Im Herbst 1989 saß ich mit meinem Baby vorm Fernseher, sah all diese Bilder und dachte: Das kann es doch nicht gewesen sein mit dem Sozialismus. Die werden das schon hinkriegen, den Sozialismus neu zu gestalten. Die Leute riefen: ‚Wir sind das Volk.‘ Ich hatte so ein Vertrauen, dass nicht alles den Bach runtergehen wird, heute denke ich, dieses ‚Vertrauen‘ kam auch aus einem Gefühl der Ohnmacht heraus – die anderen werden es schon richten. Irgendwie war da immer noch die Idee, dass man den Sozialismus neu gestalten kann.

*Und dann hieß es plötzlich: ‚Wir sind ein Volk.‘ Da dachte ich: Oh je, jetzt sind wir die Verlierer. Ich war damals 29 Jahre alt und hatte einfach keine Erfahrungen mit dem ‚Unrechtsstaat‘. Wir saßen in unserem Dorf, kannten weder Dissidenten noch IM’s. Ich denke, es machte auch damals einen riesigen Unterschied, ob man auf dem Dorf oder in der Großstadt lebte. Und dann war mein erster Gedanke: Was wird jetzt mit den Kindern?«
Marion Ben Rabah*

Viele Frauen – immerhin waren circa 90 Prozent von ihnen berufstätig – waren daran gewöhnt, nicht »nur« für sich und ihre Familien, sondern auch für die Gesellschaft, für ihr jeweiliges Umfeld Verantwortung zu übernehmen. Gerade in der Landwirtschaft vollzogen sich in jenen Jahren enorme Wandlungsprozesse, in manchen Regionen gingen 90 Prozent der Arbeitsplätze verloren.

»Unsere Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG), in der ich als Ökonomin tätig war, war zugleich auch Ausbildungsbetrieb. Der Gedanke, dass dieser Betrieb aufgelöst werden sollte und unsere jungen Leute einem völlig ungewissen Schicksal ausgeliefert werden sollten, war uns unerträglich. Einerseits motiviert durch eine Art Selbsterhaltungstrieb für unsere Familien, andererseits durch die Verantwortung, die wir für diese jungen Menschen und auch für unsere Kollegen empfanden, suchten und fanden sich Verbündete, mit denen gemeinsam es gelang, eine Bildungseinrichtung aufzubauen und damit neue Verantwortung für die Auszubildenden und die Mitarbeiter zu übernehmen.«

Annette Ruhtz

»Am Anfang gab es aber auch noch so eine Hochstimmung, eine Aufbruchsstimmung, ein ‚Zeitfenster‘. Für meine Familie mit den beiden kleinen Kindern bedeutete das, dass ich viel zu wenig Zeit für sie hatte. Ich stürzte mich in die Arbeit, das schlechte Gewissen wegen der Kinder kam erst viel später. 1992 wurde die Auffanggesellschaft gegründet, eigentlich einem Zufall geschuldet, weil ich auf einer Konferenz erfahren hatte, dass es diese Möglichkeit gab. 1991 hatten wir schon erfahren, dass die Treuhand beabsichtigte, unseren landwirtschaftlichen Betrieb mit seinen 300 Mitarbeitern aufzulösen. Zuerst verfielen wir in eine Art Schockstarre, aber dann hatte sich diese Chance mit der Auffanggesellschaft ergeben, das Zeitfenster hatte sich geöffnet, und ich wurde Geschäftsführerin. Meine Freunde haben mich damals sehr unterstützt, die Solidarität der anderen hat mir sehr geholfen. Sie kam aus der dörflichen Gemeinschaft und aus dem Arbeitsteam heraus, und sie hatte nicht einfach aufgehört. Damals konnte ich mich so auf meine Leute verlassen, dass ich wegen der Kinder damals auch kein schlechtes Gewissen hatte. Das Wir-Gefühl war immer noch stark.«

Marion Ben Rabah

Diese Erfahrung teilten viele Frauen – und natürlich auch Männer: Unter dem Zwang der Ereignisse entwickelten sie völlig neue Strategien, bauten neue Betriebe und Organisationen auf, schufen Arbeitsplätze für sich und andere. Viele dieser Akteure hatten Anfang der 90er-Jahre kleine Kinder, das heißt, sie gehörten den Jahrgängen der 60er Jahre an und hatten ihre Kinder Mitte bis Ende der 80er Jahre bekommen.

Sie, die noch an die Stützstrukturen aus DDR-Zeiten gewöhnt waren, mussten nun völlig andere Erfahrungen machen: Die Kindergärten orientierten sich nicht mehr am Arbeitstag einer berufstätigen Familie, sondern schlossen in der Regel um 15.30 Uhr – viel zu früh, um einer Ganztags-Arbeit, zumal mit längeren Anfahrtswegen, nachgehen zu können.

»Da ich eine der wenigen noch Berufstätigen war und die Rundumbetreuung der Kinder wie in DDR-Zeiten wegbrach, ergaben sich viele Probleme: Mein Kind war immer am längsten im Kindergarten, es gab keine Schulspeisung mehr, und gesunde Ernährung war für eine berufstätige Mutter nicht machbar.«

Marion Ben Rabah

Die wichtigste Erfahrung, die die meisten der berufstätigen Eltern machten, war die der Unterstützung durch das jeweilige soziale Umfeld, durch Familie und Freunde, zum Teil sogar auch durch die Arbeitsteams, die sich gerade im dörflichen Bereich ja noch aus den DDR-Zeiten gut kannten.

»In jenen Jahren der Umgestaltung in der Landwirtschaft waren ja sehr viele ‚Berater‘ in den Neuen Ländern unterwegs. Einer von ihnen sagte mir damals: ‚Immer wieder sind es die jun-



gen Frauen mit kleinen Kindern, die ins Räderwerk der Geschichte eingreifen und die Betriebe retten.¹ Das hat mir sehr zu denken gegeben. Ich glaube, gerade wenn man kleine Kinder hat, entwickelt man viel mehr Kampfgeist, um auch mit widrigen Lebensumständen fertig zu werden. Allerdings braucht man aber stabile Beziehungen zum Umfeld und das Gefühl, nicht zum Einzelkämpfer zu werden. (...)

Wenn ich ein Fazit ziehen soll, was aus den damaligen Erfahrungen heute – auch angesichts einer Krise, deren Auswirkungen noch nicht gänzlich überschaubar sind – von Bedeutung ist, so ist es einmal die Erkenntnis, dass die Verhältnisse sich zwar ändern können, dass aber das Gefühl eines sozialen Aufgehobenseins, stabile, von Vertrauen und Zuverlässigkeit getragene Beziehungen die Grundvoraussetzung dafür sind, Probleme zu lösen und Ideen für die Zukunft zu entwickeln. Zum anderen ist es aus eben diesen Gründen wichtig, die Familienarbeit von Eltern gesellschaftlich viel mehr wertzuschätzen, junge Eltern wirklich zu unterstützen, sie nicht allein zu lassen.«

Annette Ruutz

Heute sind wir in einer Situation angekommen, die Richard Sennett (*Der flexible Mensch*, 1998) schon vor langer Zeit prognostiziert hat, dass nämlich an die Stelle von lebenslangen Beschäftigungsverhältnissen zunehmend die Forderung der »Neuen Ökonomie« nach flexiblen Mitarbeitern tritt. Soziale Mobilität und die Bereitschaft, sich, wenn nötig, beruflich vollkommen neu zu orientieren, stehen an erster Stelle des Forderungskatalogs von Arbeitgebern. In genau dem gleichen Maß, wie Arbeit (um Produktionskosten zu sparen) heutzutage auf viele Kontinente verteilt werden kann, sind ganze Industriezweige aus dem öffentlichen Berufsbild verschwunden. Eben diese Erfahrung haben die DDR-Bürger bereits vor 20 Jahren in den Wandlungsprozessen nach der Wende machen müssen. Jetzt stehen wir alle vor vergleichbaren Problemen, die bis in die Familien hinein wirken. Menschliches Verhalten ist grundlegend auf stabile soziale Kontakte programmiert, gerade unter den Bedingungen des Wandels braucht der Mensch mentale und emotionale »Anker«, um überleben und Probleme angemessen lösen zu können. In seinem neuen Buch *Die Kultur des neuen Kapitalismus* (2005) definiert Sennett in diesem Zusammenhang drei zentrale Werte:

Den lebensgeschichtlichen Zusammenhang: Menschen brauchen das Gefühl einer lebensgeschichtlichen Entwicklung. Sie benötigen einen Rahmen für eine individuelle Interpretation einer langfristigen Zeiterfahrung: Das verlangt nach Kontinuität, vor allem auch in den sozialen Beziehungen, die nur wirksam werden können, wenn sie zu Vertrauen und Zuverlässigkeit führen.

Nützlichkeit: Man fühlt sich nützlich, wenn man etwas tut, das auch für andere wichtig ist. (...) Beim nützlich sein geht es um einen offiziellen Status. Die Angst vor der »Nutzlosigkeit« ist groß. Wir müssen neue Möglichkeiten finden, wie Menschen als nützliche Mitglieder der Gesellschaft Anerkennung finden. Diese gesellschaftliche Anerkennung muss auch darauf gerichtet sein, die Arbeit, die in Familien geleistet wird, die Verantwortung, die junge Menschen für ihre Kinder übernehmen, zu würdigen und sie in ihrem Bemühen um eine gelungene Erziehung zu unterstützen.

Dabei muss bedacht sein, dass es nicht allen Eltern in gleichem Maße gelingt, diese verantwortungsvolle Arbeit zu leisten. Gerade in Familien, die vielleicht schon in zweiter Generation arbeitslos sind und so genannte Transferleistungen beziehen, machen sich Resignation und Lethargie breit, verursacht eben durch das Gefühl der Nutzlosigkeit und Hoffnungslosigkeit. Unter solchen Bedingungen fällt es schwer, Kinder zu fröhlichen, wachen, emotional gesunden und schöpferischen Menschen zu erziehen.

Angesichts der Krise, die zunehmend mehr Menschen in diesen Zustand des »Nicht-Gebraucht-Werdens« stürzen wird, ist es von höchster gesellschaftlicher Bedeutung, neue Möglichkeiten gesellschaftlicher Anerkennung zu finden. Erfahrungen, die in den Neuen Bundesländern in diesem Bereich gemacht wurden, sollten sorgsam erfasst und nutzbar gemacht werden. Dazu gehören Ermutigungsstrategien und die Untersuchung dessen, was der Einzelne an Potenzialen einbringen kann, selbst wenn er sich seiner Kompetenzen gar nicht (mehr) bewusst ist – gegen eine Strategie der Demütigung, der viele von Arbeitslosigkeit Betroffene nach wie vor ausgeliefert sind. Und dazu gehört, junge Eltern nicht mit Jobangeboten zu überschütten und unter Druck zu setzen, sondern ihre Leistung zu respektieren. Erst dadurch können sie ein Selbst-

wertgefühl entwickeln, das die Voraussetzung für Engagement, Empathie und Verantwortlichkeit auch gegenüber der Gesellschaft ist.

Schließlich drittens der Wert der »Handwerklichkeit«: Die handwerkliche Einstellung bezeichnet im weitesten Sinne den Wunsch, etwas um seiner selbst Willen gut zu tun. Alle Menschen wünschen sich die Befriedigung, etwas gut zu tun, und möchten an das glauben, was sie tun. Dazu aber ist die neue Arbeitswelt viel zu mobil. Insofern sind die aktuellen Forderungen nach Mobilität und Flexibilität zu befragen, ob sie tatsächlich die Mittel sind, um individuellen und gesellschaftlichen Problemlagen zu entkommen, oder ob sie nicht eher auch einer gewissen Hilf- und Ratlosigkeit entspringen – angesichts der Tatsache, dass unser Wertesystem befragt und neu definiert werden muss.

»Ich habe in den Jahren seit der Wende einen Verlust an Kontinuität in meiner beruflichen Entwicklung empfunden, d.h. ich befasste mich mit Dingen, die ich nicht ‚gelernt‘ hatte und nicht mit

dem, worin ich ausgebildet war. Die Kehrseite dieses Verlustes war allerdings eine große Flexibilität, die Fähigkeit, sich auf neue, auch völlig andere Bedingungen einstellen zu können. Obwohl dies zweifellos Kompetenzen sind, die es einem gerade heute sicher erleichtern, mit einer Krisen- oder Umbruchsituation besser umgehen zu können, war es mir wichtig, dass meine Kinder eine solide Ausbildung bekommen und zunächst einmal auf Kontinuität in ihrer beruflichen Entwicklung Wert legen. Damit ist ein gutes Fundament für ihre Zukunft gegeben, und von dem aus können sie dann vielleicht auch ganz andere Wege gehen.«

Annette Ruhtz

»Das persönliche Umfeld bedeutet das Glück – dafür sorgen, dass es dem Umfeld gut geht, dass meine Kinder sagen können, sie hatten eine schöne Kindheit. Meine Freunde sollen glücklich sein. Kultureller und sozialer Reichtum gewinnen heute einen ganz neuen Stellenwert... Glück bedeutet für mich, etwas für andere tun zu können.«

Marion Ben Rabah

Annette Ruhtz Diplom-Agraringenieurin, bis zur Wende Ökonomin in einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG), seit 1992 Geschäftsführerin der Bildungseinrichtung Buckow e.V., verheiratet, drei Kinder

Marion Ben Rabah Diplom-Agraringenieurin, bis zur Wende Abteilungsleiterin im Volkseigenen Gut VEG (Z) Klockow, seit 1992 Geschäftsführerin der ABS Klockow, seit 2005 Projektleiterin bei der Bildungseinrichtung Buckow e.V., verheiratet, drei Kinder

Octavia Wolle absolvierte von 1974 bis 1979 ein Fernstudium der Theaterwissenschaft an der Theaterhochschule »Hans Otto« in Leipzig. 1984 bis 1990 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Verband der Theaterschaffenden der DDR sowie Herausgeberin und Redakteurin der Schriftenreihe »Material zum Theater«. Seit 1999 ist sie an der Projektentwicklung und -realisierung in Programmen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in der Uckermark (Nordbrandenburg) beteiligt. Sie hat zahlreiche Arbeiten für den Rundfunk verfasst und 2008 den Roman »Vom Leben auf dem Lande – Geschichten aus der Uckermark« veröffentlicht.

Sich neu erfinden

Kunst-Nachrichten aus der Krise



Kultur als Motor der Stadtentwicklung?

Das Beispiel Görlitz¹

Heike Liebmann

In vielen westeuropäischen Städten sind bereits seit Mitte der 1980er-Jahre Tendenzen zu beobachten, Stadtentwicklung zunehmend über öffentliche Investitionen in Projekte von gesamtstädtischer, wenn nicht nationaler Bedeutung zu betreiben. Die Palette der Projekte reicht dabei von großen Infrastrukturinvestitionen wie Flughäfen oder Sportstadien bis hin zum Neubau von Museen, Bibliotheken und Kongresszentren. Auch die Veranstaltung kultureller oder sportlicher Großereignisse, die Bewerbung um die Austragung von Olympischen Spielen, überregionalen Gartenschauen oder den Titel der Kulturhauptstadt Europas hat wesentlich an Bedeutung für die Stadtpolitik gewonnen.

Der Bereich der Kultur scheint sich in besonderem Maße als Hoffnungsträger herauszukristallisieren, um Städte durch Projekte und Events in Szene zu setzen und sich so in einer verschärften interkommunalen Konkurrenz zu behaupten. Die Effekte, die von diesen Großprojekten ausgehen, werden darin gesehen, dass sie gerade unter Schrumpfungs- oder Stagnationsbedingungen als Motor der Stadtentwicklung dienen können, der Anstöße gibt, um positive Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen, weitere Innovationen auszulösen und einen Imagewandel einzuleiten (Liebmann 2003). Das heißt, obwohl insbesondere kulturelle Events zunächst nur eine symbolische Wertsteigerung versprechen, sollen sie als Motor für die städtische Ökonomie dienen (vgl. Zukin 1998: 32). Der besondere Wert von Projekten wird dabei darin gesehen, dass sie

»Bilder« produzieren, die Möglichkeiten gemeinschaftlichen Handelns aufzeigen, »wo ohne sie die Herstellung des Glaubens an Veränderung nicht entsteht« (Altrock 2009: 63). Betont wird dabei immer wieder, dass es weniger das Ergebnis oder Ereignis selbst ist, dass am Ende von entscheidender Bedeutung ist, sondern vielmehr der Weg dorthin.

Trotzdem enden mit dem vorzeitigen Ausscheiden im Bewerbungsprozess oft auch die inhaltlichen Debatten um die Ausgestaltung des Kulturansatzes in der Stadtentwicklung. In der öffentlichen Diskussion kehren die Städte meist zur Tagesordnung einer restriktiven Kulturpolitik zurück. Die kulturpolitischen Impulse, Erfahrungen und auch Netzwerke aus der Bewerbungsphase werden unter diesen Bedingungen anschließend nur noch in begrenztem Maße für die weitere Stadtentwicklung genutzt. In der Folge besteht zumindest die Gefahr, dass auch der begonnene Prozess der Auseinandersetzung um eine strategische Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik unterbrochen, in Frage gestellt oder ganz abgebrochen wird.

Am Beispiel der Stadt Görlitz ist daher näher untersucht worden, welche Impulse die Bewerbung um den Titel der Kulturhauptstadt Europas ausgelöst hat und wie diese für die Stadtentwicklung genutzt werden konnten.

Kultur als Element der Görlitzer Stadtkarriere

Charakteristisch für die Stadtkarriere von Görlitz ist, dass Zeiten des Aufschwungs meist auch geprägt waren durch Blütezeiten der Kultur. Dies spiegelt sich heute unter anderem in den wertvollen Zeugnissen mittelalterlicher Stadtbaukunst in der historischen Altstadt wieder. Auch der Aufschwung im 19. Jahrhundert war nicht nur gekennzeichnet durch die Entwicklung der Stadt als wirtschaftliches, sondern auch als politisches und geistiges Zentrum der Oberlausitz. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich Görlitz so zur »anmutigsten und charaktvollsten Provinzstadt« mit Theatern, Museen, den Schlesischen Musikfestspielen, Vereinsleben und prachtvoller Architektur (Stadt Görlitz 2007).

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Teilung der Stadt setzte in Görlitz jedoch bereits ab 1950 ein kontinuierlicher Prozess der Schrumpfung der Bevölkerungszahlen ein, der sich ab den 1970er-Jahren noch verstärkte. Görlitz geriet zunehmend in eine vernachlässigte Randlage, in deren Folge vor allem junge Menschen abwanderten. »Wir lagen an der Grenze, vergessen, verloren, unbeachtet, uninteressant« (Interview G03).² Allein von 1970 bis 1990 ver-

lor Görlitz mehr als 10 Prozent seiner Bevölkerung und hatte im Jahr 1990 noch rund 74.000 Einwohner.

Die 1990er-Jahre – der ausbleibende Aufschwung

Nach 1990 setzte in Görlitz ein tiefgreifender Strukturwandel ein. Bei den beiden traditionsreichen Großunternehmen der Stadt (Waggonbau und heutiges Siemens Turbinenwerk) wurde die Zahl der Arbeitskräfte nach 1990 um ein Drittel bis die Hälfte reduziert. Der Tagebau Berzdorf und das Kraftwerk Hagenwerder wurden bis 1997 ganz stillgelegt. Insgesamt sank die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) von 1991 bis 2001 von ca. 16.000 auf 4.400. Erst danach konnten sich die Erwerbstätigenzahlen auf niedrigem Niveau stabilisieren.³

Insgesamt wies Görlitz in den 1990er-Jahren im Landesvergleich regelmäßig überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten auf. Mit 24,4 Prozent hatte die Stadt auch im Jahr 2007 noch die höchste Arbeitslosenquote aller sächsischen Landkreise und kreisfreien Städte zu verzeichnen.⁴ Eine ähnliche Entwicklung nahmen die Bevölkerungszahlen. So sank die Einwohnerzahl in





den 1990er-Jahren jährlich um rund zwei Prozent. Zu drei Vierteln war dieser Rückgang auf Wanderungsverluste und nur zu einem Viertel auf die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen (Stadt Görlitz 1998: 17). Mit einem Bevölkerungsverlust von 23,5 Prozent im Zeitraum von 1990 bis 2001 musste Görlitz im Vergleich der kreisfreien Städte und Landkreise im Freistaat Sachsen nach Hoyerswerda einen traurigen Spitzenplatz hinnehmen.⁵ Erst seit 2002/2003 ist eine Verringerung der Dynamik zu verzeichnen. Der Bevölkerungsrückgang betrug in den letzten Jahren noch etwa ein Prozent jährlich. Inzwischen ist der Wanderungssaldo sogar ausgeglichen. Heute hat Görlitz noch etwa 55.900 Einwohner (Stadt Görlitz 2007: 3).

Die periphere Grenzlage an der ehemaligen EU-Außengrenze zu Polen erwies sich in den 1990er-Jahren kaum als entwicklungsfördernder Faktor. Jedoch war die Stadt vor die Aufgabe gestellt, sich früher und direkter als andere Städte mit den Herausforderungen der EU-Osterweiterung auseinanderzusetzen. Im Stadtentwicklungskonzept von 1998 wird die Randlage mit dafür verantwortlich gemacht, »dass es nur sehr eingeschränkt zu Investitionen, vor allem in der Wirtschaft, und hier wiederum vor allem im produzierenden Bereich kommt« (Stadt Gör-

litz 1998: 11). Trotzdem wird die europäische Integration bereits frühzeitig als Chance gesehen, langfristig zu einer gemeinsamen Stadt im länderübergreifenden Kultur- und Wirtschaftsraum Euroregion Neiße zusammenzuwachsen.

Das einzigartige baukulturelle Erbe der Stadt, das prächtig ausgestattete Bauten der Spätgotik, der Renaissance und des Barock ebenso einschließt wie geschlossene Wohnviertel aus der Gründerzeit, wurde während der DDR-Zeit kaum verändert, gleichzeitig aber auch aufgrund fehlender Erhaltungsmaßnahmen dem Verfall preisgegeben. Bereits im April 1991 wurde Görlitz eine von 12 Modellstädten der Altstadtsanierung in den neuen Bundesländern. Seither konnte ein erheblicher Teil der historischen Bausubstanz saniert und modernisiert werden. Dennoch stehen im innerstädtischen Altbaubestand der Stadt noch rund 40 Prozent der vorhandenen Wohnungen leer (BMVBS/BBR 2007: 91).

Motive und Ideen der Kulturhauptstadtbewerbung

Unter diesen schwierigen Ausgangsbedingungen bewarb sich Görlitz ab dem Jahr 2001 um den Titel der »Kulturhauptstadt Europas 2010«. Der

Wettbewerb um diesen Titel hat seit 1985 das Ziel, das kulturelle Zusammenwachsen Europas zu fördern sowie »den Reichtum und die Vielfalt sowie die Gemeinsamkeiten der europäischen Kulturen herauszustellen und einen Beitrag zu einem besseren Verständnis der Bürger Europas füreinander zu leisten« (EU 1999: L166/2). Zugleich gibt er den teilnehmenden Städten die Möglichkeit, sich europaweit darzustellen.

Die Initiative zur Bewerbung ging vom damaligen langjährigen Kulturbürgermeister aus, der Unterstützung durch eine kleine Gruppe von Akteuren aus dem Kulturbereich fand. Er beschreibt die Motivation für die Bewerbung wie folgt: *»... wie kann man aus einer relativ aussichtslosen Ausgangssituation – wirtschaftlich, verkehrsmäßig, demographisch, Altersstruktur und so – wie kann man da etwas finden, wo man einen Nukleus findet, der sich selbst multipliziert, ... um am Ende wieder Hoffnung zu schöpfen. Um am Ende auch darauf aufmerksam zu machen, nach außen zu sagen, hallo hier sind Leute, die sind eben nicht letztes Haus bei Grenze, wie 50 Jahre lang, sondern da gibt es Ideen, die sind pfiffig, die sind witzig, die versuchen sich wie Münchhausen selbst am Zopf aus dem Sumpf zu ziehen und haben dabei eben auch ein Paar Ideen.«*

Natürlich brauchte es einige Zeit, bis der Gedanke in der Verwaltung und der Stadtpolitik aufgegriffen und nicht als unrealistische Spinnerei abgetan wurde, doch dann wurde die Nachbarstadt Zgorzelec zu einer gemeinsamen und gleichberechtigten Bewerbung eingeladen. Die Stadträte beider Städte fassten im Frühjahr 2001 den entsprechenden Beschluss. Unter dem Motto »From the middle of nowhere to the heart of Europe« präsentierten sich die beide Partnerstädte an der deutsch-polnischen Grenze als Modellfall für ein zusammenwachsendes Europa. Verbunden mit der Bewerbung wurde die Vision, Kunst und Kultur als treibende Kraft zu nutzen, um neue Möglichkeiten der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Kooperation in einer europäischen Region zu erschließen.

Die Bewerbung von Görlitz/Zgorzelec zeichnete sich durch zwei zentrale Alleinstellungsmerkmale aus. Einerseits den transnationalen und interkulturellen Ansatz einer Doppelstadt, die erst kurz vor Abgabe der Bewerbungsunterlagen von einer EU-Außengrenze zur Binnengrenze wur-

de. Kultur wurde dabei – verbunden mit dem Slogan »Kultur macht Politik« – als Möglichkeit und Strategie zur Überwindung kultureller Differenzen von Menschen zweier Nationen thematisiert. Eine »Europäisierung im Alltag«, die Entwicklung einer gemeinsamen kulturellen Identität – vermittelt durch gemeinsame Sprache, Erinnerung und Visionen – bildeten gewissermaßen das strategische Ziel der Bewerbung (KHS 2005: 10). Ein zweites Alleinstellungsmerkmal bildete das einmalige historische und baukulturelle Erbe der Stadt.

Ihre Untersetzung fanden diese beiden Alleinstellungsmerkmale in fünf zentralen Projekten, die durch eine Vielzahl von Einzelprojekten umrahmt wurden (vgl. KHS 2005). Von besonderer Bedeutung war die Idee eines grenzüberschreitenden »Brückenparks«, der gedacht war als Ansatz, die räumliche wie auch mentale Distanz zwischen den beiden Städten zu verringern. Er sollte als symbolischer und auch realer Ort entlang des jahrzehntelang trennenden Grenzflusses die neue Mitte der Europastadt markieren und schloss die Renovierung einer Reihe von ungenutzten und sanierungsbedürftigen Gebäuden (u.a. die Stadthalle) ein. Bereits an diesem Beispiel wird deutlich, dass die Bewerbung der Städte Görlitz/Zgorzelec durch starke stadtentwicklungspolitische Ideen gekennzeichnet war. Angesichts der bis dahin wenig erfolgreichen Bemühungen der Stadtpolitik, den wirtschaftlichen Strukturwandel zu bewältigen, wurde die Bewerbung um den Titel als Kulturhauptstadt zum neuen Hoffnungsträger. Von ihr erwartete man mehr als nur kulturellen Glanz und Anerkennung. Görlitz knüpfte an wichtige Alleinstellungsmerkmale der Stadt – Baukultur und Grenzraum – an und entwickelte ein kohärentes Konzept, das einerseits eine Vision vermittelte und andererseits durch konkrete Einzelprojekte unteretzt wurde. Verbunden damit war die Erwartung, dass der symbolische Marktwert der Stadt steigen kann, je authentischer und origineller sie ihre Geschichte, Kultur oder Urbanität inszeniert (Richter 2006: 263).

Implizit vorhanden war sicher ebenso die Erwartung eines auch ökonomisch relevanten Bedeutungszuwachses von Kultur im Sinne der Kultur- und Kreativwirtschaft, die in der aktuellen Fachdebatte teilweise als die Zukunftsbranche schlechthin gesehen wird (vgl. u.a. Ebert /

Gnad 2006: 319). In den entsprechenden Konzepten und Darstellungen zur Görlitzer Kulturhauptstadtbewerbung wird dieser Aspekt jedoch nahezu ausschließlich im Hinblick auf den Tourismusbereich thematisiert.

Eine erste Hürde im Bewerbungsverfahren war genommen, als Görlitz im Jahr 2002 aus insgesamt 16 deutschen Bewerberstädten um den Titel in die engere Auswahl von zehn Städten aufgenommen wurde. Innerhalb des nationalen Ausscheidens erreichte Görlitz im Jahr 2004 gemeinsam mit Essen die Endrunde. Basierend auf den Empfehlungen der Europäischen Jury vom 11. April 2006 erklärte der EU-Kulturministerrat dann am 13. November 2006 Essen, Pécs und Istanbul zu den Kulturhauptstädten Europas 2010. Damit unterlag Görlitz im Endausscheid der Stadt Essen.

Nach dem Scheitern des Projektes

Nach einem anfänglich bedächtigen Start konnte die Bewerbung um die Kulturhauptstadt in Görlitz eine enorm mobilisierende Kraft entwickeln. Insbesondere, nachdem Görlitz gemeinsam mit Essen die letzte Auswahlrunde erreicht hatte, gelang es, einen breiten Rückhalt in der Zivilgesellschaft, aber auch vielfältige Unterstützung aus dem Bereich der Wirtschaft zu erlangen.

»Bis dahin war es ein Sympathisantenkreis und dann ging richtig ... die Post ab. Dann haben die Menschen auch akzeptiert, dass Kultur es wirklich verdient, das Leitbild zu sein, dass das eine Chance ist.« (Interview G11)

»Ich habe es noch nie erlebt in den 16 Jahren, in denen ich das jetzt hier schon mache, dass es einmal gelungen ist, ein Ziel zu formulieren, hinter dem sich, na ich will jetzt wirklich nicht übertreiben, aber bestimmt 85 Prozent der Bevölkerung und 90 Prozent der Interessensgruppen vereint haben und gesagt haben, das müssen wir jetzt wirklich anpacken.« (Interview G02)

Dementsprechend waren die ersten Reaktionen nach der Entscheidung der Auswahlkommission gegen Görlitz und für die Stadt Essen als Kulturhauptstadt 2010 geprägt von dem Slogan »Wir bauen weiter« (SZ vom 12.04.2006). Die zentralen Impulsgeber der Kulturhauptstadtbewerbung

setzten sich daran, Ideen für eine ‚Europäische Kulturstadt Görlitz / Zgorzelec‘ sowie eine Kulturdekade 2010-2020 zu entwickeln. Am 16. Mai 2006 bekannten sich beide Stadträte zur Entwicklung der Doppelstadt zu einer Europäischen Kulturstadt.

Unmittelbar danach aber entbrannte im Stadtparlament eine kontroverse Debatte um künftige Schwerpunkte der Stadtentwicklung. Die Forderung von Seiten der Kritiker einer weiteren Profilierung als Kulturstadt war: »Statt der Kultur müsste endlich die Wirtschaft in den Mittelpunkt städtischer Initiativen gestellt werden« (SZ vom 22.5.2006).

Die Idee der Europäischen Kulturstadt ist im Ergebnis dieses Streites deutlich verblasst. Wesentlichen Anteil daran hat, dass sich der in der Endphase der Bewerbung neu gewählte Oberbürgermeister der Stadt nicht für eine Profilierung als Kulturstadt positioniert hat: *»Kultur ist wichtig, aber es ist kein Alleinstellungsmerkmal«. Vielmehr offenbart er ein sehr konservatives Kulturverständnis: »Wir müssen das Geld haben, um uns Kultur zu leisten. Dieses Geld kriegen wir, indem wir wirtschaftlich erfolgreich sind.« (Interview G08).*

Das Label der Europäischen Kulturstadt, zu dem sich beide Stadtparlamente im Mai 2006 noch bekannt haben, spielt derzeit im Tagesgeschäft (beispielsweise auf der Internetplattform der Städte oder im Marketing) und für die strategische Ausrichtung der Doppelstadt nahezu keine Rolle. Trotzdem haben die zentralen Schlüsselprojekte der Bewerbung nach wie vor eine hohe Relevanz in der Stadtentwicklung. Insbesondere Projekte, die bereits vor der Bewerbungsphase um die Kulturhauptstadt thematisiert worden waren (beispielsweise der Brückenpark), wurden anschließend nicht grundsätzlich infrage gestellt. Allerdings wurden sie im Wesentlichen auf ihren baulichen Kern reduziert und damit (wie vor der Bewerbung) zu eigenständigen, »klassischen« Projekten der Stadterneuerung/-entwicklung und der Immobilien- beziehungsweise Flächenverwertung. Die eigenständigen kulturellen Inhalte aus der Bewerbungsphase haben hingegen deutlich an Gewicht verloren. Damit ist der Bezug dieser Projekte zur Europäischen Kulturstadt nicht mehr klar erkennbar. Es bleibt jedoch die Frage, inwieweit sich die Bewerbung um den

Titel der Kulturhauptstadt für Görlitz »auszahlt« und inwieweit Kultur als Motor für die Stadtentwicklung fungieren kann.

Görlitz: Verlierer oder erfolgreicher Zweiter im Wettbewerb?

Ausgehend von der am Anfang des Beitrages geäußerten These, dass bei der Umsetzung von Großprojekten eher der Prozess als das einmalige Ereignis zentrale Bedeutung für die Stadtentwicklung hat, ist an dieser Stelle zu hinterfragen, welche Prozessergebnisse für die Doppelstadt Görlitz/Zgorzelec konstatiert werden können.

Die in Görlitz geführten Interviews zeigen – aus der Binnensicht der Akteure vor Ort – ein breites Spektrum positiver Effekte und Wirkungen der Bewerbungsphase auf. Diese lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

- Die Bewerbung hatte eine hohe symbolische Bedeutung, indem sie in einer Phase des Niedergangs und der Depression eine Aufbruchstimmung erzeugen konnte. Das Bewusstsein, an einem ganzheitlichen, schönen und greifbaren Projekt mitzuarbeiten, motivierte und

beflügelte die Menschen und regte die Fantasie zur Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Projektes an. Damit verbunden war eine Stärkung der Zivilgesellschaft, die sich heute kritisch in die Stadtpolitik einmischt.

Das Größte, was von der Kulturhauptstadtbewerbung geblieben ist, ist das Gefühl, dass man etwas machen kann, was ja über Jahre hinweg nie vorhanden war, ... Also das Gefühl, dass man tatsächlich etwas tun kann. ... Die Toleranz und der Mut zu Projekten, das ist auch so etwas, was die Kulturhauptstadtbewerbung angeschoben hat, dass Leute sagen: ‚Das mache ich jetzt einfach. ... Ich muss nicht darauf warten, bis jemand zu mir kommt und sagt, ‚wirst Du nicht mal machen?‘, sondern ich mache mal.« (Interview G10)

- Veränderungen sind auch in Bezug auf die Wahrnehmung der Stadt und ihrer kulturellen Angebote sowie baukulturellen Qualitäten durch die Stadtbewohner sichtbar. Heute zeigt sich dies nicht nur an der trotz sinkender Einwohnerzahlen stabil hohen Besucherfrequenz des örtlichen Theaters, sondern beispielsweise auch an Aktivitäten wie dem jährlichen Tag des Offenen Denkmals, der bei den Görlitzern



auf eine außerordentlich hohe Resonanz stößt.

»Was auch bleibt, dass ganz viele Görlitzer ihre Stadt neu kennen gelernt haben. Das wird immer unterschätzt an der Kulturhauptstadtbewerbung, dass plötzlich so etwas wie beispielsweise eine Oberlausitzer Bibliothek der Wissenschaften wieder bei den Görlitzern vorhanden ist, die gesagt haben: »Oh, das haben wir wirklich?« Die dann auch in Objekte hinein gegangen sind und gesagt haben: ‚Hier war ich noch nie.‘« (Interview G10)

- Die hohe Glaubwürdigkeit, durch die sich die Bewerbung der Doppelstadt auszeichnete, schlug sich in einer Verbesserung der Außenwahrnehmung der Stadt nieder. Dies wird auch vor Ort wahrgenommen und thematisiert. Görlitz konnte sich als Stadt profilieren, die ein einzigartiges baukulturelles Erbe und eine angenehme Lebensqualität aufweist. Damit verbunden ist die Prägung eines positiven Images, das insbesondere durch die überregionale Presse transportiert wurde. Aus der gestiegenen Aufmerksamkeit für die Stadt haben sich unmittelbare Effekte für den Tourismus (insbesondere eine steigende Zahl von Übernachtungen) wie auch eine Attraktivität der Stadt als Zuzugsort beziehungsweise Ruhesitz für Pensionäre ergeben.

»Und es hat Früchte getragen und trägt bis heute Früchte. Das muss man ganz klar sagen. Diese unbekannte Stadt, dieses unbekanntes Nichts, östlichste Stadt Deutschlands, wurde immer bekannter und wenn Sie heute über den Untermarkt gehen, dann sehen Sie die Touristenströme sich dort entlang wälzen.« (Interview G03)

- Die Bewerbung war ein Lernprozess, der ganz neue Formen der Zusammenarbeit ermöglichte. Erprobt wurden neue institutionelle Formen der öffentlich-privaten Zusammenarbeit, der Mobilisierung von Öffentlichkeiten wie auch von Kooperationen innerhalb der Vereinslandschaft, so beispielsweise gemeinsame Aktionen von Vereinen aus dem Sport- und dem Kulturbereich, die eine hohe Verfahrenskreativität des intelligenten Kombinierens unterschiedlichster Zugänge zum Thema Kultur offenbarten. »Sie (die Verwaltung, Anm. d. A.) sind natürlich ein Stück offener für Projekte geworden.

Sie sind bestimmt bei einigen Sachen, die vor Jahren nicht denkbar gewesen wären, offener geworden. ... Andersherum sind sie natürlich auch durch die Erfahrung der Kulturhauptstadt viel professioneller geworden und lassen sich nicht mehr so schnell überrumpeln.« (Interview G10)

- Neben den vielfältigen neuen Formen der Kooperation innerhalb der Doppelstadt haben die zentralen Schlüsselakteure wichtige Netzwerkbeziehungen über die Stadtgrenzen hinaus knüpfen können, die für die weitere Entwicklung der Stadt genutzt werden könnten. Allerdings ist diese Art von Beziehungen stark personalisiert und braucht auch über den Bewerbungsprozess hinaus eine kontinuierliche Pflege. »Und man hat natürlich, wenn man irgendwo in die Ministerien oder irgendwo hinkommt, jetzt einen ganz anderen Stand, weil man natürlich jetzt nicht als Nobody, als Stadt als Nobody hinkommt oder ... die Netzwerke zu den ganz unterschiedlichen Stiftungen. In unserer Kommunikationsgesellschaft sind persönliche Kontakte ganz wichtig. Dann kann man auch mal einen Firmenchef anrufen – weil man sich ja noch gut von damals kennt – an den man sonst niemals rankäme.« (Interview G02)
- Mit dem Scheitern in der Bewerbung um den Titel der Kulturhauptstadt Europas konnte ein neues großes Projekt für die Stadt gewonnen werden, die Durchführung der Landesausstellung ViaRegia im Jahr 2011. Unmittelbar nach der Entscheidung für Essen griff der Ministerpräsident des Freistaates die bereits im Jahr 2003 noch vor der Bewerbungsphase diskutierte Idee einer Landesausstellung wieder auf und sagte Görlitz dafür die Unterstützung des Landes zu.
- Positive Effekte werden auch für das Zusammenwachsen beider Städte konstatiert. Die Bewerbungsphase bot den Rahmen für die Entwicklung konkreter Maßnahmen der deutsch/polnischen Annäherung der Kulturen. Kultur wurde dabei als identitätsstiftendes und verbindendes Medium für die Stadt anschaulich gemacht. »Diese Strukturen, die ganz einfach in dieser Zeit entstanden sind, sind natürlich auch geliebt. Über die Kulturhauptstadtbewerbung

hat man sich viel schneller und intensiver miteinander beschäftigt und viele Sachen gemeinsam angestrebt.« (Interview G09)

Die Darstellung zeigt einen breiten Konsens bei den Akteuren, der sich in dem Satz zusammenfassen lässt:

»Diese Kulturhauptstadtbewerbung ... hat unterm Strich für Görlitz unwahrscheinlich viel gebracht« (Interview G05).

Allerdings stellt sich die Frage, warum sich die Stadtpolitik trotzdem schwer tut, die Erfolge der Bewerbung offensiver zu nutzen und die weitere Profilierung der Stadt als Europäische Kulturstadt immer wieder selbst in Frage stellt.

Resümee

Nach dem Ausscheiden im Bewerbungsprozess versucht die Stadt Görlitz, Teile der Werbungsstrategie auch ohne den Event der Kulturhauptstadt zu realisieren. Sie kann dabei auf intensive Vorarbeiten aus dem Bewerbungsprozess zurückgreifen. Allerdings ist eine Realisierung mit wesentlich weniger Ressourcen notwendig. Am wenigsten in Frage gestellt werden dabei Projekte, die vom baukulturellen Erbe der Stadt ausgehen und sich in längerfristige Konzepte der Stadterneuerung und Stadtentwicklungsplanung einbetten. Diese Strategie darf jedoch nicht allein von der räumlichen Verfügbarkeit und dem Anspruch, eine möglichst große Zahl noch ungenutzter Gebäude wieder in Wert zu setzen, ausgehen. Vielmehr besteht die Chance in einer »kulturellen Stadtentwicklungsstrategie« (Altrock 2009: 85), die geeignet ist, vergessene Standorte wieder in den Blick zu nehmen und neue Nutzungen temporär zu erproben. Zugleich zeigt sich in Görlitz eine für vergleichbare Situationen nicht untypische Entwicklung: Mit dem Scheitern im Bewerbungsprozess brechen trotz der unverkennbaren Wirkungen alte Konflikte wieder auf zwischen Befürwortern einer weiteren Profilierung als Kulturstadt, die eine Vision einer europäischen Kulturstadt als langfristiges Leitbild der Stadtentwicklung entwickelt haben, und Gegnern, die Kultur lediglich als »Beimotor der Wirtschaft« beziehungsweise im Sinne eines Kostenfaktors als Luxusgut sehen, dass man sich leisten können muss.

Kultur als Wirtschaftsfaktor, der in der allgemeinen Fachdiskussion zunehmend an Bedeutung gewinnt (vgl. u.a. Kunzmann 2006), wird dabei bisher (mit Ausnahme der Baukultur als Tourismusfaktor) hingegen kaum thematisiert. Und dies, obwohl Görlitz in einer Studie zur Kreativwirtschaft in Mitteldeutschland aus dem Jahr 2007 als eine der Städte mit den größten Zuwächsen bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bereich der Kreativwirtschaft herausgehoben wurde. Danach konnten die ‚Creative Industries‘ im Zeitraum von 1999 bis 2006 einen Zuwachs der Beschäftigten um 11 Prozent verzeichnen, während die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Stadt um 18 Prozent abnahm (Presseerklärung 13.11.2007).

Der begrenzte Zeitraum der Bewerbung war zu kurz für eine selbsttragende Profilierung als Europäische Kulturstadt. Es besteht damit die Gefahr eines Zurückfallens auf alte Muster der Stadtentwicklung. Es gibt aber auch die Hoffnung, dass der einmal angestoßene Prozess – wenn auch unter Mühen – so doch verstetigt und mit sorgfältig gewählten Einzelprojekten untersetzt werden kann. Denn in einer Zeit, in der Städte sich in gewisser Weise immer ähnlicher werden und lokale Besonderheiten immer mehr verloren zu gehen drohen, gewinnt die Inszenierung städtischer Besonderheiten für eine symbolische Wertsteigerung von Städten an Bedeutung. »Wer aus der Krise heraus will, muss überzeugende Antworten auf die Fragen finden: Wer bin ich, was kann ich, was will ich sein?« (Fuchs 2006:43). Görlitz war mit der Kulturhauptstadtbewerbung auf dem Weg, diese Fragen zu beantworten und ein neues Bild von sich selbst zu erfinden, aus dem für die Stadt und die dort lebenden Menschen neues Selbstbewusstsein gezogen werden kann. Ob es gelingt, sich als Europäische Kulturstadt zu profilieren, hängt künftig auch davon ab, ob ein gemeinsames Kulturverständnis entwickelt werden kann, dass neben der Wahrnehmung der Qualitäten der bebauten Umwelt Raum lässt für einen weiten Kulturbegriff: von der Alltagskultur des Zusammenwachsens zweier nationaler Kulturen in einer gemeinsamen Stadt bis zur Hochkultur der Museen, Theater und der gebauten Architektur.

Anmerkungen

- ¹ Der Beitrag ist eine gekürzte und überarbeitete Fassung des Textes ‚Görlitz – Kultur als Gegenstand eines strategischen Projektes der Regenerierung‘, der im Jahr 2009 erschienen ist unter: Kühn, Manfred; Liebmann, Heike (Hrsg.): Regenerierung der Städte, Strategien der Politik und Planung im Schrumpfungskontext. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- ² Die kursiv gesetzten Zitate sind Aussagen aus Interviews, die von November 2006 bis Februar 2008 mit Akteuren aus der Stadtverwaltung, der Stadtpolitik, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft geführt wurden. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum zwölf leitfadengestützte Interviews mit 16 Interviewpartnern geführt.
- ³ Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen. Internetseite: www.statistik.sachsen.de/21/03_01/regional/1datenGR.html (Zugriff am 11.07.2008)
- ⁴ Der Landesdurchschnitt lag zum selben Zeitpunkt bei 16,4 %. Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen. Internetseite: www.statistik.sachsen.de/21/03_04/03_04_02_tabelle.asp (Zugriff am 11.07.2008)
- ⁵ Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen. Internetseite: www.statistik.sachsen.de/21/02_00/20_05_03_grafik.asp (Zugriff am 11.07.2008)

Literatur

Altrock, Uwe (2009): »Chancen einer gestoppten Festivalisierung? Das Beispiel der gescheiterten Kulturhauptstadtbewerbungen von Görlitz und Kassel«, in: Musiktheater Oberlausitz/Niederschlesien GmbH – Kultur 2020 (Hrsg.) *Evaluierung der Kulturhauptstadtbewerbung Görlitz-Zgorzelec 2010*. Görlitz, S. 61-86

[BMVBS / BBR] Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung / Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg. 2007): *Bestandssituation und Bewirtschaftungsstrategien privater Eigentümer in den neuen Ländern und ihre Einbeziehung in den Stadtbau Ost*. Schriftenreihe Forschungen Heft 131. Bonn

Fuchs, Ulrich (2006): »Kultur als Motor der Stadtentwicklung. Linz soll Neues wagen und einen weiteren mutigen Schritt tun in seiner Entwicklung«, in: *Xing* 05/06, S. 42-45 (http://xing.curbs.at/05/05_xing_42-45.pdf, Zugriff: 1.12.2008)

[KHS 2005] Geschäftsstelle Kulturhauptstadt Europas 2010: *From the middle of nowhere to the heart of Europe. Living Cultural Unity – Living Cultural Diversity*. Bewerbung der Europastadt Görlitz – Zgorzelec als Kulturhauptstadt 2010. Europa-Haus Görlitz e.V. (Hrsg.)

Stadt Görlitz 1998: *Stadtentwicklungskonzeption 1998*. Görlitz

Stadt Görlitz 2007: *Statistische Informationen 1. Halbjahr 2007*. Görlitz. Kommunale Statistikstelle

[EU 1999] Europäisches Parlament 1999: »Beschluss 1419/1999/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 1999 über die Einrichtung einer Gemeinschaftsaktion zur Förderung der Veranstaltung ‚Kulturhauptstadt Europas‘ für die Jahre 2005 bis 2019«, in *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, 1.7.1999

Liebmann, Heike 2003: »Mut der Verzweiflung? Events und Großprojekte als Motor der Stadtentwicklung« in: Liebmann, Heike; Robischon, Tobias: *Städtische Kreativität. Potenzial für den Stadtbau*. Erkner / Darmstadt: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung und Schader-Stiftung, S. 133-145

Richter, Anna 2007: »Kommodifizierung der Stadtpolitik. Am Beispiel der Bewerbung Bremens zur Kulturhauptstadt Europas 2010«, in: Lamla, Jörn; Neckel, Sighard (Hrsg.), *Politisierter Konsum – konsumierte Politik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 259-280

Ebert, Ralf; Gnad, Friedrich 2006: »Strukturwandel durch Kreativwirtschaft«, in: APuZ. *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, 34-35/2006, S. 31-38

Zukin, Sharon 1998: »Städte und die Ökonomie der Symbole«, in: Kirchberg, Volker; Göschel, Albrecht (Hrsg.): *Kultur in der Stadt. Stadtsoziologische Analysen der Kultur*, Opladen: Leske + Budrich, S. 27-40

Pressemitteilung 13.11.2007: Studie zur Kreativwirtschaft in Mitteldeutschland – Dresden und Görlitz unter den Gewinnern. Pressemitteilung der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland GmbH vom 13.11.2007

Heike Liebmann geboren 1965, ist Stadtplanerin. Sie leitet am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner bei Berlin die Forschungsabteilung »Regenerierung von Städten«. Daneben ist sie Projektleiterin der Bundestransferstelle Stadtumbau Ost, dem Kompetenzzentrum zur fachlichen Begleitung des Programms Stadtumbau Ost. Wichtige Forschungsschwerpunkte sind Stadtpolitik und Regenerierungsansätze für Städte im Strukturwandel, Stadtumbau sowie Kreativität und Innovation in der Stadtentwicklung.

Mittelalterzirkus oder unkontrollierbare Jugend

Dirk Teschner

Tradition ist nicht das Halten der Asche, sondern das Weitergeben der Flamme. Thomas Morus (1478-1535)

Erfurt ist mit 200.000 Einwohnern die Landeshauptstadt Thüringens. Die Stadt besitzt eine der am besten erhaltenen und größten mittelalterlichen Stadtkerne Deutschlands mit Dom, 25 Kirchen und drei Synagogen. Nicht nur Luther verbrachte viele Jahre in dieser Stadt. Die Krämerbrücke in der Altstadt ist die längste komplett bebaute und bewohnte Brücke Europas. Darauf sind Stadtverwaltung, Lokalpolitiker und Bürger stolz und erhoben diesen Schatz zum heiligen Gral. Erfurt ist ohne Altstadt undenkbar. Die Ausrichtung des Tourismus und der Kulturpolitik ist demnach rückwärtsgewandt. Städtische Gelder fließen hauptsächlich in die Oper und in die Kulturjahresthemen.

Letztes Jahr gab es den Fürstenkongress. Zum Kulturjahrthema *200 Jahre Erfurter Fürstenkongress 1808-2008* wurden mehrere hunderttausend Euro an Fördergeldern ausgegeben. Davon 97.100 Euro für die Multimedia-Inszenierung *Versammlung der Geister auf den Domstufen*. Die sechswöchige Ausstellung mit dem Titel *Feine Leute: Mode und Luxus zur Zeit des Empires* im Erfurter Museum für Thüringer Volkskunde verschlang 135.000 Euro. Die Ausstellung wollte Angehörige der Oberschicht zeigen, wie sie damals ihre Häuser und sich selbst ausstatteten: »Der Kontrast, der sich solchermaßen auftut zum

Leben der Kleinen Leute, denen die Dauerausstellungen des Museums gewidmet sind, ist gewollt und Bestandteil des Konzeptes. Opulenz in der Ausstattung der Exposition sollen hochkarätige Leihgaben aus Paris, Petersburg, Wien, Berlin und anderen Orten garantieren«. Für die fünfmonatige Ausstellung *4000 Jahre Gastgewerbe* im Stadtmuseum wurden 125.000 Euro ausgegeben.

Die Jahresthemen ab 2010 heißen: Luther. Der Aufbruch; 600 Jahre Kollegium Amplonianum, mittelalterliche Buchdruckerei; Jüdisches Leben in Erfurt; 1000 Jahre Mainzer Bezug, 350 Jahre Reduktion; 350 Jahre Petersberg, 200. Wiederkehr der zweiten preußischen Besitzergreifung; via regia – europäische Sternstunde, Jubiläum des großen Erfurter Astronomen Schröter; 500 Jahre Reformation.

Aber die Huldigung der Tradition betrifft nur alles, was älter als 100 Jahre ist. Dieses Jahr ist Bauhausjahr. Aber es werden keine 90 Jahre revolutionäre Architektur, Kunst und politischer Diskurs gefeiert. Pünktlich zum Jahresthema wurde der Abriss des 1925 eröffneten Nordbads vollendet. Besonders bedeutend war das 1929 errichtete Eingangsgebäude im Bauhaus-Stil. Mit der Zerstörung verliert Erfurt ein weiteres Baudenk-

mal der klassischen Moderne. Bald folgt eines der wenigen Gebäude der Neuen Sachlichkeit in der Innenstadt. Dort, wo noch vor nicht allzu langer Zeit Filme in mehreren Kinosälen liefen, wird bald in einem Neubau ein X-tes Warenhaus entstehen.

Und wie ist der Umgang mit zeitgenössischer Kunst und Kultur? Neben der städtischen Kunsthalle gibt es das Kunsthaus und eine private Galerie, wo aktuelle Kunst gezeigt werden. Die Existenz des Kunsthauses war im letzten Jahr durch die Zurückhaltung der garantierten finanziellen Unterstützung seitens der Stadt bedroht. Gegründet wurde es vor 19 Jahren von der Erfurter Künstlerinnengruppe Exterra XX. Diese Gruppe arbeitete seit Anfang der 1980er-Jahre mit Künstlern aus Berlin zusammen und sorgte mit ihren Super 8-Filmen, Fotografien, Texten, Malerei und Performances auch international für Aufmerksamkeit. Durch ihre unabhängige, künstlerische Arbeit wie auch durch ihre politische Ausrichtung waren die Künstlerinnen den Herrschenden in der DDR ein Dorn im Auge. Im Herbst 1989 fanden sie ein marodes Haus in der Erfurter Altstadt, dort entstanden Ausstellungs- und Veranstaltungsräume, Ateliers und eine Künstlerwohnung. Im Kunsthaus fanden bislang über 150 Ausstellungen mit nationalen und internationalen zeitgenössischen Künstlern statt. Anstatt sich der einzigartigen Tradition aus der DDR-Subkultur bewusst zu sein und sie zu fördern, wurden die Unterstützungen der Stadtverwaltung immer weiter verringert.

Durch die Bedrohung des Kunsthauses schien es, als hätte die Kulturszene der Stadt gespürt, was auf dem Spiel steht. Eine Auseinandersetzung begann über die Ausrichtung der kulturellen Entwicklung, über zeitgenössische Kunst und Kultur, über eine lebenswerte Stadt, über Mitbestimmung und Interventionen. Der Topf kochte über, konservative Kulturpolitik und Stadtentwicklung – mitverantwortlich für die Erstarrung und den kulturellen Abbau seit Ende der 1990er-Jahre – sahen sich der Kritik ausgesetzt. Überregionale Medien machten auf die Situation aufmerksam, einen offenen Brief an den Erfurter Oberbürgermeister zum Erhalt des Kunsthauses unterschrieben über 600 Unterstützer. Schließlich gründete sich mit dem Klub 500 ein Zusammenschluss von Künstlern, Kulturschaffenden und Kunstinteressierten, eine Plattform

des Austausches und der Lobbyarbeit. Die Zusammensetzung ist bunt durcheinander gewürfelt, von Arbeitslosen bis Architekten, Politikern bis Künstlern, Linken bis parteilosen Liberalen. Der Herbst 2008 versprach einen neuen Schwung in die verkrustete Kunst- und Kulturlandschaft Erfurts zu bringen. Die Planung eines Kulturkongresses wurde diskutiert, es gab Aktionen im öffentlichen Raum. Leerstehende Läden in der Magdeburger Allee, einer markanten Straße im Erfurter Norden, wurden unter der Forderung »Luxus für den Norden« mit Designerlogos von Prada bis Gucci versehen. Man lud zum öffentlichen Sektrinken mit Opernmusik hinter der Krämerbrücke, wo seit Sommer 2008 eine neue Stadtverordnung das Trinken alkoholischer Getränke in Gruppen ab drei Personen verbietet. Ein von der Kulturdirektion vorgelegtes neues Kulturkonzept wurde vom Stadtrat abgelehnt, es enthielt nur eine Bestandsaufnahme der städtischen Kulturlandschaft und las sich wie ein jährlicher Rechenschaftsbericht. Eine AG Kulturkonzept mit dem Auftrag, ein komplett neues Konzept zu erstellen, wurde ins Leben gerufen. Über das Wie schieden sich jedoch die Geister. Der Klub 500 forderte mit Blick auf positive Ergebnisse in Dresden, Freiburg und Linz eine öffentliche Debatte mit Hearings und Arbeitsgruppen. Davon wollte der Stadtrat mehrheitlich nichts wissen. Die AG Kulturkonzept besteht aus Vertretern der im Stadtrat vertretenen Parteien und Behörden, sowie dem Leiter der Kunsthalle und einem (!) Vertreter der freien Kulturszene. Dieser vom Oberbürgermeister bestimmte Vertreter aus der Theaterszene gab sein Mandat zwei Wochen später wieder zurück. Auf der Basis einer vom Klub 500 initiierten Umfrage wurde daraufhin die Leiterin des Instituts für Kunst der Universität Erfurt vorgeschlagen. Vom Oberbürgermeister in die AG Kulturkonzept berufen, hat sie jetzt die undankbare Aufgabe, die Interessen der Kunst- und Kulturszene zu vertreten.

Das Prozedere über die Erstellung eines Kulturkonzeptes ist bezeichnend für die aktuelle Situation. Von Seiten der Politik wird eine Einflussnahme der Kunst- und Kulturszene auf politische Entscheidungsfindungen öffentlich abgelehnt, intern aber flehend erbeten. Aber auch innerhalb der Stadtverwaltung rumort es. Am 1. Juli 2009 wurde die Kulturdirektion ins Dezernat Jugend, Bildung und Soziales abgeschoben. Das Signal, das Oberbürgermeister Andreas Bausewein und

die Stadtverwaltung aussenden, zeugt von einer provinziellen und kulturlosen Haltung.

Dazu kommt seit einiger Zeit eine Atmosphäre im städtischen öffentlichen Raum, die von polizeilichen Einsätzen geprägt ist, gegen Jugendliche, die sich im Park treffen, gegen neue Kreativläden oder bei Ausstellungseröffnungen im ehemaligen Innenministerium. Grund ist die Räumung des acht Jahre lang besetzten Geländes der ehemaligen Firma Topf & Söhne. Diese Firma produzierte während der Zeit des Nationalsozialismus die Öfen für die Krematorien von Konzentrations- und Vernichtungslagern wie Buchenwald und Auschwitz. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Geländes war während der acht Jahre der Besetzung eine Konstante in der Geschichte des Projekts. Bestandteil waren Veranstaltungen, Rundgänge, Infostände und Workshops zur Geschichte der Firma Topf & Söhne. Durch das Engagement der Besetzer musste sich die Stadt Erfurt mit diesem Teil der Vergangenheit auseinandersetzen: Ein Gedenkort ist in Planung. Auf dem Gelände wurde eine alternative Kultur des Lebens, Arbeitens und Feierns praktiziert. Es war das wichtigste Zentrum der Graffiti- und Drum 'n' Bass-Szene. Dem Stadtrat ist gar nicht bewusst, was sie hier zerstört haben, da sie keine Ahnung von Jugendkultur haben. Leerstehende Häuser gibt es in

Erfurt genug, die auf eine Belebung warten. Der Stadtrat musste sich auf Drängen von Bündnis 90/Die Grünen mit dem Thema Wächterhäusern beschäftigen, aber leider gebe es in Erfurt keine geeigneten Objekte – leere Räume schon, aber keine geeigneten leeren. Kürzlich wollte eine Kulturinitiative ein altes, leerstehendes Straßenbahndepot im proletarischen Norden erwerben und dort ein Kulturzentrum mit Theaterbühne, Konzerträumen, Kneipe, Biergarten und Ateliers errichten. Plötzlich tauchte noch ein Mitbewerber auf, der dort eine Oldtimerwerkstatt errichten will. Ein Mitglied der zwar schwächer werdenden, aber noch existenten alten Seilschaft um den Ex-Bürgermeister und jetzigen Geschäftsführer der Stadtwerke, Manfred Ruge. Was für eine Überraschung, die Oldtimer bekamen den Zuschlag. Manfred Ruge, zu Ost- wie Westzeiten Mitglied der CDU, freute sich in seiner Amtszeit über den Zuzug vieler italienischer Familien aus Kalabrien und der attraktiven Entwicklung des Gastgewerbes. Dass damit auch die Ndrangheta Einzug hielt, blieb nicht verborgen.

Eins ist in Erfurt überall spürbar, es gibt den Drang nach Veränderung und eine Identifizierung mit der Stadt. Was manchmal eng wirkt, birgt die Chance auf Bündnisse jenseits von Parlament und Szenen. Es mündet in der Frage – wem gehört die Stadt!

Dirk Teschner geboren 1963, ist Ausstellungsmacher und freier Journalist. Nach seinem Umzug von Karl-Marx-Stadt nach Berlin war er Redakteur der Oppositionszeitschriften Friedrichsfelder Feuermelder und Antifa Infoblatt Ostberlin. Seit 1989 ist er Redakteur der Zeitschrift *telegraph*. Von 1992 bis 1997 war er Galerist der Galerie front • art in Berlin, seit 2007 kuratiert er mit Monique Förster Ausstellungen zeitgenössischer Kunst im Kunsthaus Erfurt. Seit 2009 organisiert er für ZK (Zeitgenössische Kunst – Erfurt / Berlin) Ausstellungen zeitgenössischer Kunst an temporären Orten.

Die internationale Region

Rohkunstbau in Brandenburg

Arvid Boellert

Seit 1994 steht *Rohkunstbau* für internationale Kunst im Umland von Berlin. In diesen 15 Jahren sind Künstler aus den verschiedensten Teilen der Welt nach Brandenburg gekommen, um sich von der Aura des Ortes zu neuen Werken inspirieren zu lassen: zuerst in einen namensgebenden Rohbau im Spreewaldort Groß Leuthen – 1989 sollte dort ein Haus der Arbeiterfestspiele entstehen; es kam anders –, später in das dortige Wasserschloss und nach einem Intermezzo in Schloss Sacrow und der Villa Kellermann in Potsdam nunmehr nach Schloss Marquardt westlich von Berlin. Und auch viele Besucher nehmen eine zum Teil weite Reise auf sich, um eines zu sehen und zu erleben: ortsbezogene Kunst am besonderen, kontemplativen Ort. Die geografische Lage mag abgelegen erscheinen, ist aber bewusst gewählt. Es geht um Kunstproduktion in Interaktion mit Architektur und regionalem Umfeld. Hier kommen sich Werkstatt und inszenierte Kunstpräsentation ungewöhnlich nahe und entfalten eine besondere Faszination. Zum *Rohkunstbau* wurden stets Künstler eingeladen, die ungeachtet ihres Ranges, Namens oder Marktwertes für das Projekt ortsbezogene Kunst schufen – Arbeiten, die an dem jeweiligen Ort im entsprechenden Konzeptionszusammenhang eine einzigartige Wirkung entfalteten. Nicht nur etablierte Künstler wie Louise Bourgeois, Gerhard Richter, Richard Hamilton, Louise Bourgeois, Jake & Dinos Chapman, Mona Hatoum, Boris Mikhailov Gregor Schneider und Monica Bonvicini, sondern immer wieder auch junge Künstler auf dem Sprung zu einer internationalen

Karriere wie Marcel Dzama, Norbert Bisky, Hannah Dougherty, Michael Sailstorfer, Valery Koshlyakov oder Shilpa Gupta wurden bei *Rohkunstbau* entdeckt und konnten hier ortsbezogene Arbeiten verwirklichen.

Rohkunstbau setzt Themen: Seien es die »Kinderszenen« des Jahres 2005, in denen bewusst auf die Geschichte des Groß Leuthener Schlosses Bezug genommen wurde, das bis 2004 über ein halbes Jahrhundert lang ein Ort der Kinderbeherbergung war, mal Waisenhaus, mal Jugendwerkhof, mal betreutes Wohnen genannt. Sei es die Trilogie »Blau«, »Weiß«, »Rot«, die auf die Farben der französischen Trikolore und die mit ihr verbundenen Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ebenso verweist wie auf die gleichnamige Trilogie des Filmemachers Krzysztof Kieślowski. 2009 und 2010 setzt sich *Rohkunstbau* mit den zwei von Platon in seinen Dialogen entworfenen Gesellschaftsmodellen der Aristokratie und Demokratie auseinander.

Die beständige innovative künstlerische Arbeit für den Ursprungsort ist umso wichtiger, da *Rohkunstbau* in den letzten Jahren verschiedene Schritte zu einem Netzwerk ortsbezogener zeitgenössischer Kunst mit mehreren eigenständigen Satelliten in Städten wie Berlin und Köln unternommen hat. Auch außerhalb Deutschlands wirbt *Rohkunstbau* in dieser Form, beispielsweise in Venedig, wo im Rahmen der diesjährigen Biennale Fotos von der Ausstellung auf



Seansicht von Schloss Groß Leuthen, Ausstellungsort des XI. Rohkunstbau: Ein Europäisches Porträt #2 im Jahre 2004, Foto: Arwed Messmer



Lisa Junghanß, »an der Schwelle des Schlafes« (2009), Foto: Roland Horn



Shilpa Gupta, »untitled« (2004), Foto: Arwed Messmer

Schloss Marquardt gezeigt wurden. So können die Arbeiten der Künstler und das Engagement der Unterstützer für das Erfolgsmodell vielfach kommuniziert werden. Dies war sicher auch ein Grund für die Kulturstiftung des Bundes, die Ausstellung ab 2006 für drei Jahre zu unterstützen. Knapp über 50 Prozent der Besucher von *Rohkunstbau* kommen aus der Region – eine für ein so hochqualitatives, international konkurrenzfähiges Kunstprodukt ungewöhnliche Zahl? Keinesfalls. Die ganz natürliche Entwicklung aus einem regional initiierten Ereignis in bürgerschaftlichem Engagement zu dem Ereignis ortsbezogener zeitgenössischer Kunst unter den europäischen Sommerfestivals ermöglicht diese Nachhaltigkeit. So zählen neben der Europäischen Union die Kulturstiftung der Länder und der Beauftragte des Bundes für Kultur und Medi-

en zu den Unterstützern des Projekts. Durch die weiterhin verstetigte Förderung des Bundes, der Länder, Landkreise, Städte und Gemeinden wird diesem mutigen Unterfangen eine Basis gegeben. Es war und bleibt ein vergleichsweise mühsamer Weg, *Rohkunstbau* auch finanziell zu realisieren. Das bisher Geschaffte zeigt jedoch jedem bisherigen und vielleicht zukünftigen Förderer, dass sich die Investition ungewöhnlich nachhaltig vervielfacht. Die Institution *Rohkunstbau* begreift jeden Künstler, Ausstellungsbesucher, Festivalgast und Förderer als aktiven Bestandteil. Nur durch sie ist eine nachhaltige Weiterentwicklung und Kommunikation dieser Idee möglich. Eine Idee, die eine unabhängige, individuelle Neu- oder Erstentdeckung zeitgenössischer Kunst ermöglicht.

Arvid Boellert geboren 1974, lebt in Berlin. 1994 gründete er das Kunstfestival Rohkunstbau in Groß Leuthen/Spreewald, mit seitdem bisher insgesamt 20 kuratierten, ortsbezogenen Ausstellungen und sechs Satellitenprojekten. Neben seiner Tätigkeit als Augenarzt ist er künstlerischer Leiter von Rohkunstbau und Herausgeber der zugehörigen Katalogbücher. Nach den Anfängen in einem Rohbau und langjähriger Ansiedlung im Wasserschloss Groß Leuthen findet Rohkunstbau heute in Schloss Marquardt bei Potsdam statt.

Jazz in E.

Der Durchbruch zur Mitte

Von Thomas Melzer

Freitags nach Himmelfahrt wird gefrickelt. Musiker, deren Namen im benachbarten Berlin kaum einer kennt, geschweige denn im brandenburgischen Eberswalde, lassen es auf Tasten, Saiten und Stimmbändern brummen, zischen, krachen, dass es nicht nur Josef Keil, den assimilierten katholischen Sparkassenvorstand aus dem Rheinland, so richtig schön atonal in die Flucht treibt. Blöder Mist, orakeln da einige, jetzt hat *Jazz in E.*, das waghalsige Festival in Ostbrandenburg, seinen Hauptsponsor verloren. Falsch verdächtigt, ein Jahr später, zur Festivaleröffnung, steht der Herr Direktor auf der Bühne, krempelt die Ärmel hoch, preist das Festival, lobet seine Macher und verkündet: »Ich bin stolz, ein Eberswalder zu sein!« In Reihe eins vor ihm freuen sich Bürgermeister und Landrat, denn wofür sie Worte finden wie »Alleinstellungsmerkmal« und »weicher Standortfaktor«, macht in ihrem Etat so viel aus wie eine Sechzehntelnote an diesem Konzertaabend. Investiert werden hier vor allem Leidenschaft und Engagement.

Jazz ist nicht das Naheliegende, was ein Gang durch die einst reiche Industriestadt im Finowtal assoziiert. Deutsche Fliegerbomben brannten ihre bürgerliche Mitte weg, die sozialistische Planwirtschaft hinterließ, neben Kranbaukombinat und industrieller Schweinemast, eine umfassende proletarische Monokultur. Nach 1990 von der bundesdeutschen Bürokratie zum Behördenzentrum subventioniert, erschien die Stadt lange nicht als Ort, an dem nonkonforme Musen sich küssend niederlassen. Ein verstockter

Bürgermeister in Jägerjoppe betrieb Hinterzimmerpolitik, bis er vorzeitig aus dem Amt gewählt wurde, eine alternde Schlagersängerin wurde als Kulturbotschafterin hofiert, bis sich selbst die Löwenbabys im Zoo weigerten, von ihr getauft zu werden. Das war die Stunde, in der *Jazz in E.* ins Zentrum zog. Es war die Stunde von Udo Muszynski.

»Der Udo sieht jetzt besser aus mit seinen kurzen Haaren«, sagt Rudi Mahall, ein berühmter Saxophonist aus dem Fränkischen, der oft in Eberswalde spielt, wenn er nicht gerade in der weiten Welt unterwegs ist. Als Udo Muszynski die Haare noch schulterlang trug, kämpfte der frühere Bau-soldat im Neuen Forum für die Entmilitarisierung der von tausenden Rotarmisten umzingelten Stadt, beriet Wehrdienstverweigerer und gründete mit Gleichgesinnten das »Begegnungszentrum für Wege zur Gewaltfreiheit«. Man traf sich in einer ehemaligen Poststation, in deren Keller das Stadtgeflüster eine »Folterkammer der Russen« verortete, zu Politik und Vergnügen. Es gab Hörspiel, Film und Jazz, Gespräche über Mahatma Gandhi und Kurt Kretschmann; 1994 schließlich, in einer kleinen Garage nebenan, das erste Jazzfestival. Auch Rudi Mahall stand da schon auf der Bühne. »Das war von Anfang an gut besucht. Und es war nicht so ein typisches Jazzpublikum, das sich aus Zahnärzten und Architekten zusammensetzt, sondern da sind schon immer ganz normale Leute hingegangen, vor denen man sich als Musiker nicht so oll vorkommt.« Lars Fischer, ein Kulturwissenschaftler, trauert

den alten Zeiten hinterher: »Im Gegensatz zu vielen anderen Initiativen im Kultur- und Sozialbereich waren wir damals ehrlich. Wir haben keinen Anspruch erhoben, finanziert zu werden. Wir haben immer gesagt, das ist keine Sozialpädagogik- und Kulturarbeit, das hilft weder rechts noch links noch irgendjemand, das ist einfach Spaß an der Freude. Primär tun wir es für uns; wenn andere das Angebot annehmen, ist es optimal, aber wir binden kein Dienstleistungsverhältnis daran.« Als das Backsteingebäude vor etlichen Jahren aus dem Bundesvermögen für 40.000 DM an ein örtliches Fitness-Studio versteigert wurde – seitdem steht es leer –, ging für Lars Fischer und einige andere die Seele des Projekts verloren. Sie besuchen noch die Konzerte, freuen sich über gute Musik, fühlen sich im Aufstieg von *Jazz in E.* aber nicht zu Hause.

Das Festival war für seine Nische wohl ohnehin zu groß geworden, als es sie verlassen musste. Im Ort sprach sich zunehmend herum, dass für Schwellenangst kein Grund bestand. Jürgen Peters hatte den Ruf auf die Professur für Landschaftsplanung an der örtlichen Fachhochschule zu einer Zeit angenommen, in der die Stadt

nach dem Mord an Amadeu Antonio bundesweit als fremdenfeindlich stigmatisiert war. »Das war schon ein Schritt. Ich stamme aus Hamburg, meine Frau aus Hessen, wir hatten lange im Westteil Berlins gelebt. Nun also Eberswalde. Und dann erlebten wir die aktive Bürgerbewegung, das Netzwerk für Toleranz, das Bemühen um ein positives Klima. Das war wie ein Anker für uns. Gerade die junge heimische Jazzszene hat uns mit offenen Armen aufgenommen, hat unser Leben bereichert und uns geholfen, hier auch wirklich heimisch zu werden.«

Das Festival, obdach-, aber nicht heimatlos geworden, begab sich auf die Suche nach sich selbst. Für wen sollte es sein, wo sollte es stattfinden, wer sollte es bezahlen? Ging es um Musik oder ging es um mehr, gar ein Lebensgefühl, ein kommunales Mitgestalten, ein Selbstverständnis als Avantgarde? Wie weit müsste man gehen, um eine maßgebliche Größe zu erreichen und wie weit durfte man gehen, um sich dabei nicht zu verlieren?

Jazz in E. bespielte das marode alte Kino der Stadt, bis die Bauaufsicht die Toiletten sperrte.





Es gab sich volkstümlich beim Jazzfrühschoppen in einer alten Ofenfabrik, wo die Musik kälkulgemäß viele Schnuppergäste auf den Geschmack brachte. Im Entgegenkommen zu städtischer Finanzierung wertete man das verwaiste Tourismuszentrum der Landesgartenschau auf, und um sich den Traum von den Stars Sauer/Wollny zu erfüllen, ging man sogar in die Schalterhalle der geldgebenden Sparkasse.

Und plötzlich war die Subkultur im Stadtzentrum angekommen. Hier wehte seit Kurzem auch politisch ein frischer Wind. Die Eberswalder hatten den beliebten Leiter der Realschule zu ihrem Bürgermeister gewählt; dass er für die im Märkischen marginalisierte FDP antrat, tat nichts zur Sache. Zu seinen Neujahrsempfängen an öffentlichen Orten kommen einfache Bürger in Scharen, gespielt wird auch Jazz. Auf einer städtischen Brache, zwischen Marktplatz und FH-Campus, entstand das Paul-Wunderlich-Haus, ein moderner Komplex für Verwaltung, Gewerbe und Kultur. In dessen Rohbau stellte Udo Muszynski 2006 eine Bühne, dahinter eine einst stadtbildprägende Leuchtschrift: »Kontakt«. Von der bröckelnden Fassade des alten Eberswalder Kaufhauses gerettet, gab sie fortan den programmatischen Anspruch des Festivals vor – ein Jazzmeeting zu sein im Herzen der Stadt. »Die Leute sollen sich hier begegnen und gut unterhalten. Es sollen von hier aber auch Impulse für die Stadt ausgehen,« sagt Udo Muszynski. »Die Orte haben sich mehrfach geändert, das Prinzip aber nicht. Entscheidend für mich ist, dass seit 1989 der öffentliche Raum frei genutzt werden kann; das, was für manche etwas abgedroschen Versammlungs- und Meinungsfreiheit heißt. Für viele Leute hatte etwas einen gewissen Reiz, eine Exotik, wenn es im Verborgenen stattfand, so halboffiziell. Ich

aber find's besser, wenn die Treffpunkte öffentlich zugänglich sind, wenn Begegnungen über bestimmte Zirkel hinaus möglich sind. Letztlich liegt es an uns, wie einladend wir sind, ob die Leute kommen, nachgucken, interessiert sind an dem, was wir da machen.«

Auch die Musiker fürchten offenbar keine Vereinnahmung durch einen staatsnahen Rahmen. Der Trompeter Axel Dörner gastierte 2009, von einer Japantournee kommend, im Plenarsaal des Paul-Wunderlich-Hauses, dem Sitzungssaal der Barnimer Kreistagsabgeordneten. »Das ist genau der richtige Ort für solch ein Festival. Ein sehr gutes Zeichen! Ich finde es wichtig, dass diese Dinge im Zentrum der Stadt passieren, wahrgenommen werden. Wir brauchen Kontrapunkte zur zunehmenden Verflachung der Medien. Im Untergrund sind solche Dinge natürlich auch irgendwie spannend. Aber von dem, was in einer kleinen Garage passiert, kriegen die meisten Leute doch gar nichts mit.«

Ein bisschen gleicht es einem Wunder. Die Eberswalder kommen an den vier Festivalabenden jährlich zu Hunderten, um Musiker zu hören, deren Namen ihnen unbekannt sind, eine Musik, die im Mainstream-Radio nicht gespielt wird und in der CD-Abteilung des örtlichen Elektronikmarktes nicht einmal gelistet ist. Es hat sich ein Grundvertrauen in diese Blind Dates entwickelt, das sich in der Person Udo Muszynskis verkörpert – und das auch an jenen Abenden nicht ernsthaft gefährdet wird, an denen die Musik dann doch zu sperrig, zu fremd, zu unbehaglich spielt. Jürgen Peters vermutet, dass die früher vielfältig improvisierten Lebensformen der ehemaligen DDR-Bürger hier eine größere Offenheit für Improvisationen auch in der Kunst zurückgelassen haben. Und Axel Dörner glaubt sogar, dass die Offenheit für aktuelle, improvisierte Musik bei den Leuten, die sie spielen oder hören, auch auf andere Lebensbereiche ausstrahlt: »Musik ist ja nur eine Ausdrucksform. Es geht darum, wie man lebt. Es geht um eine bestimmte Form von geistiger Wachheit.« Letztlich – und das macht den Erfolg von *Jazz in E.* nicht kleiner, allenfalls am Rand skurril – kann man nicht ausschließen, dass der Besuch des Festivals inzwischen auch dem Prinzip »Sehen und Gesehenwerden« folgt. Wenn die örtlichen Honoratioren anwesend sind und der Unternehmerverband ein festes Kartenkontingent ordert, kann sich Abwe-

senheit kaum leisten, wer im Örtchen mitreden will.

Gleichwohl gibt es Skeptiker, wie den rbb-Jazzredakteur Ulf Drechsel, der seit vielen Jahren einen Festivalabend aufzeichnet und im rbb-Kulturradio ausstrahlt. Sie befürchten, die Eberswalder Jazzszene sei zu wenig verwurzelt. »Wenn der Udo Muszynski hier eines Tages weggehen sollte, ist der Jazz in Eberswalde tot,« sagt er. Die Sorge muss man nicht teilen. Hinter Muszynski steht immerhin eine Schar von rund 20 ehrenamtlichen Helfern – die sogenannten »Aktivisten« –, ohne die das Festival nicht realisierbar wäre. Eine Jazzszene hat es im Ort auch zu DDR-Zeiten schon gegeben, als im quaderförmigen »Haus der Kultur« – im Volksmund wegen seiner Leuchtschrift »Las Vegas« geheißen – renommierte ostdeutsche Jazzstars ebenso auftraten wie namhafte Jazzmusiker aus den USA. Das einheimische »R&B Collegium« feierte unlängst sein 35jähriges Bühnenjubiläum. Sein innerstädtisches Domizil, der »Heinrich-Mann-Club«, fiel der Kommerzialisierung zum Opfer. Doch wo immer die gestandenen Herren aufspielen, füllen sie die Häuser und bewahren die Erinnerung daran, dass der Jazz in seinen Anfängen Tanzmusik war. Bei den Zwölftklässlern des örtlichen Humboldt-Gymnasiums lösen diese Klänge wohl allenfalls ein Zucken der Schultern aus; sie bevorzugen die gleiche Musik wie ihre Altergefährten anderswo. Im Unterschied zu diesen spielen sie in ihrem Musikkurs jedoch Jazz. Musiklehrer Markus Catenhusen setzt seine mehrheitlich musikalischen Laien an Keyboards, Schlagzeug, Geige, Bass, Querflöte, Xylophon oder in den Chor und improvisiert

mit diesem Orchester auf eine alte irische Volksweise: »So viel wie möglich dagegen schießen! Beunruhigen, das statische Ruhen hier beunruhigen! Ab da wird Jazz so, dass er Spaß macht. Traut euch einfach! Ihr müsst nicht denken, ihr müsst perfekt sein. Ihr müsst authentisch sein! Und wenn ihr Wut habt in euch, dann will ich die hören. Und wenn ihr etwas zu sagen habt, dann will ich es auch hören. Traut euch!«

In der nächsten Unterrichtsstunde dann kommt Udo Muszynski und stellt das diesjährige Festivalprogramm vor. Die Schüler bekommen eine Freikarte für einen Konzertabend ihrer Wahl, als Gegenleistung werden sie um eine Rezension gebeten.

Im Paul-Wunderlich-Haus scheint *Jazz in E.* nun dauerhaft angekommen zu sein. Auch die Russen sind nach 15 Jahren zurück in der Stadt und inzwischen willkommen. Zu einem der seltenen Konzerte von Burnt Friedman und Jaki Liebezzeit reisen zwei junge Jazzfans eigens aus Kaliningrad an. Der Erfolg des Festivals hat Udo Muszynski in der Stadt große Reputation eingebracht. Er setzt sie gezielt ein, um Neues aufzubauen. Seit zwei Jahren ruft er jeden Sonnabend, halb elf, zu *Guten Morgen, Eberswalde* auf den Marktplatz. Geboten wird dort hochwertige Kleinkunst, stilistisch quer durch den Gemüsegarten. Der Eintritt ist frei, die Kosten teilen sich ortsansässige Sponsoren.

So ziert Eberswalde inzwischen nicht nur, wie viele andere ostdeutsche Kleinstädte, ein saniertes Stadtzentrum mit hübschen, bunten Fassaden. Der Unterschied ist: Hier wurde auch eine lebendige, bürgerliche Mitte zurück gewonnen.

Thomas Melzer geboren 1962, ist von Beruf Richter; gegenwärtig arbeitet er als Pressesprecher für das Brandenburgische Justizministerium in Potsdam. Er schrieb Theaterstücke, betrieb eine Fotogalerie und arbeitet als freier Mitarbeiter für das Feuilleton der Berliner Zeitung. In diesem Jahr drehte er gemeinsam mit Antje Dombrowsky den 90-minütigen Dokumentarfilm *Die Aktivisten*. Wie der Jazz in die Stadt kam, in dem die Jazzszene in Eberswalde beleuchtet wird.

Ex oriente lux?

Kulturpolitische Aufgaben und Neuorientierungen

Bernd Wagner

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise wird absehbar in den kommenden Jahren erhebliche Auswirkungen auf die Haushalte von Kommunen, Ländern und Bund haben. Der Schuldenabbau – sofern es überhaupt dazu kommen kann und nicht noch mehr Kredite aufgenommen werden, um insolvente Banken und marode Unternehmen zu stützen –, rückläufige Steuereinnahmen, steigende Belastungen durch Arbeitslosigkeit und anderes mehr werden die öffentlichen Haushalte in eine solche Notlage bringen, die vermutlich ihre prekäre Situation in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre noch übertreffen und die öffentliche Kulturfinanzierung und die Kulturförderung der nächsten Jahre prägen wird. In dieser Situation werden die Auseinandersetzungen um die öffentlichen Mittel zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Feldern und Politikressorts, für »Krabbelstuben oder Opernhäuser«, »Jugendklubs oder Kunstmuseen« und Ähnliches zunehmen. Ein kulturpolitisches »Weiter so wie bisher« stößt dabei an seine Grenzen. Und die Betonung der Sinnhaftigkeit der Ausgaben für Kunst, kulturelle Aktivitäten und kulturelle Bildung durch die Kulturpolitik wird in diesen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nicht reichen, das Bestehende zu bewahren, Entstehendes zu fördern und Neues zu initiieren.

Hinzu kommt, dass sich die wirtschaftliche Krise überlagert mit weltweiten gesellschaftlichen Veränderungen durch Globalisierungsprozesse, ökologische Krisen bislang unbekanntem Ausmaßes und sich verschärfende weltweite Kon-

flikte auch entlang kultureller und religiöser Traditionen. Gemeinsam mit den innergesellschaftlichen Veränderungsprozessen des demografischen Wandels, der Entvölkerung ganzer Gebiete und einem immer größeren kommerziellen Angebot kultureller Freizeitbeschäftigung und audiovisueller Medien stellen die aktuellen wirtschaftlichen und die ökologischen und internationalen Krisenerfahrungen die Kulturpolitik vor die Aufgabe, ihre Grundlagen, Zielsetzungen und Handlungsformen zu überprüfen und gegebenenfalls neu zu definieren. Die verschiedenen konzeptionellen Grundlegungen, die in den letzten Jahrzehnten eine Orientierung für kulturpolitische Praxis gebildet hatten, reichen angesichts der veränderten Situation nicht mehr aus.

Strukturelle und konzeptionelle Überlegungen sind gefragt und auch die Reflexion und Debatte darüber, ob alles, was wir kulturpolitisch machen, heute noch sinnvoll, notwendig und wichtig ist. Und wenn es als solches angesehen wird, für wen und wofür ist es sinnvoll, wichtig und notwendig? Die Aufgabe ist nicht neu, aber sie stellt sich in der jetzigen Situation mit besonderer Dringlichkeit und betrifft die west- und ostdeutschen Länder gleichermaßen. Allerdings sind die Bedingungen, wie kulturpolitisch auf diese Herausforderungen eingegangen werden kann, zwischen Ost und West unterschiedlich.

Auch wenn im Westen – nach einer kurzen Erholungsphase in den vergangenen Jahren – die Lage vieler Kommunal- und zahlreicher Länder-

haushalte angespannt und teilweise so dramatisch ist, dass schon jetzt vor den direkten Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die städtischen Haushalte wieder über die Schließung größerer Kultureinrichtungen diskutiert wird, werden die ostdeutschen Kommunen und Länder voraussichtlich stärker unter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise leiden. Die ökonomische Infrastruktur ist fragiler und beruht auf einer weniger breiten Basis. Ein in sechzig Jahren bundesrepublikanischer Entwicklung ausgebildeter und teilweise auf noch länger zurückreichende Traditionen aufbauender unternehmerischer Mittelstand fehlt hier weitgehend. Das trifft auch auf Handwerksbetriebe und Kleinunternehmen zu, die gerade in solchen weltweiten Krisen weniger anfällig sind als global agierende Konzerne und die für die lokale Ökonomie und damit auch für die Einnahmen der Kommunalhaushalte einen stabilisierenden Faktor bilden. Vierzig Jahre realsozialistische zentrale Planwirtschaft mit VEBs und großen Kombinat, VEGs und LPGs haben diese Basis zerstört, und im ökonomischen Wiederaufbau nach der Wiedervereinigung war die Rekonstruktion einer solchen stabilisierenden marktwirtschaftlichen Grundstruktur angesichts der in den ostdeutschen Markt drängenden westdeutschen Ket-

ten und Märkte wie globaler Konkurrenten nicht möglich.

Dieser unterentwickelte wirtschaftliche Mittelstand und die fragile ökonomische Basis haben neben den negativen Auswirkungen auf die Haushaltseinnahmen und damit die möglichen öffentlichen Ausgaben auch eine weitere direkte Folge für die Kulturpolitik, indem die privaten Mittel für Kulturförderung über Sponsoring, Mäzenatentum und Stiftungen bedeutend geringer sind als in den westlichen Bundesländern. Die Möglichkeiten eines neuen Austarierens von privater und öffentlicher Kulturförderung zum Beispiel durch Private-Partnership-Modelle und verstärktes privates Kulturrengagement sind in den östlichen Bundesländern erheblich eingeschränkter.

Auch die Kulturwirtschaft als dritter Sektor der Kulturlandschaft – neben den von der öffentlichen Kulturpolitik getragenen und geförderten Kulturangeboten und dem bürgerschaftlichen Engagement in der Kultur – hinkt in Ostdeutschland verglichen mit den westlichen Ländern vielfach noch hinterher. Allerdings ist hier die Situation positiver als in einigen anderen wirtschaftlichen Feldern, da besonders Sachsen und Sachsen-



Anhalt über größere kulturwirtschaftliche Potenziale verfügen und hier die Entwicklung in den letzten Jahren vielversprechend verlief, wie der erste und zweite Kulturwirtschaftsbericht Sachsen-Anhalts und Teiluntersuchungen zu einem sächsischen Kulturwirtschaftsbericht zeigen (siehe hierzu u. a. die Beiträge von Christian Antz »Kreativwirtschaft aus der Provinz? Die Potenziale der Medien- und Designwirtschaft in Sachsen-Anhalt« und Tobias Knoblich »Die Bedeutung der Kulturwirtschaft in Mitteldeutschland. Eine sächsische Perspektive« im *Jahrbuch für Kulturpolitik 2008, Thema: Kulturwirtschaft und kreative Stadt*, Essen 2008, S. 103–124).

Während man sich bei den kommunalen und Landes-Kulturwirtschaftsstudien in den östlichen Ländern an den Vorbildern in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und anderen westlichen Ländern orientiert, gibt es mit dem Kulturtourismus einen Strang der kultur- und wirtschaftspolitischen Diskussion, der mindestens so stark von den Ansätzen und Debatten in Ostdeutschland beeinflusst ist wie von denen auf der anderen Seite der Elbe. Dass die Verbindung von Kultur und Tourismus heute eines der zentralen Themen der Kultur-, Wirtschafts- und Stadtpolitik ist, geht zu einem erheblichen Maße auch auf die praktischen wie theoretischen Impulse aus den vormals neuen Bundesländern zurück, bei denen aus dem Reichtum eines oft vielfältigen kulturellen Erbes, besonders in Sachsen und Thüringen, aber ebenso in Brandenburg und Sachsen-Anhalt und auch teilweise in Mecklenburg-Vorpommern, sowie der Not deindustrialisierter Gebiete und abnehmender Wirtschaftskraft mit dem Kulturtourismus neue Wege gegangen wurden (siehe hierzu u. a. Cornelia Dümcke: *Kultur und Tourismus in den neuen Ländern – eine Untersuchung am Beispiel der kulturellen Leuchttürme und Gedächtnisorte*, Berlin 2002).

Stärker noch als auf dem Feld der Kulturwirtschaft und des Kulturtourismus gab es bei der öffentlichen Kulturpolitik besonders auf Länderebene eine Reihe von positiven Ansätzen struktureller und konzeptioneller Art, neue Wege zu gehen. Aus der Not der Auflösung der alten kulturpolitischen Strukturen und einer unzureichenden Finanzausstattung fand hier eine konzeptionelle Neuorganisation der vom Westen übernommenen kulturpolitischen Strukturen

statt, die auch über diese Länder hinaus Vorbild- und Anreizfunktion hat. Die neu konstituierten Länder Ostdeutschlands waren, noch stärker als die Kommunen, politische Träger des Einigungsprozesses und »Transmissionsriemen« der Neugestaltung. Deshalb war ihre Rolle auch im kulturellen Bereich wichtiger als in den alten Ländern. In allen fünf neuen Ländern stellte man sich dieser kulturpolitischen Verantwortung in einer Weise, dass dadurch auch neue Maßstäbe der Landeskulturpolitik für die gesamte Bundesrepublik gesetzt wurden. Dies zeigt sich bei den verfassungsrechtlichen Grundlegungen der Kulturpolitik, an der Höhe der Landeskulturfinanzierung und an den neuen Wegen im Förderbereich.

Zwei von diesen Landeskulturaktivitäten waren und sind dabei besonders wichtig für die Kulturpolitik in ganz Deutschland, das »Sächsische Kulturräumegesetz« und der landesweite Prozess einer integrierten Kulturentwicklungsplanung in Brandenburg, von denen wichtige Impulse einer zielgerichteten Entwicklung von Landeskulturpolitik ausgehen.

Das Kulturräumegesetz in Sachsen, das 2008 endgültig »entfristet« und dessen Mittel aufgestockt wurden, ist ein bislang einmaliges Kulturfachgesetz, das mit traditionellen Förderstrukturen gebrochen und neue Kooperationsformen von Kommunen, Kreisen und Land geschaffen und eine bürgerschaftliche Partizipation bei der Kulturförderung institutionalisiert hat. Es ist 1994 aus der Notlage einer nicht mehr von Kommunen und Land allein zu finanzierenden Kulturlandschaft geschaffen worden mit einer umfassenden Lastenteilung, einem Neuzuschnitt der Förderstrukturen und einem zweistufigen Solidarsystem, das auch wegen der Einbindung vieler kulturinteressierter Akteure in die Entscheidungsprozesse über eine hohe Akzeptanz verfügt (siehe hierzu Eva-Maria Stange: »Landkulturpolitik in Sachsen«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 124 (I/2009), S. 42–45, und Matthias Theodor Vogt: *Kulturräume in Sachsen. Eine Dokumentation*, Leipzig 1994).

Das Kulturministerium in Brandenburg hatte Mitte der 90er-Jahre einen integrierten Prozess von städtischer und kreislicher Kulturentwicklungsplanung angestoßen und mit der Erarbeitung eines Kulturentwicklungskonzeptes für das Land verbunden. In einem landesweiten Prozess

wurde ab 1996 eine flächendeckende Erstellung von Kulturbestandsaufnahmen und -entwicklungsplanungen der Landkreise und kreisfreien Städte durch die örtlichen Kulturämter betrieben. Dabei wurden neue Wege der Kulturförderung und der Kooperation zwischen den verschiedenen Kulturträgern entwickelt und ein landesweiter Diskurs über kulturpolitische Ziele initiiert. Die Anstöße der Kulturentwicklungsplanung bei Kulturverwaltungen und Kultureinrichtungen haben oft zu einer Überprüfung der bisherigen Arbeit und ihrer Neukonzeption sowie zu einem landesweiten Kulturdialog geführt, und es sind eine Anzahl von neuen Kooperationsbeziehungen entstanden. Der kommunale Prozess der Kulturentwicklungsplanung bildete die Grundlage für die Erstellung einer Kulturentwicklungs-konzeption des Landes Brandenburg mit einer Bestandsaufnahme der gesamten Kulturlandschaft und der Festlegung künftiger Förderprioritäten, die 2002 vom Kabinett verabschiedet und vom Landtag gebilligt wurde. Inzwischen liegen auch der fortgeschriebene zweite und dritte Be-

richt vor. Die beiden Beispiele aus Sachsen und Brandenburg zeigen, dass in Notsituationen und Krisen auch kulturpolitisches Neuland betreten werden kann, und dass die Situation nach dem Ende der DDR auch genutzt wurde, nicht nur die teilweise überholten Strukturen aus dem Westen zu importieren.

Die Vorbildfunktion, die diese beiden kulturpolitisch neuen Ansätze – und eine Reihe anderer – für viele Kulturakteure in den »alten Ländern« haben, macht zwar nicht das alte Schlagwort »Ex oriente Lux« – dass aus dem Osten das Licht kommt – wahr, gibt aber Anlass zur Hoffnung, dass man auf die durch die gegenwärtige Krise auf die Tagesordnung gesetzten kulturpolitischen Herausforderungen auch mit einer konzeptionellen Diskussion und neuen Strukturen reagieren kann, und dass die Bedingungen hierzu in den östlichen Bundesländern nicht schlechter sind als in den westlichen und die Erfahrungen der Umbruchphase nach dem Ende der DDR dafür wichtige Potenziale enthalten.

Bernd Wagner geboren 1948, ist wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft, stellvertretender Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft in Bonn und verantwortlicher Redakteur der Kulturpolitischen Mitteilungen und des Jahrbuches für Kulturpolitik sowie Vorstandmitglied der Heinrich Böll Stiftung Hessen. Er hat zahlreiche Buch- und Zeitschriftenbeiträge zur Kulturpolitik und seiner Geschichte sowie zur interkulturellen Kulturarbeit, zu bürgerschaftlichem Engagement, kultureller Globalisierung und Nachhaltigkeit verfasst.

Coda



Uwe Schmorl

Eine Bitterfelder Erfolgsgeschichte

Monika Maron

Jeder Mitarbeiter der Firma Q-Cells hat eine Nummer, in der Reihenfolge seiner Zugehörigkeit. Anton Milner hat die Nummer Eins, Uwe Schmorl die Nummer Acht.

Uwe Schmorl, aufgewachsen in einem kleinen Ort im Anhaltinischen, kam 1979 nach Wolfen. Er war sechzehn Jahre alt, lernte Schlosser und machte gleichzeitig das Abitur, Berufsausbildung mit Abitur hieß das in der DDR; er wohnte im Lehrlingswohnheim und spielte Fußball. Bis 1990 arbeitete er als Schlosser in der Filmfabrik mit einer Unterbrechung von zwei Jahren, in denen er Fußballprofi war, weil die Betriebssportgemeinschaft Chemie Wolfen es 1983 in die Bezirksliga geschafft hatte. Zwei Jahre später stieg sie ab und Uwe Schmorl wurde wieder Schlosser. Er heiratete, bekam zwei Kinder, Zwillinge, wohnte mit der Familie in einer siebzig Quadratmeter großen Wohnung im Neubaviertel Wolfen-Nord und verdiente, weil er nur in der Tagsschicht arbeitete, sechshundertfünfzig Mark brutto. 1990 wurde er, wie alle vierzehntausend Beschäftigte der Filmfabrik, arbeitslos. Die einzige Arbeit, die Bitterfeld und Wolfen damals anzubieten hatten, waren Abriss- und Aufräumarbeiten, die als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen galten. Uwe Schmorl räumte ein Jahr lang kleine Lager um in ein großes Zentrallager, bis er in der Sparkasse zufällig seinen ehemaligen Sektionsleiter aus dem Fußballverein traf, der ihm sagte, dass sie bei der Glasfaserfabrik RESA noch Leute suchten. Schmorl baute die Firma mit auf, wurde, als die Produktion anließ, Schichtleiter, später

stellvertretender Produktionsleiter. Neun Jahre arbeitete er bei RESA, bis sich 1999 in der Nähe ein Großproduzent für Glaswollen ansiedelte, RESA mit Dumpingpreisen vom Markt drängte und am Ende übernahm, mit einer Bestandsgarantie für weitere fünf Jahre. Fünf Jahre, dachte Uwe Schmorl, reichen, um ein Haus zu bauen. 1993 war zu den beiden Söhnen noch eine Tochter geboren worden, und auch die neunzig Quadratmeter, in denen sie inzwischen wohnten, wurden wieder zu eng. Aber dann wurden aus den garantierten fünf Jahren achtzehn Monate. Und da, sagt Uwe, brach eine Welt für ihn zusammen. Drei Kinder, der Hausbau und überall Leute, die Arbeit suchten. Er bewarb sich bei jedem ansässigen Unternehmen, ohne Erfolg.

Eines Tages sah er vom Fahrrad aus auf freiem Feld in Thalheim so ein komisches Schild, auf dem der Bau einer neuen Firma angekündigt wurde. Er fragte Manfred Kressin¹, wer die seien und ob die Arbeit zu vergeben hätten.

Die sitzen in Berlin, Schlesische Straße, sagte Manfred Kressin, ruf doch einfach an.

Zum Vorstellungsgespräch fuhr er mit seiner Frau. In Kreuzberg haben sie lange nach einem Restaurant mit deutscher Küche gesucht und am Ende beim Türken gegessen. In der Schlesischen Straße, nahe der Oberbaumbrücke, die den Friedrichshain von Kreuzberg trennt und früher zur Mauer zwischen Ost und West gehörte, saßen in der ersten Etage jenes Gewerbe-

baus, in dem Lemoine seine Solarzellen eigentlich hatte produzieren wollen, die Männer, von denen Uwe Schmorl die Rettung seiner Zukunft erhoffte: Paul Grunow, Holger Feist, Anton Milner und Reiner Lemoine, und redeten. Paul erzählte von einem Unternehmungen in Brasilien, Reiner sprach über seine Zeit in Österreich. Uwe konnte immerhin Sibirien dagegehalten, wo er für Gasprom eine Glaswollanlage angefahren hatte, wusste aber nicht, ob er mit dieser Mitteilung hatte beeindrucken können, weil die vier ihn nichts fragten und stattdessen nur von sich selbst erzählten.

Irgendwann hätte er dann gesagt, dass eigentlich doch er es sei, der sich hier vorstellen sollte. Daraufhin sei Anton Milner aufgestanden, habe ihm die Hand gedrückt und gesagt, er werde sich bei ihm melden.

Zu seiner Frau sagte Uwe, er hätte es wohl verweigert.

Ein paar Tage später rief Anton an. Seitdem gehört Uwe Schmorl zu Q-Cells, was er wie die meisten Bitterfelder, Wolfener und Thalheimer im Unterschied zu den Berlinern ausspricht wie Kuzells und wovon zu dieser Zeit nichts zu sehen war als das komische Schild auf dem Thalheimer Feld.

Reiner Lemoine, Holger Feist, Paul Grunow und die anderen Berliner gründeten eine Wohngemeinschaft in einer Etage des Gutshauses in Löberitz, Anton Milner nahm für zwei Jahre Quartier im ›Deutschen Haus‹ in Wolfen. Die Wochenenden verbrachten sie in Berlin.

Thalheim hielt, was es versprochen hatte. Bei allen Investoren und Genehmigungsbehörden sind sie gemeinsam aufgetreten, sagt Manfred Kressin. In einer Region, die um ihre Wiederaufrechterhaltung kämpft, spielt es keine Rolle, ob jemand in der CDU, SPD oder FDP ist, weil alle das Gleiche wollen müssen: jeden, der sich hier niederlassen will, davon überzeugen, dass seine Wahl richtig war, dass er nirgends willkommen ist und es nirgends leichter hat als hier, dass er hier bleiben muss und wachsen.

In den ersten eineinhalb Jahren zahlten sich die drei Gründer und ihr erster Angestellter Anton Milner kein Gehalt. Auch Dagmar Vogt, die

mit der technischen Ausstattung der Produktionslinie beauftragt war, bekam ihr Honorar erst ein Jahr später. Niemand von ihnen, außer Anton, hatte bis dahin so viel verdient, dass diese Entscheidung für ihn, und auch für die Familien, nicht ein Opfer gewesen wäre. Aber auch das gehört zum Mythos der Gründerzeit, und bei jedem, der von diesen ersten Jahren erzählt, signalisieren Stimme und Augen eine unbestimmte Sehnsucht nach der Aufregung und der Gemeinsamkeit des Anfangs, als sie erst vier, dann acht, dann zwanzig und schließlich vierzig Leute waren. Q-Cells, das war wie eine Familie, sagt Uwe Schmorl. Und jeder spricht von Reiner Lemoine, der, wie Manfred Kressin es ausdrückt, »für den menschlichen Part zuständig war«. Lemoine, der Marxist und Antikapitalist, der nun, wenn er das Richtige machen wollte, auf den Kommerz nicht mehr scheißen konnte, weil Solaranlagen bezahlbar sein mussten, wenn sie der Welt, auch ihren abgelegenen Gegenden, wo keine Stromnetze hinreichen, Unabhängigkeit bescherten sollten von den Öl- und Gasmultis und von Atomkraftwerken. Das bedeutete, es musste in großen Mengen produziert werden, die Photovoltaik musste konkurrenzfähig werden, sie musste wachsen, investieren, sie brauchte Geld. Die Marktgesetze konnte er nicht ändern, aber die Vision von einer gemeinsamen Arbeit am Richtigen hat Reiner Lemoine Q-Cells ins Fundament gemauert.

Bei Q-Cells hat Uwe Schmorl, wie schon bei RESA, als Anlagenaufbauer angefangen; es stand ja noch nichts. Später, als die Produktion anlief, wurde er, auch wie bei RESA, Schichtleiter. Im Sommer 2003 war er mit Anton Milner Tennis spielen, hinterher sind sie zum Griechen gegangen, Dagmar war auch dabei, und plötzlich hat Anton ihn gefragt: Willst du Produktionsleiter werden? Das Praktische könne er, hat Uwe Schmorl gesagt, schließlich hätte er jedes Teil selbst aufgebaut, nur der Computer sei nicht sein Freund. Uwe Schmorl wurde Produktionsleiter. Und zwei Jahre später hat Anton ihn gefragt, ob er nicht als Vertreter der Arbeitnehmer in den Aufsichtsrat will. Er sei doch nun leitender Angestellter, sagte Uwe Schmorl, den hier, wie er mir erzählt, alle nur Schmorli nennen, da könne er doch schlecht für die Arbeitnehmer... Lass dich wählen, hat Anton gesagt, wenn sie dich wählen, dann bist du's. Zwei Drittel der Belegschaft stimmten für ihn. Seitdem sitzt Schmor-

li im Aufsichtsrat des größten Solarzellenherstellers der Welt.

Warum er eigentlich in der DDR bis zum Ende Schlosser war, wenn er danach zweimal hintereinander, als wäre es der für ihn natürliche Weg, diesen Aufstieg genommen hat, frage ich.

Er hätte mal ein Fernstudium angefangen, 1983, sagt Uwe, Verfahrenstechnik, aber nach zweieinhalb Jahren wurde es chemiespezifisch, die langen Formeln, eigentlich sei er ein bisschen faul. Außerdem wollte er gar nicht werden, was er danach geworden wäre. Für hundertfünfzig Mark mehr die Prügel von oben und von unten, und mit dem Sozialismus hätte er es auch nicht so gehabt. Er hat das Studium abgebrochen und ist lieber Schlosser geblieben; andere sagen, Schmorli wollte lieber Fußball spielen.

Im autoritärpädagogischen Gefüge der DDR

¹ Den Thalheimer Bürgermeister (A.d.R.)

Auszug aus: Monika Maron, Bitterfelder Bogen. Ein Bericht. © S.Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2009. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlages. Die Überschrift wurde von der Redaktion hinzugefügt.

Monika Maron geboren 1941, wuchs in der DDR auf, übersiedelte 1988 in die Bundesrepublik und lebt heute wieder in Berlin. Sie veröffentlichte u. a. die Romane *Flugasche*, *Die Überläuferin*, *Stille Zeile sechs*, *Animal triste*, *Pawels Briefe*. Eine Familiengeschichte, Endmoränen und Ach Glück. Für ihr erzählerisches und essayistisches Werk wurde sie mit mehreren Preisen ausgezeichnet, darunter dem Kleist-Preis (1992), dem Friedrich-Hölderlin-Preis (2003) und dem Deutschen Nationalpreis (2009).

blieb das, was Anton Milner »Uwes natural leadership« nennt, offenbar unerweckt. Bei Q-Cells hätte er von Anfang an mitentscheiden können, sagt Uwe, das hat er mit aufgebaut. Man ist morgens aufgewacht und hat sich gefreut, zur Arbeit zu gehen, damals, als sie noch fünfzig oder hundert Leute waren, als Reiner noch lebte und Holger Feist und Paul Grunow noch dabei waren und als Anton noch an jedem Freitag in der Nacht, wenn er sein Büro abgeschlossen hatte, durch die Linie gegangen ist. Und jetzt?

Jetzt ist es auch noch schön, klar. Aber anders. Jetzt sind sie ein Konzern, fast zweitausend Mitarbeiter bei Q-Cells, mit den Tochterfirmen, die sich rundum angesiedelt haben, bald dreitausendfünfhundert. Uwe schwankt zwischen Einsicht und Wehmut, wenn er den Zauber des Anfangs beschwört und doch weiß, dass der Anfang vorbei ist.

Bildnachweis

Titel Martin Jehnichen | S. 4 Joachim Gessinger | S. 9,16, 17, 29, 31, 53, 57, 78, 81 fotolia.com | S. 11, 12, 32 Kommunikatisten | S. 23, 24, 25, 42 Stills aus: *Neuland*, von Daniel Kunle & Holger Lauringer | S. 38, 39 Martin Romeis | S. 45, 46 Michael Backhaus, aus der Serie »Die Stadt Chemnitz als Beute« (2006-2008) | S. 59, 60, 63 Heike Liebmann | S. 72 oben Arwed Messmer, S. 72 unten links Lisa Junghanß »an der Schwelle des Schlafes«, Foto: Roland Horn, S. 72 unten rechts Shilpa Gupta, »untitled« (2004), Foto: Arwed Messmer | S. 74 Antje Dombrowsky | S. 75 Thomas Melzer

